

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Sonderausgabe

Oktober 1995

Schutzgebühr 3,- DM



In dieser Ausgabe schreiben: Helmut Appel (Fußball, S.22), Auguste Bechler, Frankreich (EU, S.10), Erika Beltz (Echo-Geschichte, S.20,24,34), Michael Beltz (S.37), Dr. Heinrich Brinkmann (S.36), Emil Carlebach, Frankfurt (Pressefreiheit, S.18), Ria Deeg (Gießener Echo vor 1933, S.12), Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein (S.43), Dr. Georg Fülberth, Marburg (Stasi, S.47), Hans Gebhardt, Marburg (S.17), Peter Gingold, Frankfurt (Antifaschismus heute, S.8), Dr. Wolf-Dieter Gudopp, Frankfurt (Sozialismus oder Barbarei, S.46), Jan Hambruch (Nicaragua, S.39), Heinz W. Hammer (Cuba, S.44), Hilfsorganisation Vietnam (S.38), Juso HSG (S.3), Anton Kaiser (S.31), Rolf Knecht, Frankfurt (DGB, S.30/Südafrika, S.45), Ruth Kries-Moerschel (Chile, S.40), Gernot Linhart (Kommunal, S.28/Umwelt, S.32), Henning Mächerle (Internationalismus, S.41,42), Sepp Mayer, Frankfurt (Opfer des Kalten Krieges, S.16), Klaus Mewes (S.2), Heinz Nagel (Berufsverbote, S.14), Frank Pohlmann (S.27), Rolf Priemer und Heinz Stehr (S.2), Norbert Rücker (Jugend, S.26), Dr. Werner Ruf, Kassel (neue Rolle der UNO, S.6), Axel Seiderer, Frankfurt (neue Weltordnung, S.4), Rafael de la Vega (S.3), VVN-BdA (S.9), Albin Wagenbach (S.27), Günther Weißmüller (S.17), Kurt Wirth (S.19,21) und Wienke Zitzlaff (bevor's das Echo gab, S.13), ein paar NN (Bildungsklausur/S.48, Europa/S.11, Gießener Betriebe/S.31) sowie Austrittserklärungen ehemaliger DKP-Mitglieder (S.35/36).

25 Jahre Gießener Echo

Wir gratulieren der DKP Gießen sehr herzlich zum 25. Geburtstag der Stadtzeitung „Gießener Echo“.

In unserem Lande, wie auch herum, hat sich in diesen 25 Jahren viel verändert:

- in der Medienlandschaft ist es zu gravierenden Umbrüchen und Neuerungen gekommen, sind Presseorgane verschwunden oder von größeren aufgesogen worden, neue private Medien entstanden. Das Gießener Echo ist da, übt Kritik an den bestehenden Verhältnissen und setzt sich - mit vielen kleinen Zeitungen der DKP - für Veränderungen, für eine demokratische Erneuerung unserer Republik ein;

- in der politischen Landschaft ist es zu Umstürzen in den osteuropäischen Ländern und auch in dem ehemals sozialistischen Teil Deutschlands gekommen, staatstragende kommunistische Parteien sind verschwunden oder wurden umfunktioniert. Die DKP, viele Jahre als Ableger Pankows und im Schlepptau Moskau hängend bezeichnet, im Jahr 1990 mit dem Marxismus insgesamt für tot erklärt, ist - wie jede Ausgabe des Gießener Echo neu beweist - immer noch da!

Die Lebendigkeit des Marxismus heute und die Lebendigkeit der DKP in diesem Lande erlebten vom 1. - 3. September 1995 in Dortmund während des 9. UZ-Pressfestes - Volksfestes der DKP 35.000 Teilnehmer. 250 Künstlerinnen und Künstler, Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Politikerinnen und Politiker aus 24 Ländern haben daran mitgewirkt. Mit diesem Fest wollten wir Kommunistinnen und Kommunisten ein Signal geben gegen weltweite Bundeswehreinmärsche, gegen Neofaschismus und sozialreaktionäre Politik, für die Zusammenarbeit der Kommunisten, Sozialisten und andere Linke in dieser Republik!

Die Deutsche Kommunistische Partei gewinnt zum Erschrecken der Marxismus-Töter im größer gewordenen Deutschland an Boden. Ab Mitte 1996 soll die zentrale DKP-Zeitung UZ, die seit 1990 nur 14tägig erscheint, wieder als Wochenzeitung herausgegeben werden. Und vor Ort soll es Monat für Monat das „Gießener Echo“ geben.

Rolf Priemer
Sprecher der DKP

Heinz Stehr
Sprecher der DKP

Gießener Echo

Herausgeber: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortlich: Erika Beltz, Frankfurter Str. 59, 35392 Gießen, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 DM im Jahr (einschließlich Versandkosten). Kontonummer: 193070 (Beltz) bei der Sparkasse Gießen. Eigendruck. Wenn Sie die regelmäßige Zustellung des GIESSENER ECHO wünschen, schreiben Sie an: Gießener Echo, DKP Kreisvorstand, Frankfurter Str. 59, 35392 Gießen, Telefon/Fax 0641/32757.

Fietes Traum oder Lenins Gruß

Da grüble ich so, was ich zum „Echo“-Jubiläum schreiben könnte. Zum Glück begegnet mir mein Freund Fiete. Und der hatte einen Traum.

Fiete erzählt: „Mir träumte, der Seltersweg sei menschenleer. Später Sonntagabend. Da kommt mir mit langen, zielstrebigem Schritten Lenin entgegen. Er trägt Melone und Stockschild, wie in den Zeiten seiner Emigration. Vor dem Haus mit der Nummer 46 bleibt er stehen und läutet. Ich ergreife die Gelegenheit: ‘Guten Abend, Genosse Lenin. Kennen Sie das „Gießener Echo“?’ Er denkt kurz nach. ‘Ach so, „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ ruft er begeistert aus. ‘Leider nein’, entgegne ich. ‘Das war Georg Büchners „Hessischer Landbote“. Redaktionssitzung war damals auf der Badenburg.’ ‘Ja richtig!’ fällt es Lenin ein. ‘Sie meinen das Blättchen, das Wilhelm Liebknecht monatlich im Gießener Klub auslegt?’ ‘Gießener Klub?’, frage ich verwundert. ‘Ja doch’, erläutert Lenin, ‘da treffen wir uns jetzt jeden zweiten Dienstag. Liebknecht, Büchner, Liebig, Röntgen und zufällig auch ich. Alles Sozialisten oder doch Demokraten. Liebig wollte dem Hunger der Armen mit seinem Fleischextrakt abhelfen und Röntgen meldete seine Strahlen nicht zum Patent an, damit sie sogleich jedermann zugute kämen.’

‘Das „Echo“ gibt’s jetzt schon 25 Jahre’, beharre ich. Lenin zupft sich verlegen den Bart. ‘Geburtstage waren mir schon immer peinlich. Wenn ich an meinen Fünfzigsten im Kreml denke, o Gott!’ Er verbessert sich: ‘O grüne und gelbe Waldteufel wollte ich sagen. Aber immerhin, verheimlicht keine Wahrheiten, auch wenn diese peinlich für Euch sind. Und keine revolutionären Phrasen! Ja, und alle Artikel sind gut mit Ausnahme der langweiligen. Ihr wißt schon, Resolutionsstil und so. Lieber weniger aber besser. Na ja, weniger muß nicht sein.’

Ich kann mich nicht enthalten, noch schnell nach seiner Meinung zum Scheitern des Sozialismus zu fragen. Da reagiert Lenin eher mürrisch:

‘Die Geschichte ist nicht das Trottoir des Newski-Prospekts.’ Ein Fenster des Hauses Nr. 46 wird geöffnet. ‘Komm doch rauf, die Türe ist nur angelehnt’, ruft Büchner. ‘Du wolltest mir doch heute die Sache mit der Dialektik bei Hegel und Marx erklären.’ ‘Ja richtig’, murmelt Lenin und wendet sich mir noch einmal zu. ‘Den „Echo“-Lesern beste Grüße. Ich lese im Klub ja wieder von Euch. Auf Wilhelm aus Gießen ist Verlaß.’

Tja, und das war nun Fietes Traum.

Klaus Mewes

Es gibt - das hat es schon immer gegeben, seit den Anfängen der menschlichen Zivilisation - Werte, Gegenstände, Spiele, Sitten und Unsitten, Berufe und Gedanken, die von einer großen Mehrheit der jeweiligen Gesellschaft vertreten, geteilt und verteidigt, während andere eher von einer Minderheit als Lebens-, Glaubens- und Handlungsnorm praktiziert wurden und werden.

Möge eine jede Minderheit sich im Besitz des wahren Wissens wähnen: ihre Lage ist weder bequem noch

beneidenswert. Was tun aber, wenn die „anderen“, die Mehrheitlichen, langsam aber unaufhaltsam die Welt in eine Kloake und die Gesellschaft in einen Sumpf verwandeln? Wie reagieren auf die Erkenntnis, daß die heutige politische Minderheit gewordene Gruppe auch - und in nicht gerade unerheblichem Maße - zu dieser Versumpfung beigetragen hat?

W. I. Lenin sagte: „Unsere Theorie ist allmächtig, weil sie wahr ist.“ Soll man etwa folgern, daß sie doch falsch war, weil sie ohnmächtig geworden ist und es für eine sicher sehr sehr lange Zeit auch bleiben wird? Ist sie nicht vielmehr eine aus vielen Gründen und durch unzählige Faktoren verratene, korruptierte, ja prostituierte „Wahrheit“ gewesen? Waren etwa ihre Beine nicht robust genug, um die Knüppel, die man zwischen sie geworfen hat, zu brechen? War diese (an der Gesamtheit der Menschheit gemessen) „Minderheitswahrheit“ ein verfrühter, unreifer Versuch? Der Jakobiner Hölderlin grübelte: „Denn es hasset - der sinnende Gott - unzeitiges Wachstum.“ Welcher „Gott“ vermag heute das monopolistische Finanzkapital, die militärisch-industrielle Kohabitation und die Allmacht der elektronischen mass-media lieben und schützen?

In der gutbürgerlichen (wie lange noch?) Stadt Gießen gibt es dennoch eine kleine Zeitung, die ohne Annoncen, ohne jedwede Unterstützung seitens des Groß- und Einzelhandels, unter den mißtrauischen oder geringschätzigen Blicken der Bürger, seit nunmehr einem vollem Vierteljahrhundert für Ideen und Perspektiven, für Rechte und Pflichten, für gesellschaftliche und individuelle Werte kämpft, die für uns und für alle Völker der Erde Gültigkeit haben sollten. Ich möchte diese Zeitung auch in den nächsten 25 Jahren - obwohl ich gewiß nicht so lange leben werde - nicht missen.

Rafael de la Vega



Wenn das Proletariat die Auflösung der bisherigen Weltordnung verkündet, so spricht es nur das Geheimnis seines eigenen Daseins aus, denn es ist die faktische Auflösung dieser Weltordnung.

Karl Marx

Das Jahr 1995 ist für SozialistInnen und KommunistInnen nicht gerade arm an runden Jubiläen. Angefangen beim 125. Geburtstag von Lenin über den 175sten von Friedrich Engels, und last but not least gibt es das „Gießener Echo“ nun seit 25 Jahren wieder.

Wir wünschen dem Gießener Echo noch viele Ausgaben, und daß die Zeitung weiterhin ihren Beitrag dazu leistet, daß sich eines Tages die Hoffnung erfüllt, die Karl Marx in seiner Schrift „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ formuliert hat und sich die Emanzipation zu wirklich freien Menschen doch noch vollzieht.

Juso-HSG Gießen



Deutschland in der neuen Weltordnung - Propaganda und Realität

Wir erinnern uns: Die DDR hatte 1989 mit Öffnung der Grenze faktisch aufgehört zu existieren, die Sowjetunion ging ihrem Ende entgegen. Das sozialistische Welt-system gab es nicht mehr. Jetzt traten die Strategen und Vordenker der „freien Welt“ auf den Plan, die seit Jahren genau auf dieses Ziel hingearbeitet hatten. In seiner Regierungserklärung vom Januar 1991, in der er den Golfkrieg begründete, verkündete der damalige US-Präsident Bush erstmals das, was sie die **Neue Weltordnung** (NWO) nannten: „... es geht um eine große Idee: um eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen sich um eine gemeinsame Angelegenheit kümmern, um die Verwirklichung der universellen Hoffnung der Menschen: Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzlichkeit. Eine solche Welt ist unseres Kampfes würdig und der Zukunft unserer Kinder.“

Inzwischen sind wir, nach Golfkrieg und Somalia-Einsatz, mitten drin in einem mit BRD-Hilfe angezettelten Völkermorden in Jugoslawien. In kurzer Zeit hat sich bereits so ziemlich alles bestätigt, was konsequente linke Kritiker damals vorhersagten.

Die NWO ist nicht das „gemeinsame Haus“ friedlicher Nationen, das sich im Allgemeininteresse um die Wahrung von „Frieden, Sicherheit, Freiheit und Gesetzlichkeit“ kümmern. Sie ist vielmehr angestrebte Ordnung für eine Welt ohne Sozialismus, in der die imperialistischen Hauptländer ihr „Recht“ gegenüber den armen zwei Dritteln dieser Welt fixieren (das Recht des Stärkeren) und gleichzeitig ihre Claims untereinander abstecken. Wohlgemerkt, beides gehört zusammen: das Aufrechterhalten des Unterdrückungsverhältnisses gegenüber den Ländern der „Dritten Welt“ und die Verschärfung

der innerimperialistischen Konkurrenz mit all ihren von den marxistischen Klassikern schon beschriebenen Auswirkungen. Bestandteil dieser strategischen Vorstellungen ist nicht zuletzt auch die endgültige Beseitigung der noch verbliebenen sozialistischen Systeme. In der Durchsetzung der NWO gewinnt neben dem politischen und ökonomischen der militärische Hebel an entscheidender Bedeutung. Gerade in der Politik der Bundesregierung seit dem Anschluß der DDR wird exemplarisch deutlich, was die NWO ausmacht, weil hier das Neue weitgehend unverhüllt zu Tage tritt. Zwar ist man hierzulande peinlich bemüht, Aggressionsabsichten mit dem Mäntelchen der „Verteidigung der Menschenrechte“ zu bedecken, doch liegt die neue Qualität offen auf der Hand: **Deutschland befindet sich im Krieg!**



**Stoppt deutsche
Kriegsabenteuer auf
dem Balkan!**

DKP

In diesen Krieg ist die BRD nicht gegen ihren Willen hineingeschlittert. Nein, auf den militärischen Einsatz wurde seit Jahren generalstabsmäßig hingearbeitet! Und mit dem Anschluß der DDR begannen nun die langgehegten großdeutschen Träume zu reifen, die das begrenzte Wirkungsfeld des deutschen Imperialismus ein für alle Mal verlassen wollten. Die aus der Nachkriegsordnung folgende Beschränkung für weltweite deutsche Militäreinsätze sollte fallen. Ziel war und ist ein ökonomisch starkes Deutschland, mit Gewehr bei Fuß, weltweit präsent und jederzeit eingreifbereit.

Aus der Sicht des deutschen Imperialismus geht es natürlich vor allem auch darum, in der weltweiten Konkurrenz der führenden Industrienationen mithalten zu können. Denn eines sehen die Strategen der NWO als gesicherte Tatsache an: *Nur derjenige Staat wird sich im schärfer werdenden internationalen Konkurrenzkampf behaupten können, der in der Lage ist, seine weltweiten ökonomischen Interessen (d.h. die seiner Konzerne) auch weltweit militärisch abzusichern.* Die offizielle Bundeswehrplanung geht deshalb folgerichtig davon aus, daß die „Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer (!) Stabilität“ sowie die „Aufrechterhaltung des freien Welt-handels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ Hauptaufgabe deutscher Außen- und Militärpolitik sind. So sind die Anheizung des Konflikts in Jugoslawien bis zum blutigen Bürger-

1. August 1914*) 30. Juni 1995**)

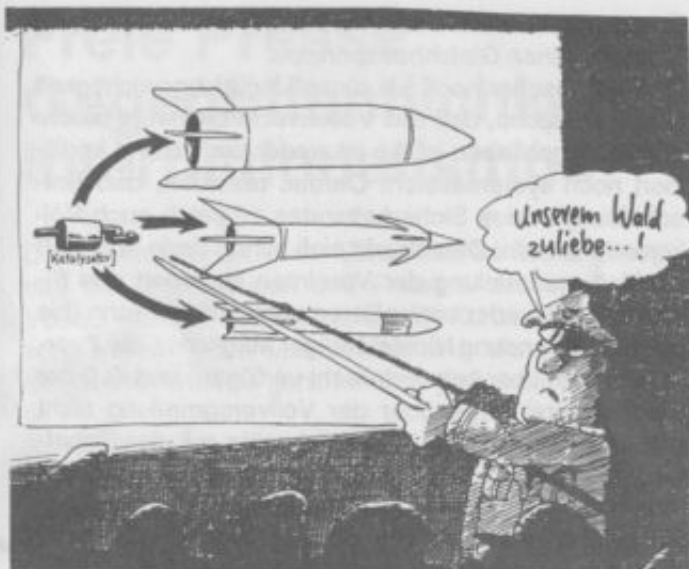
Traditionelles Übel

„Es ist ein Unglück, daß die SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands heißt. Hieße sie seit dem 1. August 1914 Reformistische Partei oder Partei des kleineren Übels oder Hier können Familien Kaffee kochen, oder so etwas - vielen Arbeitern hätte der neue Name die Augen geöffnet, und sie wären dahin gegangen, wohin sie gehören: zu einer Arbeiterpartei. So aber macht der Laden seine Geschäfte unter einem ehemals guten Namen.“

Kurt Tucholsky, 1932

*) Zustimmung zu Krieg und Kriegskrediten

**) Bundestag beschließt Kriegseinsatz in Bosnien



krieg und der nun erfolgte eigene Einstieg in den Krieg nur erfolgreiche Zwischenstationen einer strategischen Linie, die die weltweite militärische Präsenz will, um in einem angestrebten „Kerneuropa“ eine Führungsposition einzunehmen und gegenüber dem „Partner“ USA Konkurrenzfähigkeit zu beweisen.

Das wirklich Erschreckende an der Realität der „Neuen Weltordnung“ ist allerdings der Zustand der Gegenkräfte. International kämpfen die verbliebenen sozialistischen Länder unter erpresserischem und militärischem Druck ums nackte Überleben.

Und bei uns im Land? Hier kämpfen zu wenige. Die Mehrheit der SPD und Teile der Grünen sind voll auf die Seite der imperialistischen NWO-Strategie übergegangen und schütten uns bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit ihrem peinlichen Menschenrechtsgesülze zu. Im Klartext: Rüge, Kohl und Kinkel werden nicht zu Beschützern der Verfolgten dieser Welt, auch wenn Karsten Voigt, Waltraud Schoppe und Joschka Fischer sich alle Mühe geben, dem Tornado-Einsatz in Jugoslawien gerade diesen Anstrich zu verleihen. Es ist schon interessant, wie gerade mal fünf Jahre und die Gleichschaltung der öffentlichen Medien aus-



reichen, um aus Gegnern des Golfkriegs absolute Apologeten der verlogenen NWO-Propaganda („eine Gemeinschaft verschiedener Nationen kämpft um die universellen Hoffnungen der Menschheit“) zu machen. Für die wirklich konsequenten Linken steht die Aufgabe, verstärkt den Widerstand gegen diese Politik zu entwickeln. Denn eines ist klar: **Die weltweite Alleinherrschaft des Imperialismus bedeutet auf Dauer die größte globale Bedrohung der Menschheit.**

Axel Seiderer, Sprecher der DKP Hessen

**Wer den Reichen
nichts nimmt, ...**

UZ

Zeitung der DKP

**... kann den Armen
nichts geben**

Die UZ erscheint vorerst 14täglich.
Einzelpreis 2,90 DM, Jahresabo:
Inland 75,- DM, Ausland 85,- DM
65,- DM für Abbucher; 53,- DM für
Schüler, Studenten, Arbeitslose und
Sozialhilfeempfänger

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Telefon (02 01) 20 00 06
Telefax (02 01) 20 24 67

**Über Kommunisten
wird allerlei geredet.**

UZ

Zeitung der DKP

Lesen Sie selber nach!

Die neue Rolle der UNO

Euphorisch feierte der westliche Blätterwald vor fünf Jahren, daß die UNO nun „endlich handlungsfähig“ sei, als in ihrem Namen die Anti-Irak-Koalition am Golf aufmarschierte und ein an der Schwelle zur Industrialisierung befindliches Land in Schutt und Asche bombte. In Sekundenbruchteilen verbreiteten Satelliten die in gleißendem Scheinwerferlicht aufgenommene Landung von US-Truppen in Somalia im Rahmen der Operation „Neue Hoffnung“. Schon mit dem kläglichen Scheitern dieser Operation begann die Kritik an der Weltorganisation; die sich steigende Konflikthaftigkeit im ehemaligen Jugoslawien trägt nun der UNO weltweit die Schelte ein, sie sei handlungsunfähig und inkompetent. Als handlungsfähig erweist sich nun endlich - nach fast 50 Jahren - die NATO und mit ihr auch endlich die Bundeswehr. Die Schelte, die den Vereinten Nationen zuteil wird, beschert uns doch - vorläufig - den Trost, daß es handlungsfähige und vor allem handlungswillige Militärbündnisse gibt.

Bei dieser Stimmungsmache ist bezeichnend, daß keiner der vielen Kommentatoren und Experten die juristische Komplexität der UN-Charta untersucht und dies vor allem auch politisch bewertet. So sind nun einmal die Vereinten Nationen kein abstraktes juristisches Gebilde oder gar ein „Weltgewissen“, sondern sie sind einerseits Resultat der am Ende des Zweiten Weltkrieges entstandenen Einsicht, daß Krieg nie mehr Instrument der Politik sein sollte, zugleich sind sie aber in ihrer Struktur auch Ausdruck der 1944/45 bestehenden Mächtekonstellation: Zwar sind nach der Charta der Vereinten Nationen alle Staaten gleich, ihre Souveränität und territoriale Integrität sind unantastbar, aber: im einzigen exekutiven Organ der Weltorganisation sicherten sich die fünf Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und Nationalchina einen privilegierten Sonderstatus: Als ständige Mitglieder dieses Rates verfügt jede dieser Mächte über ein Vetorecht, d.h. ein Beschluß kann nur gefaßt werden, wenn keiner der großen Fünf dagegen stimmt.

Bereits hierin besteht eine Verletzung des in der Charta festgehaltenen Gleichheitsprinzips.

Problematischer noch als diese Ungleichgewichtigkeit ist die Tatsache, daß das Völkerrecht bis heute bruchstückhaft geblieben ist, es ist weder umfassend kodifiziert noch systematisiert. Daraus resultiert, daß Entscheidungen des Sicherheitsrates zugleich auch Völkerrecht setzen. Dies drückt sich schon darin aus, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen den Sicherheitsrat weder kontrollieren noch wählen kann (bis auf die Entsendung Nichtständiger Mitglieder, die ihrerseits jedoch über kein Vetorecht verfügen) und daß der Sicherheitsrat gegenüber der Vollversammlung nicht rechenschaftspflichtig ist. Gleichzeitig mit der Schaffung der Vereinten Nationen wurde zwar auch der Internationale Gerichtshof (IGH) gegründet, vor dem alle Mitgliedsstaaten Partei sind, der Sicherheitsrat und seine Entscheidungen entziehen sich jedoch einer Normenkontrolle durch den IGH. Damit ist das Prinzip der Gewaltenteilung, das die elementare Voraussetzung für Rechtsstaatlichkeit ist, für den Sicherheitsrat nicht gegeben.

Damit kommen wir zurück zur vor knapp fünf Jahren so begeistert gefeierten Handlungsfähigkeit: Der Systemgegensatz, der sich dann im Ost-West-Konflikt und schließlich gesteigert in der gegenseitigen atomaren Abschreckung artikulierte, führte in der Tat zu zahlreichen Blockaden der Entscheidungsfähigkeit des Sicherheitsrates, da, wenn die Interessen einer Großmacht berührt waren, diese ihr Veto einlegte. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß durchaus zahlreiche Entscheidungen zustande kamen, die dann allerdings immer auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner erfolgten. Zwar wurden zahlreiche Resolutionen nicht mit Sanktionen versehen und durchgesetzt, aber die moralische Autorität der Organe der Vereinten Nationen war hoch, zumal sich neben einem „gefesselten“ Sicherheitsrat die Vollversammlung der Vereinten Nationen ein nicht unerhebliches politisches Gewicht verschaffen konnte und so vor allem in Fragen der Dekolonisierung großen Einfluß gewann.

Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, ein Bruchteil des Geldes wären hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen und die Katastrophe der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Albert Einstein, 1932



Humanitäre Hilfe für Bosnien

Mit dem Ende von Bipolarität und Systemgegensatz schwanden in der Tat die Blockaden im Sicherheitsrat. Handlungsfähig wurde er nun, jedoch vor allem in Interesse der einzigen verbliebenen Supermacht, der USA. In kleineren Konflikten konnten sich dann auch „kleinere“ Ständige Mitglieder des Rates ihre Resolution besorgen, um in ihren angestammten Einflußzonen ihre Interessen zu sichern - wie etwa Frankreich in Ruanda.

Diese Art der Legitimation von Großmachtinteressen durch den UN-Sicherheitsrat konnte und kann nur solange gut gehen, wie entweder die Führungsmacht den übrigen Ständigen Mitgliedern ihren Willen aufzwingen kann oder wie die Art des Konflikts so relativ peripher ist, daß die Interessen der anderen Ständigen Mitglieder nicht nennenswert berührt werden. Genau dies ist im Falle Ex-Jugoslawien anders: Die Ethnisierung des Konflikts entlang konfessioneller Linien muß dazu führen, daß Rußland wieder in die traditionelle Rolle des Beschützers aller orthodoxen Christen zurückgeholt wird. Das Vorpreschen Deutschlands in der Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und vor allem Kroatiens mußte die traditionellen Ängste gegenüber der deutschen Balkanpolitik seitens Frankreichs und Großbritanniens auf den Plan rufen. Die USA als immer noch einzige Supermacht konnte schließlich dem Konflikt nicht fern bleiben, und so kam es zu einer völligen Umkehrung der bisher üblichen Prozeduren: Nun sind es nicht mehr der Sicherheitsrat, der Resolutionen verabschiedet, und der UN-Generalsekretär, der deren Durchführung organisiert, sondern nun bestellt sich die NATO über die Vormacht USA ein Mandat - ganz wie die Bundesrepublik innerhalb der NATO sich ihr Mandat bestellt. Die Initiative ist damit übergegangen an Teile des Staatensystems - in diesem Falle die NATO - der Sicherheitsrat wird allenfalls genötigt, seinen legitimatorischen Segen zu geben.

Damit zeigt sich zweierlei: Zum ersten paßt diese UNO mit ihrer Charta nicht mehr in eine veränderte Weltsituation, in der der Systemgegensatz verschwunden ist. Zum zweiten aber läuft die UNO nun Gefahr, zum legitimatorischen Instrument von Großmachtpolitik transformiert zu werden. Damit aber riskiert sie, ihre moralische Autorität als übergeordnete, übernationale Instanz zu verlieren. Mit seinen massiven Eingriffen in die Souveränität eines Mitgliedstaates - um nur das Beispiel

Irak zu nennen - verstößt der Sicherheitsrat selbst gegen das Prinzip der Souveränität der Mitgliedsstaaten, wobei die Absurdität solchen Vorgehens dann auf die Spitze getrieben wird, wenn die irakische Luftwaffe über ihrem eigenen Territorium „Flugverbot“ erhält (dies wurde übrigens nicht vom Sicherheitsrat beschlossen, sondern von den Westmächten verfügt), gleichzeitig jedoch die türkische Luftwaffe dort ungestraft operieren kann. Mit der willkürlichen Legitimation letztlich nationalstaatlicher Intervention auf als Krisengebiete definierten Territorien anderer Nationalstaaten läuft der Sicherheitsrat Gefahr, das gängige Völkerrecht zurückzutransformieren zum Willkürrecht der Einzelstaaten bzw. zum Faustrecht von substaatlichen Akteuren und Banden in Kriegsgebieten.

Genau in dem historischen Zeitpunkt, in dem den Vereinten Nationen die Chance gegeben gewesen wäre, Konflikte nicht nur friedlich zu lösen, sondern - wie bereits in der UN-Charta festgehalten - die sozialen und ökonomischen Ursachen von Konflikten konstruktiv zu bearbeiten, ist der Sicherheitsrat dazu benutzt worden, militärische Interventionen der großen Mächte zu rechtfertigen. Dies könnte der Anfang vom Ende der UNO sein, und dies genau zu einem Zeitpunkt, wo ihre konflikt-schlichtende Kompetenz dringender gebraucht wird denn je.

Dr. Werner Ruf

Dr Werner Ruf ist Professor für Internationale Politik an der Universität Gesamthochschule Kassel und Autor des vor kurzem erschienenen Buches „Die neue Welt-UN-Ordnung“, Agenda Verlag, Münster.



Antifaschismus heute

Was ist Antifaschismus? Auf einen kurzen Nenner gebracht: Alles was gegen Faschismus gerichtet ist, gegen jede Tendenz, gegen jede Bestrebung, die eine ähnlich braune Vergangenheit wieder heraufbeschwören könnte. Manche können mit dem Begriff Faschismus und so auch mit dem des Antifaschismus nicht viel anfangen, aber wollen keine Nazis und Neonazis und würden eher von sich sagen, sie seien antinazistisch als antifaschistisch. Und so glaube ich auch, daß solche Gruppen und Parteien, die die Nazierrschaft, Hitler und den Krieg verherrlichen, Nazisymbole zeigen, die mit Springerstiefeln die Tradition der SA demonstrieren, aus deren Reihen mit den völkisch rülpssenden glatzköpfigen Brüllaffen die meisten rassistischen Gewaltanschläge kommen, daß diese nicht so ohne weiteres eine Massenbasis gewinnen.

Als neonazistische Parteien, wie NPD, DVU, REP beachtliche Wahlerfolge hatten und auch in Parlamente kamen, haben viele erschreckend Parallelen zur Endphase der Weimarer Republik gesehen. Bis in das liberale Lager. Inzwischen sind bei den letzten Wahlen die Stimmen dieser neonazistischen Parteien erheblich



zurückgegangen, also Entwarnung, zumal tatsächlich manche militanten Neonazigruppen nun doch verboten, einige Neonazis vom Gericht verurteilt sind und auch die Polizei wie jüngst zum Rudolf Hess-Gedenktag, die Zusammenrottung von Neonazis verhindert haben. Beruhigung ist wieder eingetreten.

Nein Entwarnung ist nicht angezeigt! Ganz im Gegenteil, höllische Wachsamkeit ist geboten! Vor 50 Jahren, 1945, war wohl die Macht des Nazifaschismus zerschlagen, aber aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges kam wieder die gleiche Gesellschaft zum Vorschein, die Hitler an die Macht brachte. Sie bestimmte in Wirklichkeit die Politik in der Bundesrepublik. Gemeint ist die Führungsschicht der Großindustrie und Großbanken, also des Großkapitals und die Generalität, die eigentlichen Verursacher und Nutznießer des Faschismus und des Krieges.

An der Existenz neonazistischer Organisationen und Parteien waren sie immer interessiert, als Auffangbecken für Stimmen von Unzufriedenen, zur Einschüchterung der Linken, als Reserve für alle Fälle. Auch deshalb, weil somit die rechten Parteien, CDU/CSU, FDP,

als Parteien der Mitte erscheinen, als Verteidiger der Demokratie gegen Rechts- und Linksextremismus. In der Tat haben sie längst die Positionen der Neonazis übernommen. Ihre „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“-Parole umgesetzt in der Flüchtlingspolitik, die nun die Beseitigung des Asylrechts, Abschiebung und Abschotten zum Inhalt hat, wie auch z.B. die „Law-and-order“-Parolen gegen die organisierte Kriminalität. Die Grenze zwischen den Rechtskonservativen in diesen Parteien der „Mitte“ und den Neonazis hat sich längst verwischt.

Es wäre naiv zu glauben, 1933 würde sich genauso wiederholen, mit dem Fackelzug der Braunhemden durch das Brandenburger Tor. Aber es wäre ebenso naiv, nicht aus der Geschichte zu lernen. Es war die sogenannte Mitte dieser Gesellschaft, die konservativen und liberalen Parteien, die den Weg Hitlers zu Macht bahnten und im März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zustimmten. Wie damals, auch heute, von da droht die eigentliche Gefahr. Nur viel subtiler. Schleichend, fast unmerklich, treiben sie die Bundesrepublik immer mehr nach rechts, auf dem Wege zu einem autoritären Polizeistaat. Lauschangriff, Zusammenarbeit der Polizei mit den Geheimdiensten, damals Gestapo genannt, Einschränkung des Streikrechts, Verschärfung von Polizeigesetzen mit dem Vorwand der wachsenden Kriminalität. Und nehmen wir es ernst, wenn Schäuble vom Einsatz der Bundeswehr nach innen spricht, angesichts der anwachsenden sozialen Spannung, der immer größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich, der Wohnungsnot und der nicht zu bewältigenden Massenarbeitslosigkeit.

Nach der Wende 1989, Deutschland nun die neue europäische Zentralmacht und wieder Weltmachtträume. Die Deutschen müssen wieder lernen, selbstbewußt mit der Macht umzugehen, nicht auf das Instrument der militärischen Intervention verzichten, eine Aussage vom Bundespräsidenten Herzog. Gefragt ist wieder Volk, Nation, Schicksalgemeinschaft, - wir sitzen in einem Boot, bei den Nazis hieß es Volksgemeinschaft - mehr Leistung, mehr Pflichten, Standort, mehr Verantwortung in der Weltpolitik. Rückkehr zur Normalität, also Entsorgung der Vergangenheit, endlich nichts mehr von Auschwitz hören zu müssen, wie sonst kann ein Deutscher stolz sein, ein Deutscher zu sein, zu einer neu-deutschen nationalen Identität kommen.

Was ist Antifaschismus heute? Auseinandersetzung um die Gefahren, die mit einer Wiedergeburt des neuimperialistischen Machtdenken verbunden sind! Auseinandersetzung mit der Ideologie, die damals den Nazis eine Massenbasis verschaffte, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Militarismus, Führergefollgschaft, das Recht des Stärkeren, Volksgemeinschaft, Lebensraum! Nicht wegsehen, nicht schweigen, zur Seite stehen, wo auch immer jemand wegen seines anderen Aussehens, seiner Herkunft, beleidigt, diskriminiert, verfolgt wird! Die demokratischen und sozialen Errungenschaften auf äußerste verteidigen, sie nicht abbauen lassen! Das Vermächtnis des Widerstandes nicht der Entsorgung preisgeben lassen! Das ist Antifaschismus heute.

Peter Gingold

Bundessprecher der VVN - Bund der Antifaschisten



Gießen, August 1981: Mahnwache anlässlich des ersten Jahrestages des Bomben-Anschlages durch Neonazis in München.



Aktion zum 50. Jahrestag der Bücherverbrennung.



Seit vielen Jahren findet in Gießen am 9. November ein Mahngang zum Gedenken an die faschistische Reichspogromnacht statt (Foto von 1990).

Grußadresse der VVN/BdA Kreisvereinigung Gießen

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten in Gießen gratuliert der Redaktion herzlich zum 25jährigen Erscheinen des „Gießener Echo“.

Für die VVN/BdA Gießen, die im nächsten Jahr auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken wird, bedeuten 25 Jahre „Gießener Echo“ ein Vierteljahrhundert Berichten über antifaschistisches Engagement, Berichten über Kundgebungen und Aktionen gegen faschistische und antidemokratische Umtriebe im mittelhessischen Raum, Berichten über politische Veranstaltungen - kurz: eine kontinuierliche antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit. Mit seiner regelmäßigen Berichterstattung und der Dokumentation von historisch bedeutsamen Geschehnissen und politischen Entwicklungen in Gießen zur Zeit des Faschismus und in den Nachkriegsjahren, stellvertretend seien hier die zahlreichen autobiographischen Beiträge von Ria Deeg genannt, die 1946 die wichtigste Initiatorin für die Gründung einer Gießener VVN-Kreisvereinigung gewesen ist, leistete und leistet das „Gießener Echo“ außerdem eine für Gießen wichtige politische Aufklärungsarbeit - ein unentbehrliches Pendant zur regionalen Tagespresse.

Die Lektüre von 25 Jahrgängen „Gießener Echo“ bedeutet für uns persönlich aber auch ein Erinnern an eine langjährige erfolgreiche VVN-Arbeit und an wichtige Erfolge bei der politischen Durchsetzung antifaschistischer Themen und Interessen in Gießen. Vielleicht lesen wir die zurückliegenden Jahrgänge des „Echos“ auch mit einer gewissen Wehmut, wenn man die so engagierten und aktiven Jahre der Gießener VVN mit der momentan so mühsamen Wiederbelebung der Organisation vergleicht.

Wir, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten in Gießen, wünschen Euch mindestens ein weiteres Vierteljahrhundert „Gießener Echo“ und hoffen für uns, daß wir die Spalten des „Echos“ bald wieder mit Berichten über eigene politische Aktivitäten füllen können.

Eure VVN/BdA - Kreisvereinigung Gießen
im September 1995



Demonstration gegen das „Greif“-Denkmal an der Grünberger Straße (Juni 1987).

Für ein Europa der Völker

Zur Haltung der KPF gegenüber der EU

Schon zweimal haben mir die hessischen Genossinnen und Genossen Gelegenheit geboten, ihnen die Stellung der französischen Kommunisten gegenüber der heute betriebenen Politik beim Aufbau des zukünftigen Europa darzulegen.

Bei unseren letzten Treffen in Gießen war unsere Kampagne zu Gunsten eines „Links-Nein“ gegenüber dem Vertrag von Maastricht Gegenstand einer breiten Debatte. Seither hat sich der europäische Kontext geändert. Gegen die im Vertrag festgelegten „Übereinstimmungskriterien“ (Einschränkung der Inflation, Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, besonders auf sozialem Gebiet) haben sich allerlei Kundgebungen und Aktionen in den meisten Ländern der Europa-Gemeinschaft entwickelt.

Der „unter Bedingungen“ erfolgte Beitritt Schwedens und Finnlands sowie die Existenz von Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedstaaten der EG zeugen auf ihre Art für die Widerstandsmöglichkeiten gegenüber der ultraliberalen Politik des Maastrichter Vertrages.



In diesem Kontext, gekennzeichnet durch die Zuspitzung der Gegensätze, setzen die europäischen Führungsspitzen alles daran, um zu versuchen, einerseits den Anstieg des Widerstands einzudämmen, andererseits die Integration im Geiste von Maastricht so weit wie möglich vorwärts zu treiben.

Man kann wetten, daß sie in der Vorbereitung der im Rahmen der Revision des Maastrichter Vertrages vorgesehenen Konferenz der betroffenen Regierungen auf alle möglichen Prozedurklauseln zurückgreifen werden, um ihre strategischen Ziele zu tarnen.

So steht es mit der grundsätzlichen Frage, ob für ganz Europa geltende Beschlüsse von einer gleichmäßigen Entwicklung der Völker ausgehen, oder ob sie bestimmt sind, sie in wilde Konkurrenz zu stellen. Wenn man vor Augen hat, daß die Verfechter des Vertrages das Prinzip einer einzigen Währung, die Einhaltung der oben erwähnten Kriterien oder die Konvention von Schengen, um nur diese Beispiele anzuführen, als „nicht umkehrbar Erworbenes“ betrachten, sieht man sofort, daß nicht wenig auf dem Spiel steht. Denn eine

einzig Währung riegelt vorderhand jeden Versuch ab, eine andere Politik zu führen und mit Schengen geht Frankreich seiner eigenen Sicherheitspolitik und auch seines legendären Asylrechts verlustig.

Eine andere wichtige Frage muß aufs neue besprochen werden. Sie betrifft die auswärtige Politik und diejenige der gemeinsamen Sicherheit. Was sieht der Vertrag vor? Die Angelegenheiten der gemeinsamen Sicherheit und der auswärtigen Politik umfassen sämtliche Fragen bezüglich der Sicherheit der EG, miteinbegriffen die Definition „zum Schluß“ zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu kommen, welche „im gegebenen Moment“ zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte. Es sind die Worte „zum Schluß“ und „im gegebenen Moment“ die den Sinn der geplanten Revision klarlegen. Es wäre die Wiedergeburt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft - die E.V.G. - welche Gaullisten und Kommunisten vor 40 Jahren zum Scheitern gebracht haben. Wir bleiben grundsätzliche Gegner einer gemeinsamen europäischen Verteidigung. Das Ende des kalten Krieges sollte im Gegenteil zu kühnen Initiativen führen zu Gunsten der Abrüstung, der politischen Regelung der Konflikte, der Organisation der Sicherheit und der Kooperation in Europa. Nichts rechtfertigt die vorgesehene Souveränitätskürzungen. In diesem Sinne bemühen wir uns, unsere Vorschläge klarzulegen: zu Gunsten neuer deutsch-französischer Beziehungen und Errichtung (neben dem Europa der 15, das umgeändert sein muß) eines „Forums der Nationen“, welches auf gleichem Fuß alle Länder Europas versammeln würde. Die gleiche Besorgnis, die Völker ins Zentrum des Aufbaus eines Europa des sozialen Fortschritts, der Demokratie und des Friedens zu stellen, bewegt uns angesichts der Perspektive der Integration der Länder von Zentral- und Ost-Europa in die EG. Es geht darum, alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte mobil zu machen, damit es nicht zu einer im Eiltempo aufgezwungenen Erweiterung der EG kommt, welche eine brutale Verschärfung der Unterschiede zwischen der Entwicklung der Völker des Westens und des Ostens im Keime tragen würde.

Letzten Endes durchquert eine Frage alle anderen: über welche respektiven Befugnisse werden die gemeinschaftlichen Instanzen, die nationalen Einrichtungen und die Bürger selbst verfügen? Und welches wird ihr wahrer Einfluß sein auf den Lauf der Dinge in der zukünftigen Europa-Union?

Das steht auf dem Spiel anlässlich der geplanten Konferenz der Regierungen. Nichts ist im voraus geschrieben. Die Stärke des Eingreifens der Völker zu Gunsten einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit wird den Spielraum der Verhandlungen abgrenzen.

In jedem Land, von dessen nationalen Realitäten ausgehend, werden sich die Kommunistinnen und Kommunisten auf diesen so wichtigen Gebieten zum Besten einsetzen. In Frankreich sprechen wir uns vor der offiziellen Eröffnung der Konferenz für eine weite Umfrage bezüglich des Mandats des französischen Vertreters aus; und auf jeden Fall, nach Abschluß, für ein Referendum, damit unser Volk entscheidet, ob - ja oder nein - die gefaßten Beschlüsse ratifiziert werden sollen.

Auguste Bechler, Kommunistische Partei Frankreichs, ehemaliges Mitglied des Zentralkomitees

Normalität in Europa?

Gerade mal wieder aus dem Urlaub zurück. Den Süden erlebt. Sonne pur, auch wenn die Klimaveränderung in Deutschland „tropische“ Hitze bescherte. Italien, Frankreich, Spanien, Portugal waren, auch bedingt durch den Krieg in Jugoslawien, die erstrebten Reiseziele der Deutschen (West). Wer dann in seinem Urlaub mehr als nur Sonne sucht, wird in diesen Ländern immer wieder Hinweise auf kommunistische Parteien finden. Die gehören zur politischen Realität und Öffentlichkeit wie der Kaffee zum Frühstück. Ob das die Kommunisten in Portugal sind mit ihrem von mehreren Hunderttausend besuchten Fest, die spanischen Kommunisten mit ihrer Arbeit innerhalb des Linksbündnisses, die französischen mit der Übernahme des Bürgermeisteramtes von u.a. der Großstadt Nîmes oder die italienischen mit den Aufsehen erregenden Wahlerfolgen der Rifondazione Comunista; Kommunist zu sein, ist eine akzeptierte politische Position.

Zurück in graueren Gefilden der deutschen Landen wird man/frau schnell wieder mit der Fortführung des kalten Krieges konfrontiert. Nach wie vor gilt das KPD-Verbot

von 1956, können Kommunisten mit Berufsverbot rechnen.

Um so schöner, daß es in Gießen gelungen ist, das Gießener Echo, die Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei, 25 Jahre alt werden zu lassen. 25 Jahre der Versuche, gegen das Kapital zu schreiben, Gegenöffentlichkeit zu schaffen, das Wissen von der gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus nicht verschwinden zu lassen. Arbeiten wir also weiter, versuchen wir auch in Deutschland das Ansehen von antifaschistischen und demokratischen Menschen hoch zu halten, lassen wir es auch in Deutschland Normalität werden, daß Straßen und Plätze nach dem großen Demokraten Salvador Allende benannt werden können, daß Rosa Luxemburg und ihr Vermächtnis auch durch die Ehrung ihres Namens unvergessen bleibt, und arbeiten wir gegen die Diffamierung des antifaschistischen Widerstands der Kommunistinnen und Kommunisten, wie in Buchenwald geschehen, wo gegen den Willen der Lagergemeinschaft der Ehemaligen und der internationalen Organisationen Täter und Opfer gleichgemacht werden, ein Vorgehen, das in unseren Nachbarländern undenkbar ist.

H.R.



Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 12 - 14 und ab 18 Uhr

Samstag: ab 15 Uhr

Sonntag: 12 - 14 und ab 18.30 Uhr

Das Gießener Echo vor 1933

Daß es das „Gießener Echo“ vor 1933 schon einmal gab, ist vielen bekannt. Wie es damals zuging, möchte ich kurz für die heutigen Leserinnen und Leser schildern: Das Parteibüro der KPD am Kirchenplatz platze aus den Nähten. Viele Genossen waren arbeitslos, hatten also Zeit zum Diskutieren. Ich mitten drin und schrieb die Wachsmatrizen für das „Gießener Echo“ (auch damals 8 Seiten stark), das an jedem Wochenende in einer Auflage von 2000 Exemplaren erschien und Freitag und Samstag für 10 Pfennige im Freiverkauf vertrieben wurde. Es konnte aus finanziellen Gründen 1932 nur noch im Abzugsverfahren herausgegeben werden. Für die technische Herstellung war Walter verantwortlich. Es war immer hochaktuell, Beiträge gab es mehr als genug. Wir hatten drei Genossen im Stadtparlament und einen im Kreistag. Die Genossen hatten erfaßt, wie wichtig es ist, daß außer dem Leitartikel Gießener Probleme behandelt wurden. Daher war das „Echo“ interessant und mußte oft nachgedruckt werden. Die Wachsmatrizen waren sehr empfindlich. Sie wurden, um sie noch ein zweites Mal verwenden zu können, wie Wäsche auf eine Leine gehängt, die quer durch den Laden gespannt war. Das wurde oft zum Verkehrshindernis. Wir hatten einen Starverkäufer, Wilhelm Volk; mit seinem Umsatz kam keiner mit. Er suchte sämtliche Gießener Geschäftsleute auf, und seine Methode, das Echo an den Mann (und es waren fast nur Männer) zu bringen, war nicht immer überzeugend. Weigerte sich der Geschäftsmann, ein Echo zu kaufen, dann sagte Wilhelm: „Wart' nur, bis die Russe' komme“; die werden es Dir schon zeigen!“ Diesem Überzeugungsdruck hielt kaum einer stand. Die Genossen waren zwar alle der



Das KPD-Büro in Gießen (1931-33)

Meinung, daß dies eine falsche Methode sei, aber für Wilhelm zählte der Erfolg.

Wir hatten eine Menge Mitarbeiter. Als ich einmal lästerte, daß manche in ihren Beiträgen Rechtschreibfehler machten, meinte der verantwortliche Genosse: „Besser ein Verrat an der Orthographie als ein Verrat an der Arbeiterklasse.“ Das sah ich ein.

Ria Deeg

Gießener Echo

Organ der KPD für Gießen und Umgebung

3. Jahrgang, Nr. 1

Gießen, im März 1931

Preis 10 Pfennig

„Zehnmal lieber mit General Groener als mit den Kommunisten“

SPD ermöglicht Panzerkreuzer

Was sich am Mittwoch, den 11. März im Haushaltsausschuß des Reichstags ereignet hat, ist so alarmierend, daß heute selbst die sozialdemokratischen Arbeiter, die bisher noch auf ihre Führer vertrauten, erkennen müssen, wie berechtigt der Moskauer Prozeß gegen die menschenwütigen Kriegsverbrecher war.

„Wenn es sich um das deutsche Volk und um das deutsche Vaterland handelt, gehe ich lieber zehnmal mit General Groener, als nur einmal mit Stöcker.“

Die gestrige Abend-Ausgabe des „Vorwärts“ unterschlägt diese Ausführungen.

Über die Zeit, bevor es das Echo gab

50 Jahre nach Kriegsende - 25 Jahre Gießener Echo. Da ist doch eine Lücke! Nach 1933 war es verboten, bzw. illegal. Wo blieb das Echo nach Kriegsende - 25 Jahre lang?

Ich kann darüber nicht berichten und will es doch tun: Mir fehlte das Echo nicht, ich kannte es nicht. 1945, gerade 14 Jahre alt, wußte ich nicht, daß es kommunistische Parteien gab, wieder gab. Zeitungen las ich noch nicht - meine Mutter hatte kein Interesse daran, daß ich lernte, faschistische Zeitungen zu lesen; der Schule und der Hitlerjugend war es nicht gelungen, mich dazu zu motivieren. Die ersten Zeitungen, die ich las, waren von den US-amerikanischen Besatzungsbehörden genehmigt worden. Parteien gegenüber war ich skeptisch, sie interessierten mich zunächst kaum. Ich hatte die Idee, den Glauben an eine absolute Basisdemokratie. Warum und wieso ist hier unwichtig. (Ich hatte mal was von der Schweiz und Wilhelm Tell gehört und gelesen.)

Nach Gründung der BRD (und der DDR) 1949 begann die Diskussion um die Einführung der Bundeswehr. Basisdemokratisch orientierte ich mich an den Menschen, die sich gegen die „Wieder“-Bewaffnung wehren wollten. Sie kamen damals noch aus allen Parteien. Aber diese Basis-Gruppen waren, wie wir heute wissen, auch wenn sehr viele Menschen in ihnen organisiert waren, machtlos. Seit 1955 stand die Bundeswehr, getragen von allen Parteien - nur von einer nicht. Und als ich das begriff, 1956, da wurde sie verboten: die KPD. Als wir uns gegen die Lagerung atomarer Sprengköpfe auf bundesdeutschem Boden etwa ab 1957 organisierten: agitierten, mit Sitzblockaden Kasernentore belagerten, demonstrierten - mit der Staatsgewalt vermittelt über die Polizei in Konflikt geraten mußten, da lernte ich persönlich langjährige und auch junge Kommunisten kennen. Die älteren kannten sich aus, sie führten uns ein in bestimmte Verhaltensweisen, damit wir nicht erwischt, nicht abgehört werden konnten. Und im Ziel waren wir uns einig: Keine atomaren Sprengköpfe, kein Krieg, friedliche Wiedervereinigung.

Es gab zwei überregionale Zeitungen, die uns unterstützten: die „Deutsche Volkszeitung“ und „Die andere Zeitung“. Sie wurden verdächtigt, kommunistisch zu sein, waren es aber nicht. Regionale Zeitungen gab es keine. Wir arbeiteten mit Flugblättern. Ich, Lehrerin, bekam Ärger mit meiner vorgesetzten Behörde: Ich sei Kommunistin und das ginge nicht für eine Beamtin. Ich konnte gar nicht wissen, was das ist - außer, daß ich solidarische zuverlässige Menschen kannte, die eben Kommunisten waren - und alte Antifaschisten. Ich wollte von ihnen lernen. Wie?

Da ich ungeheuer gerne lese, wollte ich Bücher zu Kommunistinnen und Kommunisten, zum Kommunismus lesen - und Zeitungen. Doch alles war hier verboten: Zeitungen, Literatur, Romane. Marx, Engels, Rosa Luxemburg usw. Wir beschafften sie uns dann über die DDR - auf Reisen oder durch Freunde - was uns natürlich noch verdächtiger machte.

Ich glaube, und deswegen finde ich es erzählenswert, das können sich junge Menschen heute überhaupt nicht

mehr vorstellen. Christa Wolfs „Der geteilte Himmel“ war eines der ersten DDR-Bücher, das hier gedruckt wurde nach dem Mauerbau 1961.

Und dann kam die Studentenbewegung; sie druckten alte kommunistische Schriften in Raubdrucken - es gab eine Buchhandlung in Gießen, bei der ich sie unter dem Ladentisch bekam - auch hektografierte Papiere, die Zeitungen ersetzten. Unter dem Ladentisch, weil ja verboten. Es gab schon eine erstaunlich gute Struktur unter uns, zumindest für die für uns notwendigen Informationen. Der Bedarf nach diesen Druckschriften war riesengroß. Und, wie der Kapitalismus funktioniert: einige große Verleger versprachen sich davon ein gutes Geschäft: Sie nahmen kommunistische Literatur in ihr Programm auf - so entstand ein Markt, wie es ihn heute lange nicht mehr gibt.

In diese Zeit, 1968, fiel dann die Zulassung der DKP. Ich war so begeistert, daß ich fast Mitglied geworden wäre. Ich wurde nicht: Ich war inzwischen skeptisch gegenüber diesem partei-gebundenen Parlamentarismus und der durch ihn vorgeschriebenen Parteien-Organisation. Und bin es heute noch.



Wienke Zitzlaff (rechts) während einer Veranstaltung der DKP am 12.6.89 zum Thema „Politische Gefangene und politische Justiz in der BRD“.

Seit 1970 aber lese ich das Gießener Echo - endlich gab es legal - fast alles - was kommunistisch wichtig war. Nicht alles: Veröffentlichungen anderer kommunistischer Gruppen, von Anarchisten, Atomkraftgegnern (Gorleben), Startbahngegnern) 2. Juni, RAF, RZ u.a. wurden oder werden verfolgt. Beamte, die sich mit legaler kommunistischer Information versorgen oder gar Politik machten, fielen unter das Berufsverbot. Ich freue mich, daß das Gießener Echo seinen 25. Geburtstag feiern kann.

Dennoch war mir diese Geschichte der 25 Jahre wichtig, in denen ich das Echo zunächst nicht vermißte, dann aber allmählich doch. Wie wir dazu kamen, dennoch zu lesen und zu lernen, was nicht erlaubt war (vorsichtig formuliert). Daß wir untereinander und miteinander verantwortlich, persönlich und politisch verantwortlich umgingen und handelten.

Ohne dies wäre es wohl nicht zu einem neuen Gießener Echo gekommen. Und so wichtig, wie es ist - wir brauchen noch viel mehr! Dies ist mein Geburtstags-Gruß!

Wienke Zitzlaff, Hannover

Der Kampf gegen Berufsverbote - ein Kampf für Demokratie

Als vor 50 Jahren der deutsche Faschismus in seiner staatlichen Gestalt niedergeworfen war, konnte man auf eine gesellschaftliche Entwicklung hoffen, die von antifaschistischen, antimilitaristischen und antimonopolistischen Grundpositionen ausgehen würde.

Zwar verkündeten die siegreichen Verbündeten gemeinsam (!) Richtlinien und Gesetze für das besetzte Deutschland zu dessen Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (die nach Art. 139 GG noch immer verfassungsrechtlichen Rang haben), aber deren praktische Umsetzung blieb in nicht wenigen Fällen nur ein äußerlicher Vorgang.

Wirklich getroffen wurden (außer den wenigen, die so sichtbar an der Spitze des Nazi-Staates gestanden hatten, daß sie ihre Rolle schlechterdings nicht abstreiten konnten) damit aber nicht die Schichten und Kräfte, die den Nazismus hervorgebracht, gefördert und getragen - und von ihm profitiert hatten.

Schließlich kann nicht bestritten werden, daß der NS-Staat ein kapitalistisch strukturiertes Gebilde gewesen ist. Ebenso nicht, daß die Repräsentanten der ökonomisch bestimmenden Klasse als Geburtshelfer tätig gewesen sind und bis zu dessen Ende hofiert wurden. In dieser Kontinuität steht dann auch die Entwicklung im westdeutschen Nachfolgestaat. Mit allen Konsequenzen: Antisozialismus, Remilitarisierung und Renaissance des Kapitalismus, besonders in der (rasch sich entwickelnden) Ära des Kalten Krieges unter pfleglicher Obhut der westlichen Besatzungsmächte, die uns (zumindest als Satelliten) auf ihre Seite ziehen wollten.

Neben der Front gegen den außenpolitischen Gegner (den man in vier Jahren Krieg nicht hatte niederringen können; was uns aber vielleicht doch beim erneuten Anlauf im Verein mit anderen gelingen könnte?) mußten auch bald in der „Etappe“ klare Positionen bezogen werden.

Gerichtet gegen alle, die den eingeschlagenen Gesamtkurs zu kritisieren wagten und dem auch Ausdruck gaben. Sie wurden nicht ehrlicherweise als politische Gegner klassifiziert, was ja in einer Demokratie legitim ist, sondern geschickt und publikumswirksam zugleich diffamierend als Feinde der Verfassung. Was letztlich bedeuten soll: Feinde des Staates (und seiner Bürger). Mit den hinderlichen Prinzipien einer funktionierenden Demokratie begann bereits Adenauer aufzuräumen. Dazu sei erinnert an den sog. Adenauer-Erlaß zur politischen Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes (vom 19.9.50), den Boykott gegen Firmen mit Geschäftsbeziehungen zum Osten (vom 28.3.51) und an das 1. Strafrechtsänderungsgesetz (wegen seiner rigorosen Durchpeitschung im Parlament auch „Blitzgesetz“ genannt), mit dem die von den Alliierten 1945 abgeschafften Straftatbestände des Landes- und Hochverrats wieder eingeführt wurden, dazu Bestimmungen über die Staatgefährdung, die von Sonderstrafkammern abzuurteilen ist (vom 30.8.51).

Letztere mußte nach dem Verbot der KPD am 17.8.56

dazu erhalten, daß unter oft obskuren juristischen Verrenkungen Prozesse durchgeführt und langjährige Gefängnisstrafen verhängt wurden.

Man darf annehmen, daß gegen rund eine halbe Million Bundesbürger Ermittlungsverfahren in dieser Hinsicht eingeleitet worden sind. Etwa 10.000 Strafverfahren haben vor westdeutschen Gerichten stattgefunden.

1971 rollte eine neuerliche Welle gegen Oppositionelle in der BRD an. Zunächst in Hamburg, wo der Senat der Hansestadt am 23.11. den Grundsatzbeschuß faßte gegen die Verbeamtung von radikalen (!) Bewerbern.

Das war die Ouvertüre zu den „Grundsätzen zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“, beschlossen am 28.1.72 auf der Konferenz der Ministerpräsidenten unter dem Vorsitz des damaligen (sozialdemokratischen) Bundeskanzlers Brandt.

Wieder (wie 1918/19) machte sich die SPD zum Handlanger der konservativ-reaktionären Kräfte. Und wieder mit der Behauptung, die Demokratie vor Gefahr zu schützen und Schlimmes verhindern zu wollen (und wieder - das darf man hinzufügen - wurde es ihr von diesen nicht gedankt).



Heinz Nagel (rechts) während einer Demonstration gegen Berufsverbote am 24.10.87 in Gießen.

Was damit über die Bundesrepublik gekommen und welchen Schaden ihr damit zugefügt worden ist, ist m.W. in allen Einzelheiten noch nicht aufgearbeitet.

Auch nicht in der räumlichen Begrenzung auf eine Region wie, etwa Gießen. Dies sollte einmal gemeinsam mit den Betroffenen und den Aktiven der Bewegung gegen die Berufsverbote aufgearbeitet werden! (An dieser Stelle und bei dem vorhandenen Raum erscheint mir das nicht möglich.)

Festgehalten werden kann aber jetzt schon, daß dies eine Zeit demokratischer Aktivitäten in unserer Stadt gewesen ist, auf die wir, in aller Bescheidenheit, mit Stolz zurückblicken können. Sie haben wohl alle, die sich engagiert haben, bereichert und wechselseitige Kontakte hervorgebracht, die sich durchweg bewährt haben.

Ich meine, daß der Kampf gegen die Berufsverbote noch nicht abgeschlossen ist, solange die Betroffenen

und Opfer nicht rehabilitiert (nicht begnadigt!) und entschädigt worden sind (soweit das überhaupt möglich ist).

Ferner sollten wir erkennen, daß die prinzipielle ideologische Basis für Berufsverbote in unserem Land weiter besteht. Vielleicht weniger spektakulär und ins Auge springend, aber nicht weniger tiefgreifend und bedrohlich. In den sog. neuen Bundesländern hat der Verfolgungseifer ein neues Betätigungsfeld gefunden.

Darum muß die Parole lauten: Macht den Weg frei für eine gesellschaftliche Entwicklung hin zu einer zutiefst demokratischen Struktur unseres Landes!

Und dazu gehört der Kampf gegen die Rechtsentwicklung in unserem Lande nach dem von dem Kollegen Willkommen formulierten Motto: „Präventiv den Faschismus bekämpfen, heißt folgerichtig: Den Spätkapitalismus bekämpfen.“

Dabei sollten wir uns des altrömischen Senators Cato erinnern, der so lange seinen Reden hinzufügte: „Ceterum censeo, Carthaginem esse delendam“ („Im übrigen bin ich der Meinung, daß Karthago zerstört werden muß.“) bis seine Forderung erfüllt war, und wir sollten

uns täglich vor Augen führen: Im übrigen muß der Kapitalismus beseitigt werden!

Heinz Nagel, Sprecher des Gießener Komitees gegen Berufsverbote



Oktober 1987: Freude bei den Prozeßbeobachtern in Berlin nach der Vertagung des Prozesses gegen Axel Brück.

7.4.1933

Nazi-Sondergesetz zur
"Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"

Das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" war das Berufsverbotegesetz der Nazis.

Es bewirkte

- die sofortige Entlassung von in der Weimarer Republik aus politischen Gründen eingestellten oder beförderten Beamten ohne für die Laufbahn vorgeschriebene Vorbildung ("Partei-buchbeamte" der Weimarer Koalitionen)
- die zwangsweise Entfernung von Gegnern des Nationalsozialismus (insbesondere aller Kommunisten und vieler Sozialdemokraten) aus dem Dienst
- die zwangsweise Pensionierung aller nichtarischen Beamten.

Erschreckende Parallelen

Reichsgesetzblatt
Teil I
Nr. 34

1933

Inhaltsangabe: A. Fortsetzung des Gesetzes über den Dienst der Beamten...

§ 4 Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden...

§ 2 a (1) Beamte, die der kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- oder Ersatzorganisationen angehört oder sich sonst in kommunistischem Sinne betätigt haben, sind aus dem Dienst zu entlassen...

(2) Zu entlassen sind auch Beamte, die sich in Zukunft im marxistischen (kommunistischen oder sozialdemokratischen) Sinne betätigen.

BESCHLUSS DER MINISTERPRÄSIDENTEN
JANUAR 1972

"GRUNDSATZE ZUR FRAGE DER VERFASSUNGSFEINDLICHEN KRAFT IM ÖFFENTLICHEN DIENST"

"Nach den Beamtengesetzen in Bund und Länder darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt... Gehört ein Beamter einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrages..."

DEUTSCHE POSTGEWERKSCHAFT

ORTSVERWALTUNG FERNWELDEAMT GIESSEN



„Gießener Echo“ 25 Jahre gegen politische Verfolgung

Mit Recht verweist die Redaktion des „Gießener Echo“ anlässlich ihres 25jährigen Jubiläums auf die erfolgreiche Tätigkeit der Zeitung in Gießen. Nach der Neukonstituierung der DKP war das Echo eine der ersten Ortszeitungen dieser jungen Partei im Bezirk Hessen. Nach wie vor ist das „Gießener Echo“ die einzige Ortszeitung geblieben, die von Anfang an einen festen Abo-Leserkreis hat.

Mit der Wahl des Namens „Gießener Echo“ setzte die örtliche Parteiorganisation die antifaschistische Tradition fort, denn schon vor 1933 gab es eine örtliche KPD-Zeitung gleichen Namens.

Antifaschistisches Engagement gehört bis heute zu den Schwerpunktthemen des Echo, wie auch die Verteidigung demokratischer Rechte. Nicht ohne Erfolg führte die Zeitung einen beständigen Kampf gegen politisches Unrecht. Erwähnenswert ist vor allem die Hilfe bei der Entwicklung einer breiten Solidaritätsbewegung gegen die Berufsverbote der Gießener DKP-Mitglieder Axel Brück, Egon Momberger und Mario Berger.

Besonders zu danken ist der Redaktion für ihre Solidarität mit den Opfern des Kalten Krieges. In Gießen wurde Anton Kaiser Anfang der 50er Jahre aufgrund des Adenauer-Erlasses zeitweise aus dem öffentlichen Dienst entlassen, Ria und Walter Deeg wurden 1958 wegen ihrer Tätigkeit für die KPD vor Gericht gestellt,

Walter zu neuen Monaten Gefängnis verurteilt. So unterstützt das Gießener Echo die „Initiative für die Rehabilitierung der politisch Verfolgten“ in der Altbundesrepublik, die vor wenigen Monaten dem Petitionsausschuß des Bundestages nachstehende Forderungen mit über 6000 Unterschriften überreichte:

- * Beseitigung aller Gesetze und Verordnungen für politische Verfolgungen und Berufsverbote, darunter der Beseitigung des KPD-Verbotsurteils, das zur Handhabung vieltausendfachen Unrechts wurde;
- * daß sämtliche Urteile, insbesondere von politischen Strafkammern aufgehoben werden;
- * daß umgehend Schluß gemacht wird mit der erneuten Praxis politischer Strafjustiz und Berufsverbote gegen Bürger des ehemals selbständigen und völkerrechtlich anerkannten Staates, der DDR;
- * daß alle politisch Verfolgten aus der Zeit des Kalten Krieges rehabilitiert werden, Entschädigung für erlittenes Unrecht erhalten, ihre Haftzeiten als Ausfallzeit für die Rentenberechnung anerkannt und auch ihren überlebenden Ehepartnern zuerkannt wird;
- * daß der Kalte Krieg innenpolitisch endgültig beendet und politisches Unrecht von gestern und heute aus dem Leben unseres Landes verbannt wird.

Wir von der Initiativgruppe bedanken uns bei der Redaktion des „Gießener Echo“ für ihre tatkräftige Unterstützung. Für die künftige Arbeit wünschen wir der Zeitung weiterhin viel Erfolg.

Sepp Mayer

Vorsitzender der DKP Hessen von 1968 bis 1983

Verein Wissenschaft & Sozialismus e. V. Frankfurt am Main

- Unsere Schwerpunkte: * Theoretische Fragen * Philosophie und Weltanschauung
* Geschichte, Politik und Ideologie * Probleme der Naturwissenschaften
Unsere Aktivitäten: * Wissenschaftliche Arbeitsgespräche * Seminare, Kolloquien, Publikationen

Einige unserer bisherigen Veröffentlichungen:

REPRINT 1&2: Unsere ersten beiden Publikationen in einem Heft [96 S., DM 8. -]

- 1 Dr. Wolf-Dieter Gudopp **Das Maß der Epoche**
2 Dr. Rainer Eckert **Revolution und Konterrevolution in Deutschland**

30.6.1995: Bundestag beschließt offenen Eintritt in den Krieg in Jugoslawien

1.9.1995: Tornados der deutschen Luftwaffe fliegen ihre ersten Kampfeinsätze

- 12 Dr. Wolf-Dieter Gudopp **Auf dem Weg in den Dritten Weltkrieg ?** [96 S., DM 8. -]

1995: 175. Geburtstag und 100. Todestag von Friedrich Engels

- 15 Prof. Dr. Eike Kopf **Friedrich Engels** [98 S., DM 8. -]

Bestellungen richten Sie bitte *schriftlich oder telefonisch* an:
Josef Mayer, Trifelsstraße 6, 60528 Frankfurt am Main, Tel. 069 - 67 66 30

Bitte fordern Sie das **Gesamtverzeichnis** unserer Publikationen an.

Schwarz-Weiß-Malerei?

Als alter Abonnent des Gießener Echo und als Angehöriger der alten Generation hier mein Beitrag zum Jubiläum dieser Zeitung. Wo es um Politik und Sozialpolitik geht ist Schwarz-Weiß-Malerei - im Gegensatz zur Kunst - eine Sünde mit oft schlimmen Folgen. Können politische Gegner beweisen, daß das Gießener Echo vor allem schwarz-weiß malt, also politische/sozialpolitische Vorgänge und Sachverhalte in grober Vereinfachung darstellt? Selbst treue Leserinnen und Leser des Gießener Echo werden manchmal in der Zeitung Behauptungen finden ohne ausreichende solide Begründungen. Aber das berechtigt noch nicht zum Vorwurf, Berichte dieser Zeitung seien unglaublich, ihre Kommentare seien nicht ernst zu nehmen.

Zum Thema Glaubwürdigkeit kommunistischer Zeitungen eine kleine Reise mit der Zeitmaschine, frühe 50er Jahre, BRD. Meine Erfahrungen bei öffentlichen Aussprachen über KPD-Zeitungen. Viele sogenannten kleinen Leute waren dankbar für Hilfen aus den USA, die zur Wiederaufnahme der Produktion in den Betrieben beitrugen. In den kommunistischen Zeitungen gab es da-

mals ständig Hinweise auf die offensichtliche Bereitschaft einflußreicher US-amerikanischer Kräfte, das Risiko eines neuen Krieges in Deutschland in Kauf zu nehmen, um großkapitalistische Vorherrschaft gegen eine Entwicklung zum Sozialismus zu behaupten. Diese Warnungen der KPD-Zeitungen erschienen vielen Leuten als Schwarz-Weiß-Malerei. Menschlich war zu verstehen, daß vor allem Möglichkeiten zur schnellen Verbesserung der Lebensbedingungen (auch dank der Hilfen aus den USA) gesehen wurden. Aber es wurde zu wenig die Frage gestellt, mit welchem Preis zu rechnen sei.

Jetzt wieder zu unserer Gegenwart. Nach 50 Jahren BRD, nach dem Ende der angeblichen Bedrohung aus dem roten Osten haben wir wieder in den USA und in Deutschland einflußreiche Politiker, die leichtfertig auf militaristische Abenteuer setzen, so wie damals Churchill, Dulles, Adenauer und Strauß.

Hinweise auf real existierende politische und soziale (Sparprogramme) Gefahren sind Hilfeleistungen für Menschen, die eine sichere Gegenwart und Zukunft wollen, und nicht nur für den Augenblick klug sein wollen.

Hans Gebhardt, Marburg

VERÄNDERN Mitglied werden

DKP *die Roten*

Zum 25jährigen

25 Jahre Gießener Echo - eine lange Zeit! Irgendwo war das „Echo“ immer dabei.

Als ich 1969 an der Justus-Liebig-Universität ein Studium begann, das war eine unruhige Zeit, so wie heute, wo es ja wieder viele Veränderungen gibt. Aber manches sah damals hoffnungsvoller aus - oder waren wir einfach nur unverbesserliche Optimisten in unserem jugendlichen Überschwang? Jedenfalls konnte man sich als Student an der Universität kaum den politischen Ereignissen entziehen - und wenn man sich für Politik gar noch interessierte, dann steckte man schon mittendrin! Irgendjemand sagte: „Da gibt es einen marxistischen Lesezirkel, da müssen wir mal hin!“ Und dann sind wir da hingegangen - so einfach ist das gewesen. Wir waren auf der Suche nach „mehr Demokratie“, nach sozialer Gerechtigkeit, nach Alternativen zum bestehenden „Mief“, nach Zukunftsperspektiven für uns selbst, die Gesellschaft und den Staat Bundesrepublik. Da gab es wenig bis gar keine Berührungängste mit Kommunisten, mit ihrer neu gegründeten DKP - und ihrer Gießener Ortszeitung. „Der neue Start ist rot!“, das war damals eine treffende Werbeparole.

Später hab' ich dann auch mal was geschrieben für's „Echo“, viel öfter aber die Zeitung verteilt, in manchen

Wahlkämpfen und auch sonst... Ich staune ein bißchen, wenn ich ein paar alte Ausgaben aus diesen Jahren in die Hand nehme: Was haben wir nicht alles angepackt, wo haben wir uns nicht überall eingemischt und ungefragt laut unsere Meinung gesagt! Und vieles hat auch echt Spaß gemacht: Mit wehenden roten Fahnen durch das Nordviertel nach Wetzlar zur 1. Mai-Demonstration! Viele andere Demos, gegen den Vietnamkrieg, gegen US-Militärparaden, gegen Neonazis schon damals, viele Kinderfeste, die Fastnachts-Veranstaltungen im Saalbau Wieseck...

Vieles ist lange her! Als wir dann 1979 weggezogen sind nach Düsseldorf, da wurde das „Echo“ (das man ja glücklicherweise abonnieren kann) zu einem Stückchen Verbindung nach Gießen - bis heute, Monat für Monat.

Ich wünsche Euch und mir, daß das noch lange so bleibt: immer genug „Stoff“, viele interessante Themen (an denen es sicher auch heute überhaupt nicht mangelt), immer genügend Freunde und Genossen, die Beiträge schreiben und Hinweise geben, und ein „technisches Team“, das nicht den Spaß verliert beim Umbruch der Ausgabe für den kommenden Monat - auch wenn es in diesen Jahren schwerer ist: Trotz alledem!

Düsseldorf, im August 1995
Günther Weißmüller

„Gießener Echo“ 25 Jahre Kampf um Presse- freiheit

„Pressefreiheit bedeutet die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung verbreiten zu können.“ Das schrieb schon vor Jahrzehnten Paul Sethe, Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ - er wurde denn auch aus der Redaktion ausgebootet.

Aus den 200 Alleinbesitzern dieser „Freiheit“ der Presse sind inzwischen, wie Eckart Spoo, langjähriger Bundesvorsitzender der gewerkschaftlich organisierten Journalisten, feststellt, weniger als 100 geworden - die Konzentration des Kapitals macht auch um die Zeitungsverlage keinen Bogen. Ein Verlag ist ein kommerzielles Unternehmen, nicht anders als eine Fabrik für Schuhcreme oder (ich bitte um Verzeihung) ein Eros-Center (auch Bordell genannt).

Was diese Unternehmen den Lesern, also den Bürgern dieses Staates, bieten, das hat ein anderer Mann gesagt, der noch viel prominenter ist als Sethe und Spoo. Hier seine Erklärung:

„Die Journalisten dürfen Gott sei Dank schreiben, was sie für richtig halten, auch wenn es falsch ist. Sie dürfen sogar etwas schreiben, von dem sie wissen, daß es falsch ist. Das soll auch so bleiben.“ Der das proklamierte war Helmut Schmidt, Bundeskanzler in Bonn; er sagte es in öffentlicher Sitzung des Bundestags am 19. Januar 1977; es ist im Bundestagsprotokoll nachzulesen. Allerdings: keine Zeitung druckt es, obwohl - nein: weil - es wahr ist!

So dürfen die Leser weiter glauben, sie würden korrekt informiert. Und der Mann, der vom Kanzleramt aus das „Recht auf Lüge“ zuerkannte, wurde Herausgeber der als liberal firmierenden Wochenschrift „Die Zeit“ (Hamburg).

In diese illustre Gesellschaft der Millionäre, die „ihre“ Journalisten nach Belieben auch zur Verbreitung von Unwahrheiten - und öfter noch zur Unterschlagung „unbequemer“ Wahrheiten - mißbrauchen, zu dieser illustren Gesellschaft gehört das „Gießener Echo“ nicht! Das winzige Stückchen Pressefreiheit, das sich dieses kleine Blatt gegen eine finanzielle und personelle Übermacht erkämpfte - für sich und seine Leser erkämpfte - dieses Stück Pressefreiheit (ohne Gänsefüßchen) erkämpft und 25 Jahre lang mit Erfolg verteidigt zu haben, dafür gebührt den Frauen und Männern, die hinter dem Blatt stehen, Anerkennung und Unterstützung. Jawohl - Unterstützung vor allem! Denn es liegen weiter Jahre des Kampfes vor uns. Vor uns und vor Erika Beltz, Ria Deeg, Michael Beltz und Gernot Linhart, die ohne Unterstützung durch Kapital oder Regierung ans Werk gingen.

Man spricht so gern von Bürgerinitiativen; nun es war und ist eine echte Bürgerinitiative, die hinter dem „Gießener Echo“ steht. Sie heißt Deutsche Kommunistische Partei; aber es ist eine Initiative von Frauen und Männern, die nichts wollen und tun, als Wahrheit zu verbreiten in einer Umgebung, die vom Geld (siehe Paul Sethe) und Betrug (siehe H. Schmidt) beherrscht wird. Und auch das sollte beachtet werden - in dieser Initiative

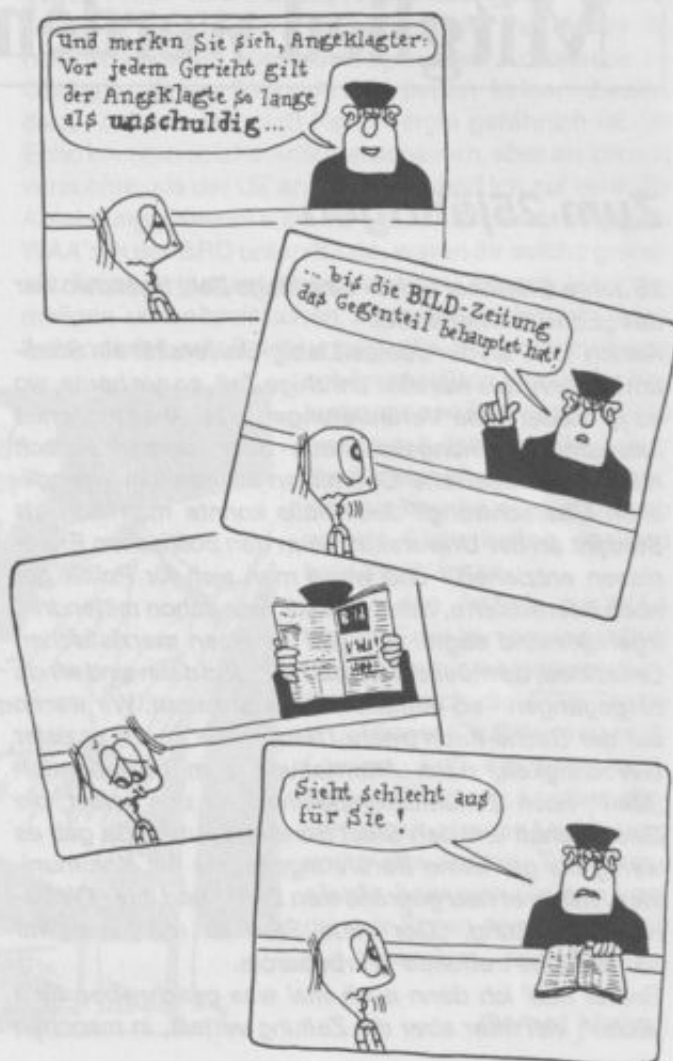
haben vom ersten Augenblick an Frauen gleichberechtigt und mitbestimmend mitgewirkt. In einer Zeit, da das moderne Wort „Frauenquote“ noch nicht einmal erfunden war, gab die DKP das Beispiel.

Es gereicht dem „Gießener Echo“ zur Ehre, daß eine Frau wie Ria Deeg zu den Gründern und Herausgeberinnen gehört. Eine Frau, die für ihre Überzeugung, für ihr Eintreten für Wahrheit, Recht und Frieden schlimmste Verfolgung auf sich nahm - zu einer Zeit, da die „Herren“, die sich heute in der Politik spreizen, feige gekniffen haben oder sich an den Verbrechen der Nazis sogar beteiligten.

Als 1946, zu Beginn des Kalten Krieges, die westdeutsche Presse „von Kommunisten gesäubert“ wurde, gehörte auch ich zu den Opfern jener „Pressefreiheit“, die General Clay, Helmut Schmidt und Herr Kohl gleichermaßen vertreten. Bis zum heutigen Tag wird diese „Pressefreiheit“ in Deutschland praktiziert. In keinem zivilisierten Land Europas gibt es das - nur in Deutschland und in der Türkei...!

Umso größer das Verdienst der Frauen und Männer vom „Gießener Echo“. Ich schließe mich von ganzem Herzen den Gratulanten an. Helft mit, daß das Anliegen dieser „Zeitung von unten“ zum Anliegen vieler Bürger der Stadt Gießen wird.

Emil Carlebach
Gründungs-Chefredakteur der
Frankfurter Rundschau





EIN GRUSS

16 Jahre weg von Gießen kann man das „Echo“ nur genießen. Hier wird drin geblättert, gelesen und diskutiert, um zu wissen, was bei Euch so alles passiert. Wir brauchen nicht texten, kleben, montieren, nicht falten, verkaufen und adressieren. Vor Jahren schon mal was mitgemacht, meist tags - oder auch manchmal in der Nacht, viel gelacht und gestritten über den besten Weg, Kompromiß gefunden, gefragt bei Ria Deeg... Im Rückblick: die Mühe und sehr viele Stunden, das alles für die Leser, unsere Kunden. Das Ziel in der Ferne - es ist nur zu ahnen. Mit unserem Druck-Erzeugnis wollen wir mahnen und nicht nur schlucken, was rundum passiert. So sind wir und bleiben es: engagiert. Heidrun

Verfassungsschutz im Dienste der Bürger

Im Jahre 1972 zog ich nach Gießen, um dort bei „Wissen und Fortschritt“ meine Arbeit aufzunehmen. So stand auch die Frage: Wo wohnen?

Es hat mich überrascht, welche Atmosphäre des Optimismus, des Aufbruchs ich dort vorfand, verbunden mit offiziellen und inoffiziellen Anlässen des Feierns und Fêtens und ebenso verbunden mit praktischer und persönlicher Solidarität.

So war es für „Neuankömmlinge“ wie mich nicht schwer, irgendwo unterzukommen. In Mainzar, der Bahnhofstraße, der Südanlage und für spätere Fälle im Schifferberger Weg standen allemal Plätze zur Verfügung.

Allerdings wechselte man sein Domizil dementsprechend auch leicht und schnell, zumal ein Umzug von mir dazumal mit einer Ladung im Renault 4 zu bewältigen war (dessen Kennzeichen KE-E 844 trotz anderslautender Meinung nicht die Initialen von Karl-Ernst Eiermann waren). Manchmal mußte man das Domizil auch wechseln. Mal hatte der Genosse Hauptmieter der WG einen Mietrückstand von einigen Monaten produziert, mal hatte in einem Appartementsilo mit Etagendusche und -WC ein freundlicher Mitbewohner in der Dusche eine Ladung ekelhaften Mülls zuzüglich meiner UZ, die mir einige Tage im Briefkasten fehlte, deponiert, womit für den Hausverwalter der Fall eindeutig zu meinem Nachteil geklärt war.

Es war nicht immer leicht, alle früheren Bekannten und die Angehörigen stets auf dem Laufenden zu halten mit der postalisch korrekten Anschrift. Und so kam es, daß ein völlig falsch adressierter Brief mich doch noch richtig erreichte: Er wurde von der Post in den Briefkasten des Parteibüros in der Frankfurter Straße geworfen.

Da soll mal einer sagen, der Verfassungsschutz sei nicht für die Bürger da, zumal ich ja nicht ein weithin in der Öffentlichkeit bekannter Kommunist war.

Kurt Wirth

Emil Carlebach:

Tote auf Urlaub. Kommunist in Deutschland Dachau und Buchenwald 1937-1945. Pahl-Rugenstein Nachfolger 1995, 300 Seiten, 29,90 DM

Es gibt die Literatur des Widerstandes von Bruno Apitz über Hans Fallada bis zu Anna Seghers – um nur einige Autoren zu nennen – aber es gibt keine vergleichbare dokumentarisch belegte und nüchtern, ja fast leidenschaftslos aufgeschriebene Reportage des Grauens, wie sie Emil Carlebach mit diesem zweiten Band seiner Erinnerungen zum 50. Jahrestag der Befreiung vorlegt, die für ihn und andere Häftlinge des KZ-Buchenwald ein Tag der Selbstbefreiung war.



September 1995, Pressefest der UZ in Dortmund: im Antifaschismus-Forum (von links) Emil Carlebach, Peter Gingold, Kurt Bachmann und Ulli Sander.

Gießener Echo - wie es begann ...

Im Frühjahr 1970 hatten neue Mitglieder aus der APO frischen Schwung und Tatendrang in die Gießener Partei gebracht. Im Protokoll der MV vom 28.4.70 heißt es: „Zum TOP 3 schlägt der Genosse Walter Deeg noch vor, eine DKP-Ortszeitung für Gießen herauszugeben, wie dies vor 1933 und nach 1945 der Fall war... Er schlägt den Namen 'Gießener Echo' vor... Die Genossen M. Beltz, D. Bender und W. Deeg erhalten den Auftrag, eine Konzeption für die Zeitung zu erarbeiten.“ Der Name wurde bewußt in Anknüpfung an kommunistische Tradition gewählt: von 1928 bis 1933 gab es schon einmal ein „Gießener Echo“, das Organ der KPD in Gießen.

Im September 1970 erschien die erste Ausgabe des neuen „Gießener Echo“; trotz anfänglicher technischer Mängel, Bleiwüsten und anderer Unzulänglichkeiten fand unsere Zeitung große Beachtung, Unterstützung (Informanten), interessierte Leser, viele Abonnenten und Resonanz weit über Gießen hinaus. Im Bayernkurier war am 27.1.73 die Rede vom „kommunistischen Hetzblättchen 'Gießener Echo', das seine publizistische Aufgabe vornehmlich darin sieht, angesehene Repräsentanten der Gießener Union zu verketzern. So unterstellte man dem Landtagsabgeordneten Wilhelm Runtsch, einem besonnenen Demokraten, geistige Ver-



DKP-Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 1975 mit Sonja Kehler in ausverkauften Saalbau Wieseck.

bindung zur Nationalzeitung.“ In der Tat hatte die DKP schon damals die geistige Verbundenheit führender CDU-Politiker mit Alt- und Neonazis aufgedeckt und auch den „herzlichen Dank“ des späteren Gießener CDU-Oberbürgermeisters Runtsch an die Nationalzeitung für die Freisprechung der Nazis an der Kriegsschuld dokumentiert (Gießener Echo - Extra, 10/72). Die Themen im „Gießener Echo“ waren damals ähnlich wie heute: gegen Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, gegen Wohnungsnot und Mietwucher. Wir forderten die Streichung des § 218 und volle Gleichberechtigung; der Internationale Frauentag war damals fast allein Sache der DKP. Wir berichteten aus Betrieben „Knochenmühle

Bänninger“, dem Stadtparlament „Müssen sie wirklich nur Marionetten sein?“ und den Wohngebieten „Weststadt darf nicht zerschnitten werden“. Wir unterstützten die Tariffkämpfe, die sozialen und demokratischen Bewegungen und sammelten 1600 Unterschriften für die DKP-Forderung nach einem Stopp der Gas- und Strompreise. Wir wollten abrüsten, „Konsequente Friedenspolitik - Ami-Wohnungen für Gießener Familien“ und diese Gelder für soziale Zwecke verwendet sehen. Wir traten ein für die Überführung der Groß- und Schlüsselindustrie sowie des großen Miethausbesitzes in Gemeineigentum. Wir forderten damals Freiheit für Angela Davis wie heute für Mumia Abu-Jamal. Wir traten ein für ein demokratisches Chile wie heute für ein freies Kurdistan, waren und sind solidarisch mit dem sozialistischen Cuba und Vietnam, für dessen endgültigen Sieg über die US-Aggression am 30. April 1975 auch wir jahrelang gekämpft hatten.

Aber in den Anfangsjahren des „Gießener Echo“ herrschten andere politische Verhältnisse, es war ein völlig anderes Klima, nicht der laue Mief aus Kleinmut, Resignation und „Betroffenheit“, der heute von ehemaligen Linken verbreitet wird, und in dem das Gift der herrschenden Ideologie „Marx ist tot und Jesus lebt“ so spielend gedeiht - obwohl heute die Probleme von damals - soziale Verelendung und Kriegsgefahr - nicht kleiner sondern größer geworden sind.

Damals gab es einen Aufschwung der linken Kräfte, Marx war in. Es entwickelten sich die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, der Marxistische Studentenbund Spartakus; auf vielen Veranstaltungen war die neue Gießener Songgruppe mit Arbeiterliedern dabei; die Buchhandlung „Wissen und Fortschritt“ verkaufte massenhaft Titel wie „Der Imperialismus der BRD“, die auch in den Seminaren der Uni gelesen wurden. Sogar Willy Brandt hatte vorgegeben, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen - und dann mit dem „Radikalen-Erlaß“ die Berufsverbote eingeführt. Trotzdem entwickelte sich die DKP rasant in diesen Jahren. In der Kreisorganisation Gießen (Vorsitzender Michael Beltz, Stellvertreter Axel Brück) gab es im Mai 1973 vier eigenständige DKP-Gruppen: Gießen/Nord (Vorsitzender Otto Winzen), Gießen/Süd (Klaus Weiser), an der Uni (Otto Röber) und am Fernmeldeamt (Ulla Schmidt); wenige Monate später wurde die Sammelbetriebsgruppe Metall (Wolfgang Appel) gegründet.

An dieser Entwicklung hatte das „Gießener Echo“ maßgeblichen Anteil. Die meisten der Genossinnen und Genossen, die mal am Echo mitgearbeitet haben, sind inzwischen verschwunden, zum Teil aus Gießen, zum Teil aus der - linken - Politik. Aber es gab und gibt immer wieder neue Mitwirkende, und das ist gut so. Von der alten „Stamm-Besetzung“ sind heute noch redaktionell dabei: Erika und Michael Beltz, Gernot Linhart - und Ria Deeg, die wir bereits im Gießener Echo Nr. 11/1973 wegen ihres aktiven Widerstands gegen den Faschismus für die Verleihung der Goldenen Ehrennadel der Stadt Gießen vorschlugen. 14 Jahre später, im März 1987 wurde diese Forderung endlich erfüllt. Leider können wir das von den wenigsten unserer Forderungen behaupten.

Erika Beltz

Das Ende einer Kaffeefahrt

In Gießen wohnte ich zwar und war dort in der Partei organisiert, meistens arbeitete ich aber bei „Wissen und Fortschritt“ in Marburg. Es lag daher nahe, daß ich das „Gießener Echo“, das über viele Jahre in der Druckerei im Marburger Parteibüro gedruckt wurde, nach Gießen transportierte.

So auch am einem Samstag, an dem in Marburg ein „Schwerpunkteinsatz“ anlässlich irgendeiner Wahl stattfand. Ich hatte am Vormittag kurz meine Buchhandlung verlassen, um im „Erlenhof“, wo an diesem Tage das Zentrum parteilicher Organisation pulsierte, die 6 oder 8 Kartons „Gießener Echo“ abzuholen, die von Marburger Parteimitgliedern mit dorthin genommen worden waren. Ich kam in den Saal, wo vor mehreren Tischen mehr oder weniger lange Schlangen von Helfern aus allen Gegenden Hessens standen, die zu ihren speziellen Aufgaben an diesem Aktionstag eingeteilt werden sollten.

An einem Tisch gab es ein Stocken, einige Aufregung und Unruhe. Auf mehrmalige Fragen der hinter dem Tisch sitzenden Organisatoren: „Was wollt ihr denn machen; Hausbesuche, Material stecken oder Info-Stand?“ hatten zwei ältere Helfer erst mal fassungsloses Staunen von sich gegeben. Dann meinten sie etwas verdattert, daß das ja eine seltsame Kaffeefahrt wäre. Nach einigem Hin und Her stellte sich heraus: die beiden hatten sich am Samstagmorgen am zentralen Bus-Bahnhof in Kassel eingefunden, wo drei Busse zum Wahleinsatz nach Marburg losfahren, aber auch ein Bus zu einer Kaffeefahrt starten sollte. Sie hatten den falschen Bus bestiegen. Die Marburger Genossinnen und Genossen bewirteten sie, bis die Helferbusse am späten Nachmittag wieder nach Kassel zurückfahren, und die beiden sollen höchstvergnügt wieder in Kassel angekommen sein.

Kurt Wirth



18. März 1987: Ria Deeg erhält von OB Mutz die Goldene Ehrennadel der Stadt Gießen für ihren Kampf im antifaschistischen Widerstand.



Rote Nelken der DKP zum Internationalen Frauentag; hier 1981 vor dem Fernmeldeamt in der Liebigstraße.

8. März - und keine Nelken

Mitte der 70er Jahre war ich - da im Handel beschäftigt und im Gegensatz zu den in der Produktion Tätigen ein Spätaufsteher - regelmäßig zu den Materialverteilungen vor Heyco (Gießener Echo und nach Bedarf anderes) und Buderus/Lollar (Roter Anker und nach Bedarf anderes) eingeteilt.

Am Internationalen Frauentag, dem 8. März, wurde traditionell ein Material speziell zum Frauentag und eine rote Nelke an die Kolleginnen überreicht. Und jeder, der so eine 8. März-Verteilung schon mal mitmachte, weiß, daß dies die angenehmste Verteilerei im ganzen Jahr war. Ich hatte den Auftrag, am Vorabend im Parteibüro 200 rote Nelken abzuholen, die dort von den allzeit hilfreichen Geistern en gros besorgt worden waren. Um sie frisch zu halten, stellte ich sie in einen Plastikeimer, denn ich dann halb mit Wasser vollgoß und stellte das Ganze in einen PKW-Kombi und legte mich zeitig schlafen, um frühmorgens Richtung Heyco starten zu können. Etwas schlaftrunken fuhr ich denn auch los, die Mitverteiler waren schon da oder kamen kurz darauf. Alsdann, die Heckklappe hoch und den Eimer mit Nelken rausgezogen - oh Schreck, oh Schreck! Im Eimer befand sich ein Eisklotz und die Nelken zersplitterten bei der leisesten Berührung wie Christbaumschmuck. Betreten schlug ich vor, in diesem Fall nur das Material zu verteilen. Einige der Kolleginnen fragten auch süffisant, warum wir uns dieses Jahr keine Nelken leisten könnten. „Nächstes Jahr gibt's wieder welche, vorausgesetzt es wird nachts nicht wieder so kalt,“ lachten wir und die Kolleginnen lachten auch. Nur der Bildzeitungsverkäufer, zu dem wir seit Jahren ein kameradschaftliches Verhältnis pflegten, lachte nicht. Er schmunzelte, da er alles von Anfang an mitbekam. Er hatte uns mal erzählt, daß seine Mutter im KZ umgekommen sei und daß er das toll fände, daß wir immer da stehen und verteilen. Dem Ansehen des Frauentags schien diese Panne auch keinen Abbruch getan zu haben, wenn man bedenkt, daß zum 8. März 1996 im „Hamburger Abendblatt“ aus dem Hause Springer ein völlig schlichter und historisch korrekter Artikel zum Frauentag erschien (mit ausdrücklicher Würdigung Clara Zetkins in diesem Zusammenhang).

K.W.

Das Gießener Echo und der Fußball

Unfaßbares geschah ab 1975 im Gießener Echo. Auf Seite vier der Ausgabe Oktober 1975 prangerte ein Freizeitfußballer die Mißstände am Sportplatz in der Reichenberger Straße an. Kaputte Drahtgitter, faustgroße Steine und Scherben mitten auf dem Platz, die Seitenlinien waren nicht zu erkennen - kurzum, der Sportplatz (Spitzname: „Käfig“) war eine einzige Katastrophe. Und dann noch die Forderung an die Stadt Gießen, doch bitte den Sportplatz dringend wieder herzurichten und bespielbar zu machen.

Warum entdeckte das Gießener Echo auf einmal den Sport, bzw. Freizeit-Fußball? Nun, ganz einfach.

Seit 1973 führte die DKP Gießen-Nord regelmäßig jährlich ein Kinderfest durch auf dem Bolzplatz Ederstraße. Höhepunkt der Kinderfeste war immer ein Fußballspiel der Anwohner gegen die DKP (für die Statistiker: das erste Spiel im Juli 1973 endete 8 : 5 für das Nordviertel). Einige der Anwohner spielten in den damals gegründeten Freizeit-Mannschaften auf dem Sportplatz Reichenberger Straße Fußball. Deswegen also auch die Beschwerde über die Zustände an diesem Sportplatz.



Meistens auch dabei: die Mannschaft der DKP; vorne in der Mitte Helmut Appel

Im Laufe der nächsten Jahre entstand dann die Idee, doch auf dem Bolzplatz Ederstraße ein Kleinfeldturnier durchzuführen.

Im Jahre 1977 war es dann soweit, daß allererste DKP-Turnier wurde veranstaltet: 10 Mannschaften kämpften um den Turniersieg und schließlich gewann die junge Mannschaft des Jugendteams Kanzleiberg. Von den damaligen Siegern sind immer noch welche aktiv, so z.B. die Gebrüder Simon (Heuchelheim und ASV Gießen) und der Torschützenkönig von 1977, Alfred Görriken kickt heute bei Hellas Gießen.

Das Gießener Echo war natürlich von Anfang an dabei mit vielen Fotos und dem Bericht vom jeweiligen Turnier. Die DKP-Turniere wurden im Laufe der Zeit zu einer festen Einrichtung im Gießener Fußballerleben.

Nach insgesamt 13 Freizeit-Turnieren soll hier der Versuch eines kleinen Rückblicks unternommen werden. Die DKP war in Gießen und Umgebung eine der ersten Organisationen, die den Kleinfeldfußball populär machte. Viele Fußballer spielten auf den Turnieren, vom echten Freizeitfußballer, der einmal im Jahr bei der Mannschaft „TSG Halbe Tonne“ kickte, bis zum sogenannten „Profi“ aus der Hessenliga spielte alles auf dem „Bolzplätzchen“, was in der Fußballszene Rang und Namen hatte. Die damals selbstentwickelten Spielregeln sind mittlerweile überall verbreitet; sehr viel später erst entdeckten auch die offiziellen Fußballfunktionäre den Freizeit- und Kleinfeldfußball. In manchen Vereinen war das DKP-Turnier Thema der wöchentlichen Spielersitzung, wenn die Trainer baten, doch bitte sich beim Turnier nicht zu verletzen, und gar mancher Trainer wurde dann am Bolzplätzchen entdeckt, wie er diskret die Form der Spieler überprüfte...

Aber auch die Politik kam bei den Turnieren nicht zu kurz. Viele Turniere standen unter einem Motto wie z.B. „Kein Berufsverbot für Axel Brück und Egon Momberger“, „Tempo 30 im Nordviertel“, „Sonne statt Reagan“ oder „Renovierung des Bolzplatzes Ederstraße“. Durch Unterschriften wurden diese Forderungen von den Spielern und den immer zahlreicher gekommenen Zuschauern unterstützt. Unser Zuschauerrekord lag übrigens 1986 bei über 200 Besuchern!

So ein Turnier machte natürlich viel Arbeit. Ausschreibungen, Plakate, Kaffee- und Kuchenstand, Grillstation, Biergarten und nicht zuletzt die Turnier-Leitung (immer dabei: Werner Linhart) - all dies mußte irgendwie bewerkstelligt werden. Und es klappte immer! Für den Verfasser des Berichts war immer erstaunlich, daß selbst die größten Fußball-Muffel mithalfen. War das die berühmte Parteidisziplin oder waren die Genossinnen und Genossen doch heimliche Fußballfans? Wer weiß... Zur Statistik: Aktiv dabei waren in 13 Jahren über 1500 (!) Fußballer; die jüngsten 12 - 13 Jahre, die ältesten über 60 Jahre. Insgesamt viermal gewann das DKP-Turnier die Mannschaft von „Eintracht Dürer Eck“, die fast von Anfang an dabei war. Und Udo, Otti und „Pudding“ vom Dürer Eck gehörten einfach zu diesem Turnier. Ähnlich erfolgreich waren die Mannschaft „F.C. WM Studio“ / „Torpedo Wiese“. Das Team aus den „Grünen Kranz“ gewann dreimal den Siegerpokal. Weitere Sieger waren: Bierbörse, i-punkt Team, F.C. Gambinus und die Blue Boys sowie schon erwähnt das Jugendzentrum Kanzleiberg.

1989 fand schließlich das 13. und vorerst letzte Turnier der DKP statt. Das Gießener Echo würdigte dieses Turnier immerhin auf der Titelseite - nichtahnend, daß dies die Abschiedsmeldung war.

Vieles ist in diesen sechs Jahren passiert. So auch mit der DKP, die nicht mehr in der Lage war, dieses Turnier zu organisieren.

Dem Chronisten bleibt nur ein Dankeschön an alle Beteiligten, ein wehmütiges Gedenken an viele tolle Spiele und schöne Stunden am Bolzplatz Ederstraße. Machen wir mal wieder ein Fußball-Turnier?

Helmut Appel

Der Verfasser des Artikels organisierte 13 Jahre das Fußball-Turnier an der Ederstraße und spielt aktiv Fußball im TV 1864 Hausen sowie bei der Freizeitmannschaft Torpedo Wiese.



Nachlese vom 13. DKP-Fußballturnier

gut einkaufen



Gießener Echo: Wie es Mitte der 70er Jahre weiterging

Voran mit großen Schritten - bis wir 10 Jahre später auf dem bisherigen Höhepunkt der Gießener DKP-Geschichte mit mehr als 200 Mitgliedern in 10 Grundeinheiten organisiert waren: in den Wohngebietsgruppen Mitte/Ost, Nord/Wieseck, Süd und West, Lollar-Lumdata und Süd-Land, der Hochschulgruppe sowie den Betriebsgruppen Fernmeldeamt, Klinikum und Metall. Außer dem Gießener Echo gab es den „Roten Fernmelder“, den „Roten Anker“, das „echo“ (Klinikum) und die „konsequent“ (Uni).

Neben der ernsten Politik wurde auch viel gefeiert: Fastnacht im Saalbau Wieseck (später Bürgerhaus)



und beim Fastnachtsumzug wurde tausendfach das „Gießener Echo - der Wahre Jakob“ gelesen (bis die Zensur 150%iger Funktionäre uns 1981 den Spaß daran verdarb). Es gab die Kinderfeste in drei Stadtteilen (und die Kinderferienfahrt in die DDR), jedes Jahr ein Fuß-

Volksfest der DKP in Gießen-Wieseck



ballturnier und dann die großen Volksfeste 1980 und 1981 in den Hessenhallen (mit Hannes Wader, Karat, Sounds of Soveto...) und 1983 und 1985 im Wiesecker Zelt (mit Klaus Lage, Dollar Brand, Lydie Auvrey...) mit jeweils etwa 5000 Besuchern.

Ein herausragendes Ereignis damals war die „Lahnstadt“, die von uns nicht nur als unsinnig und bürgerfeindlich, sondern auch als zutiefst undemokratisch bekämpft wurde. Von 1977 - 1979 war Gießen mit Wetzlar und den Umlandgemeinden zum Ungetüm „Lahn“ zwangsvereint. Es war die Zeit der CDU-Oberbürgermeister Runtsch und Görnert, die in harten Auseinandersetzungen an einer weiteren Verschandelung unserer Stadt, insbesondere am Bau von Parkhäusern (die „Krönung“: Hotel und Tiefgarage auf dem Brandplatz), gehindert werden mußten. Und es war die Zeit der Häuserkämpfe: Nachdem mit Einverständnis der Stadt im März 1981 ein noch bewohntes (!) Haus im Flutgraben abgerissen wurde, um Platz für das Sommerlad-Parkhaus zu machen, kam es „Sommerlad und Magistrat sind ein Abbruch-Syndikat“ zu schweren Auseinandersetzungen in Gießen. Der geplante Abriß der Frankfurter Str. 60 konnte durch Hausbesetzung verhindert werden.

Demonstriert wurde gegen das Auftreten der Nazis am Immelmann-Denkmal in Staufenberg (bis die Stukas eines Tages von ihrem Mast „herabgestürzt“ waren) und gegen die Kranzniederlegung der HIAG in Kloster Arnsburg, wo sich auch die Gräber der von der SS ermordeten Männer und Frauen aus Hirzenhain befinden. 1977 berichteten wir regelmäßig über den großen Prozeß gegen Nazi-Verbrecher in Gießen (s. Interview mit Prof. F.K. Kaul, Nr. 3/77). Im November 1979 fand erstmals der Mahngang anläßlich der Reichspogromnacht am 9. November statt; und Anfang '84 wurde endlich die Forderung nach einem Mahnmal für die NS-Opfer am Berliner Platz erfüllt.

Kulturell engagierte Redaktionsmitglieder sorgten für (manchmal sehr) ausführliche Rezensionen der Aufführungen im Stadttheater, führten aber auch ein Exklusiv-Interview mit Rolf Hochhuth (1/81).

Ständiges Thema dieser Jahre waren die Berufsverbote - vor allem gegen Lehrer und Postbeamte. Gießener Echo 9/84: „Mario Berger ist Lehrer“ - nach 6 1/2 Jahren



Kampf gegen Berufsverbot. Im Gegensatz zu Hessen blieb Bonn stur. Axel Brück und Egon Momberger haben bis heute Berufsverbot. Was Postminister Gscheidle (SPD) angerührt hatte, führte Schwarz-Schilling bis zum bitteren Ende durch.

Wie überhaupt so manches seinen Anfang unter der SPD-Regierung genommen hatte: Abbau von Sozialleistungen, NATO-Hochrüstungsbeschluss... Bereits Ende der 70er Jahre begann die Arbeitslosigkeit nicht nur massiv zu steigen, sondern zum Dauerzustand zu werden. Auch in Gießener Betrieben (Buderus, Heyco, Bänninger, Gail, Minox) kam es zu Massenentlassungen. Es folgten die großen Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche und später gegen die Legalisie-



rung der Aussperrung (§ 116 AFG), in denen das Gießener Echo auch mit vielen Extra-Blättern Solidarität und Unterstützung leistete (s.Nr.4/86 „Die Arroganz der Macht gespürt,“ Interview mit Helmut Palran).

Prägend für diese Zeit war die Friedensbewegung, die aus dem Krefelder Appell gegen die Stationierung der US-Raketen 1981 erwuchs. Es folgten ab 1982 die Ostermärsche, die riesigen Friedenskundgebungen und -demonstrationen. In Gießen bildeten sich Stadtteilinitiativen; es gab Friedensfeste, Depot-Blockaden, Aktionen gegen die US-Startbahn in der Wieseckau, gegen den rechtswidrigen Bau der Amis im regionalen Grünzug. Die 'Friedensliste' kandidierte zu den EG-Wahlen 1984 und den Gießener Kommunalwahlen 1985 (sie erhielt 2,8%). Die DKP war anerkannter Mitstreiter in der Friedensbewegung (das tat gut), und wir priesen die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows, ohne im geringsten zu ahnen, wohin er die UdSSR führen wollte.

Und dann kam im April '86 ein Ereignis, nachdem nichts mehr wie vorher war: Tschernobyl. Wir merkten es nur nicht sofort. Zwar hatten wir entschieden gegen WAAs (in Rabenau und anderswo), gegen Brokdorf und Wackersdorf protestiert. Wir waren gegen Kernenergie, nicht weil wir sie prinzipiell für gefährlich, sondern weil wir sie auf die BRD bezogen für überflüssig und profitorientiert hielten. Und wir waren fest von der Sicherheit sozialistischer Atomanlagen überzeugt gewesen. Aber die Konfusion, die nach Tschernobyl in der DKP um sich griff, war zwar durch den GAU ausgelöst, lag aber ursächlich tiefer...

Erika Beltz



Kinderfest der DKP im Nordviertel

NEUERSCHEINUNGEN:

Unrast Kollektiv, Anares Nord, Hg., Freiheit gestreift, Texte gegen den Knast. Überwachen-Strafen-Widerstand. Unrast, 24.80 DM

BAföG GEW-Handbuch für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten - mit Gesetzestexten, Berechnungsbeispielen, Musterbriefen und vielen Tips. 13. Aufl. Schüren, Stand 15.7.95, 19.90 DM

Kratz, Peter, Rechte Genossen - Neokonservatismus in der SPD. Elefanten Press, 29.90 DM

Hoeg, Peter, Der Plan von der Abschaffung des Dunkels, Roman, Hanser, 39.90 DM



Nur ein Schwank aus der Jugend?

Vor 25 Jahren war die Zeit noch stark vom Geist der ausgehenden 60er Jahre geprägt. Die damalige Jugend löste sich aus dem Mief der Nachkriegsgesellschaft und suchte ihren eigenen Weg. In den Schülervertretungen wurde eifrig Marx und Engels gelesen, und die DGB-Jugend forderte 1970 noch eine Bildungspolitik, die „zur Befreiung der Arbeiterklasse aus dem kapitalistischen Herrschaftssystem“ führt.

Mit Nachdruck verwies das Gießener Echo darauf, daß mit Haschisch kein Klassenkampf zu führen sei. Und da



Demo gegen Wohnungsnot in Gießen

„überlaute Musik und grelle Lichteffekte der Diskotheken“ die Jugendlichen abstupfen und kritiklos machen, mußte ein alternativer Treffpunkt her, wo Jugendliche die Möglichkeit haben, eigenständig ihre politischen und kulturellen Geschicke zu lenken. Der harte Kampf des Aktionskomitees Jugendzentrum um die Schaffung und ab Oktober 1974 um den Erhalt des Jugendzentrums am Kanzleiberg wurde im Gießener Echo wohlwollend unterstützt.

Die Themen Wohnungsnot, Bildungsmisere, Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel waren die jugendpolitischen Dauerbrenner der letzten 25 Jahre. 1971 waren 900 Studierende ohne Aussicht auf ein Zimmer, und so kam es im Oktober desselben Jahres in der Bahnhofstr. 31 zu Gießens erster Instandbesetzung. Die heute immer noch aktuelle Forderung nach einem Lehrstellen-



Herbst 1984: Aktionen für ein Lehrstellengesetz

gesetz (Ausbildungspflicht größerer Betriebe) hat ihren Ursprung ebenfalls in dieser Zeit, als die Gewerkschaftsjugend und linke Jugendorganisationen den Kampf gegen Lehrstellenabbau zu einem ihrer Schwerpunkte machten.

Die 80er Jahre begannen mit großen Herausforderungen. Statt Lehrstellen und Arbeitsplätze zu schaffen rührte Bonn die Werbetrommel für die Bundeswehr. Die erste öffentliche Rekrutenvereidigung in Gießen wurde am 14.11.80 mit einer Gegendemonstration von 1500 jungen Menschen beantwortet. Der NATO-Doppelbeschluß trieb viele Jugendliche zu den neuen Friedensinitiativen und der Widerstand gegen die Startbahn West machte viele Fahrten nach Frankfurt erforderlich.

Die Südanlage 20 und die Alicenstraße 18 wurden instandbesetzt und vor dem Abriss bewahrt. Der Schock saß tief, als Möbel-Sommerlad im März 1981 drei Häuser (darunter ein noch bewohntes widerrechtlich!) abreißen ließ. Am 1. April 1981 fand das legendäre Konzert der „bots“ in den Hessenhallen statt. Es brachte neben 500 Unterschriften unter den Krefelder Appell noch einige spontane nächtliche Aktionen gegen Wohnraumvernichtung ein. Auch die Frankfurter Straße 60 entging dem Abriss durch die Besetzung an diesem Tag. Seit Juni 1986 wird das Haus Wiesenstr. 6 erfolgreich gegen die geplante Wohnraumzweckentfremdung gehalten.

Mitte der 80er Jahre begann eine Phase, in der die Schülerinnen und Schüler der Gießener Berufsschulen die Aufmerksamkeit auf sich lenkten. Mittels Demonstrationen und schulübergreifenden Vollversammlungen, die auf Druck der Unternehmerverbände zwar verboten aber trotzdem durchgeführt wurden, trugen sie ihre gemeinsam beschlossenen Resolutionen an die Öffentlichkeit. Sie forderten u.a. mehr Lehrer, Übernahmezusagen nach der Lehre, ein neues Berufsschulzentrum und die Gewährleistung des 12stündigen Berufsschulunterrichts. Die DGB-Jugend begann in dieser Zeit massiv für das Lehrstellengesetz „Wer nicht ausbildet muß zahlen“ zu mobilisieren.

Was haben die letzten 25 Jahre aus der Sicht der Gießener Jugend gebracht? Vieles verliert sich mit den Jahren zu einem Schwank aus der Jugend. Entscheidend ist aber die von vielen Jugendlichen gemachten Erfahrung, daß die politischen Gremien - ob in Gießen oder Bonn - immer wieder nach der Melodie der Wirtschaft tanzen. Das Ergebnis ist eine stark verbreitete Resignation unter den Jugendlichen, die durch das Fehlen einer greifbaren gesellschaftlichen Alternative noch verstärkt wird. Wenn nicht diese, dann wird eine andere Generation aus der Erkenntnis, daß auch die moderne „Informationsgesellschaft“ nur eine Klassengesellschaft mit unlösbaren Widersprüchen ist, die für jene Zeit notwendigen Schlüsse ziehen. Die Jugend geht ihren Weg. Wir dürfen gespannt sein auf die Gießener-Echo-Ausgabe zum 50jährigen Jubiläum.

Norbert Rücker

Seit drei Jahren trage ich als aus dem Ruhrgebiet zugezogener Genosse das Gießener Echo aus. Dabei finde ich die Zähigkeit, mit der die Gießener Genossen es geschafft haben, diese traditionsreiche und wichtige Zeitung über die immensen Schwierigkeiten unserer Zeit (und in der DKP) zu retten, enorm.

Beim Austragen stelle ich immer wieder fest, wie sehr das Gießener Echo bei einem nicht kleinen Teil der hiesigen Bevölkerung angesehen ist. Kommentare in meinen Bezirken wie „Ihr schreibt das, was andere sich nicht trauen“ nach den Shobeiri-Enthüllungen und der Offenlegung der Heyligenstaedt-Affäre im Gießener Echo zeigen, welche Bedeutung dieses „Sprachrohr der kleinen Leute“ hat, denn „das Gießener Echo schreibt da weiter, wo andere aufhören“.

Frank Pohlmann



19. März 1987: Gemeinsamer Protest der Schüler von Max-Weber- und Friedrich-Feld-Schule.



November 1980: 1500 Menschen beteiligen sich an der Demo gegen die öffentliche Rekruten-Vereidigung in Gießen

Unterstützt das »Gießener Echo«

Spenden-Konto:
193070 (Beltz),
Sparkasse Gießen
BLZ 51350025

Wußten Sie schon, liebe Leserinnen und Leser, daß ich wegen meiner Zuschriften zum Gießener Echo beim Verfassungsschutz registriert bin? Das hindert mich aber nicht daran, weiter zu schreiben. (GG Art. 5/1 „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten...“)

Zum Beispiel über den Papst, der sich bisher nicht gegen die geplanten Atomversuche geäußert hat. Warum fährt er nicht nach Mururoa und stellt sich gegen den Atomtest, statt gesunde Erde zu küssen?

Zum Beispiel über die geplanten Karenztage. Soviel Frechheit ist nicht mehr zu überbieten. Haben sich die Herren und Damen darüber Gedanken gemacht, daß die Mieten, Lebensmittel usw. bei Krankheit nicht um 20% gekürzt werden sondern weiterlaufen. Wie wäre es, wenn die Abgeordneten und Minister nicht nur bei Krankheit sondern auch bei Untätigkeit (beim Lesen von Zeitungen und bei Abwesenheit während der Bundestagssitzungen) auch 20% abgezogen bekommen?

Albin Wagenbach, 68 Jahre, Rentner

25 Jahre Kommunalpolitik im Gießener Echo

Was wäre eine Stadtzeitung wie das „Gießener Echo“ ohne Berichte aus der Stadt, in der sie entsteht? Für eine kommunistische Zeitung gibt es da zwei Themenbereiche, die im Vordergrund stehen: Die Arbeit in den Betrieben der Stadt und die Kommunalpolitik. Wie sind die Wohnverhältnisse in der Stadt, welche Gebühren müssen die Bewohner zahlen, wie sind die Verkehrsverhältnisse, wie sind die sozialen Bedingungen, welche Möglichkeiten gibt es in der Freizeit - all das hängt davon ab, welche Kommunalpolitik in der Stadt gemacht wird. All diesen Themen hat das Gießener Echo von Anfang an viel Raum gegeben und in vielen Fällen Bestrebungen der Menschen für eine bessere Kommunalpolitik unterstützt. Schon in der Nr. 3 war der Aufmacher ein Bericht über den sozialen Wohnungsbau in Gießen; es folgte eine ausführliche Serie über Mieterproteste in der Sandersiedlung, das war eine Reihe Miethäuser beim Tannenweg, die dem Miethai Sander gehörten. Wohnungsmangel, schlechte Wohnungen und zu hohe Mieten - Berichte darüber und über Proteste dagegen sind seitdem immer wieder im Echo zu finden und - leider - heute noch genauso aktuell und notwendig wie damals. Neben den Mieten sind es Strom- und Gaspreise, die den Geldbeutel vieler Menschen stark belasten. Besonders während der sog. „Ölkrise“ in den Jahren 1974/75 wurden die Gas- und Strompreise drastisch nach oben getrieben. Die DKP startete damals eine Unterschriftensammlung und eine Urnenabstimmung an der Haustür. 1600 Unterschriften gegen die Gebührenerhöhungen überreichte die DKP damals an Vertreter des Magistrats, und bei der Urnenabstimmung machten fast alle Angesprochenen mit; über 90% stimmten gegen die geplante Erhöhungen.

Aktiv unterstützt wurde vom „Gießener Echo“ der Kampf der Gießener Jugend um ein Jugendzentrum. Sehr stark in der Bewegung „Aktionskomitee Jugendzentrum (AKJ)“ war damals die SDAJ verankert, und im Echo

hatte sie eine Plattform für die Argumentation gegen die Hetze, die in beiden Gießener Tageszeitungen gegen das Projekt verbreitet wurde. Allerdings, als das Jugendzentrum am Kanzleiberg 1974 erkämpft und bezogen war, nahm es bald eine andere Entwicklung als die vorwiegend politisch motivierten Gruppen im AKJ erhofft hatten. Die Jugendlichen wollten vor allem ihren Spaß - wer kann es ihnen verdenken - und hatten mit Selbstverwaltung oder gar mit der Politik der AKJ-Gruppen wenig am Hut. Die Verlegung des Jugendzentrums in die Ostanlage mit neuem Namen (Jokus) und neuem Konzept ging 1985 über die Bühne und war dem Echo nicht mal eine Meldung wert.



**STADTWERKE
GIESSEN**



Gegen einige von der Stadt geplanten Baumaßnahmen gab es in Gießen starke Widerstände. Zu nennen sind vor allem geplante Parkhäuser an der Kaplansgasse (dort ist jetzt das Kaufhaus Horten), am Oswaldsgarten und an der Westanlage sowie ein Hotel mit Tiefgarage am Brandplatz. Die meisten Initiativen unterstützte die DKP und das Echo nur mit Berichten, aber bei der Initiative gegen die geplante Brandplatzbebauung (1980

Die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP zum Lahn-Parlament





bis 1982) waren DKP-Mitglieder und Echo-Redakteure aktiv beteiligt. Die vom damaligen CDU-Magistrat geplante massive Bebauung konnte verhindert werden, aber aus dem von der Initiative geförderten Modells eines „Platzes der Begegnung“ wurde auch nichts. Kompromiß wurde die jetzige Bebauung, die viel lockerer ist als die früheren Pläne und sich an die historische Bebauung anlehnt.

Fast schon vergessen ist, daß es für ein paar Jahre keine Stadt mit dem Namen „Gießen“ gab. Von 1976 bis 1979 gab es die Stadt „Lahn“, bestehend aus Gießen, Wetzlar und den umliegenden Gemeinden. Von einer SPD-Landesregierung und SPD-Mehrheiten in den Stadtparlamenten wurde damals dieser Zusammenschluß gegen die Proteste der Bevölkerung vollzogen. Die CDU sprach sich damals aus wahltaktischen Gründen dagegen aus, obwohl in den von ihr regierten Bundesländern die damalige Gebietsreform genauso gegen den Willen der Bevölkerung durchgezogen wurde. Die DKP führte von Anfang an einen Kampf mit Argumenten gegen die Zusammenlegung: Abbau von demokratischer Mitwirkung, weniger Bürgernähe, höhere Steuern und Gebühren - das sahen wir für die Großstadt Lahn voraus. Die Aktion „Gelle - Gießen bleibt“ wurde mit einem Achtungserfolg bei der ersten Wahl zum Lahn-Parlament im März 1977 belohnt. Es reichte zwar nicht für Sitze im Parlament, aber für die Bezirksvertretung Gießen erreichte die DKP immerhin 2,4%.

Die DKP war zwar noch nie im Stadtparlament, aber als Beobachter war das „Gießener Echo“ vertreten. Berichte aus der Stadtverordnetenversammlung gehören zum Gießener Echo dazu, manchmal rein sachlich, oft auch polemisch, aber kontinuierlich.

Kommunalpolitik im Interesse der Bürger kostet Geld. Die DKP hat nie nur Forderungen gestellt, sondern

immer auch aufgezeigt, wo das Geld dafür herkommen soll. Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, daß die Kommunen in der BRD etwa 65% der öffentlichen Investitionen zu leisten haben, aber weniger als 20% der Steuern kassieren. Dieses Mißverhältnis muß zur Finanznot führen. Die Städte und Gemeinden müßten sich gemeinsam dagegen wehren. Sie müßten auch gemeinsam etwas gegen die zunehmende Zinslast tun (die DKP fordert: Stopp der Zinszahlung an die Banken), und sie müßten gemeinsam darauf hinweisen, daß immer noch fürs Militär Geld hinausgeworfen wird, das in den Gemeinden dringend gebraucht würde.

Gernot Linhart



Plakatierung bei der Ölkrise- man kennt sich

Wenn ich nicht irre, war es 1973, als infolge der sog. „Ölkrise“ ein paar „autofreie“ Sonntage verordnet (und die Benzinpreise verdoppelt) wurden. Just in einer solchen autofreien Nacht machte ich mich mit dem Genossen Arnulf mit Kleisterei und Plakatrollen auf den Weg (zu Fuß, versteht sich), um in Wieseck für eine Veranstaltung mit Max Reimann zu plakatieren.

Uns war klar, daß wir vor jedem der ab und zu auftauchenden Autos auf der Hut sein mußten; denn entweder war es Polizei oder Taxifahrer, von denen auch etliche meinten, sie müßten alle nicht ganz geheuren Vorgänge per Sprechfunk der Polizei übermitteln. Da die Nacht aber ansonsten ja absolute Stille kennzeichnete, hörte man jedes Auto schon von weitem, und wir hatten keine Probleme, die Situation rechtzeitig zu entschärfen.

An einer Ecke in Wieseck stutzten wir dann plötzlich: es war kein Auto, das uns aufhorchen ließ, sondern ein paar Häuser weiter war ein Schnarcher vor dem Herrn im Gange. „Der ist aber selig“, meinte ich zu Arnulf. Der grinste: „Das ist der Genosse Hans-Karl, der wohnt da.“

(Anmerkung: Es soll damit kein Schnarcher verletzt werden; einige Gen. aus Gießen wie Otto W. und Brigitte W. - später F. - und Egon M. konnten erleben, wie ich selbst auf Bergtouren in den Allgäuer Alpen ganze Schlafräume auf Hütten am Schlafen hinderte.)

K.W.

DGB muß Gegenmacht sein Verzichten kann jeder für sich alleine

Die DDR saß immer mit am Tisch, wenn sich Gewerkschaften und Unternehmer zu Tarifverhandlungen in der Alt-BRD trafen. Auch wenn es nicht offen ausgesprochen wurde. Spätestens beim Kampf um die Lohnfortzahlung wurde es deutlich. Dieser soziale Fortschritt für die Arbeiter war in der DDR längst erreicht.

Natürlich haben unsere Gewerkschaften um Verbesserungen gekämpft, aber wenn man zurückblickt, ist es doch relativ leicht gefallen, dem Kapital Anteile seiner Gewinne abzunehmen. Nur wenige beachteten, daß die Systemauseinandersetzung eine viel größere Rolle spielt als wir uns nur annähernd erahnten.

Diese vom Kapital geleisteten Investitionen haben sich nicht nur gelohnt, sondern werden nun nach der Wende (es ist wirklich seit 1989/90 eine Wende für uns alle) mit Zins und Zinseszins zurückgefordert.

Das Nichtbeachten des Kampfes zweier Systeme, Sozialismus und Kapitalismus, förderte die Selbsttäuschung, daß das Kapital sozialer, menschlicher und

kriegszeit gegeben und das gesellschaftliche Umfeld sich geändert habe, aber die Schlüsse, die daraus gezogen werden, sind alles andere als hoffnungsvoll für eine organisierte Abwehr des rigorosen Sozialabbaus. Die Arbeiter und Angestellten werden nicht mehr als Menschen beachtet, sondern sie sind Verfügungsmasse im Produktionsprozeß. Der „Kapitalismus ohne Opfer“ geht auch für uns zu Ende. In vielen Ländern war er nie zu sehen, aber das wurde bei uns verdrängt. In Japan lobte man immer die „Anstellung auf Lebenszeit“, auch sie ist vorbei. Streben nach dem Höchstgewinn, verbunden mit Arbeitsplatzvernichtung, muß eine Ge-



Zentrale mittelhessische Demo des DGB am 1. Mai 1972 in Wetzlar.

**Was des Volkes
Hände schaffen
soll des Volkes
eigen sein!**

genwehr entgegengestellt werden. Mit mehr „dialogorientierter Tarifpartnerschaft“ werden die Unternehmer nicht zu beeindrucken sein. Wer als Gewerkschafter überleben und einigermaßen zufriedenstellende Arbeits- und Lebensbedingungen erhalten will, muß als Gegenmacht auftreten. Mit Losungen wie „Teilen in der Klasse“ des DGB-Vorstands trägt man zur Erheiterung der Unternehmer bei, aber fördert gleichzeitig den Niedergang der Organisation. Verzichten kann jeder für sich alleine. Gegenwehr ist schwer, aber Unterlassung jeglichen Versuchs dazu, ist Selbstmord auf Raten.

Rolf Knecht

Betriebsratsvorsitzender in einem Konzernbetrieb

friedlicher geworden sei. Nicht nur die Mehrheit unserer Menschen glaubten dies, es ging bis zu vielen früheren Kommunisten auch in den sozialistischen Ländern. Man muß nicht Marxist oder Sozialist sein, sondern nur einen Rückblick auf vergangene Zeiten wagen, um zu erkennen, daß das Kapital nur ein Ziel kennt: Profit, Profit, Profit. Da dem Kapitalismus momentan keine Alternative droht, verliert er jegliche Hemmungen und will auch nicht mehr sozial erscheinen. Wer Kriege des Profites wegen organisiert, für den sind menschliche Werte unbekannte Dinge. Geld und Macht ist das Ziel und wenn die Welt daran zugrunde geht. Wer diese Wahrheit akzeptiert, wird auch Mut zur Gegenwehr bekommen. Unsere führenden Gewerkschafter müssen erkennen, daß das Kapital nie einen Frieden mit den Menschen schließt.

Wie zitiert K. Marx in „Das Kapital“: „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit vom Profit oder sehr kleinem Profit... 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert...“

Der Vorsitzende der IG Metall, Zwickel, erkennt zwar sehr richtig, daß es in den letzten Jahren einen Bruch der gewerkschaftlichen Erfolgsgeschichte der Nach-

„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn: 10% sicher, und man kann es überall anwenden; 20%, es wird lebhaft; 50%, positiv waghalsig; für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300%, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“

(aus: Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. 1, S. 788)

Gießener Echo an der Seite der Werktätigen

Ein Schwerpunkt war und ist für das Gießener Echo, die Stadtzeitung der DKP, der Partei der Arbeiterklasse, die Berichterstattung aus und über die Betriebe und die Gewerkschaften, über die Wirtschaft- und Sozialpolitik. Schon in der ersten Ausgabe im September 1970 berichtete das Gießener Echo über die Tarifrunde in der Metallindustrie. Und das ist bis heute so geblieben. Immer wieder machten wir deutlich, daß die Forderungen der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften angesichts der Superprofite der Kapitalisten mehr als berechtigt waren. Wir machten deutlich, daß angesichts der immensen Produktivitätssteigerung nur massive Arbeitszeitverkürzungen Arbeitsplätze sichern kann. Folgerichtig standen wir an der Seite der um die 35-Stunden-Woche ringenden IG-Metall, IG Medien u.a. „Höhepunkt“ war die Aussperrung tausender mittelhesischer Metallarbeiterinnen und -arbeiter durch die Unternehmer. Gießener Kommunistinnen und Kommunisten übten Solidarität mit den Opfern der Buderus-Bosse in Lollar.



6. April 1987: Warnstreik bei Heyligenstaedt

In den Anfangsjahren des Gießener Echo war die demokratische Bewegung in der Offensive: z.B. forderte die Gewerkschaftsjugend massiv eine Verbesserung der Berufsausbildung; Arbeiter forderten menschlichere Arbeitsbedingungen in den Betrieben und der DGB die paritätische Mitbestimmung. Daß die „soziale Marktwirtschaft“ nicht das Paradies für die abhängig Beschäftigten werden würde, zeigte sich auch schon in den „Wirtschaftswunderjahren“. So ist schon im Gießener Echo vom Oktober 1971 von Massenentlassungen bei NCR die Rede. Noch ging es aber um „alltägliche“ Probleme und Verbesserungen wie gegen schlechtere Akkordbedingungen bei Schaffstaedt (2/72), gegen miserable Arbeitsbedingungen bei Minox (9/72) und um Teuerungszulagen (9/73). Mit Beginn der Krise 1974/75 verschlechterte sich die Lage der abhängig Beschäftigten entschieden. Seitdem waren Kurzarbeit und Entlassungen ständige Themen im Gießener Echo. Etwas „Neues“ gab es in der BRD: Massenarbeitslosigkeit. Im Februar 1975 forderten wir Sofortmaßnahmen für Arbeitslose (z.B. höheres Arbeitslosengeld, Auszahlung nach 8 Tagen, mehr Personal im Arbeitsamt). Immer öfter mußten wir von Schließungen ganzer Werke berichten (an einige wird sich heute kaum noch jemand



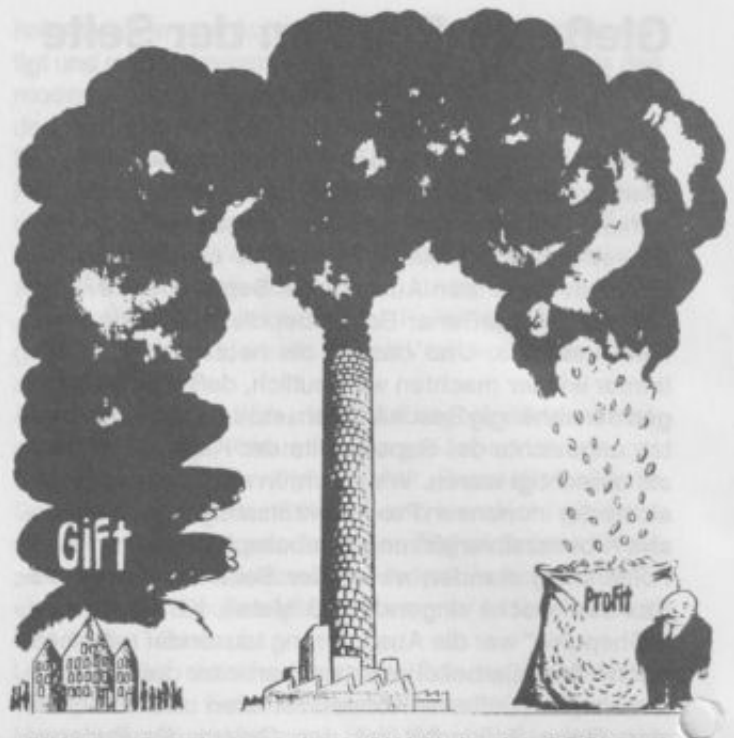
Plakatwand der DKP in der Westanlage (1988)

erinnern): Schaffstaedt, IRUS, Keßler & Luch... Dazu Berichte über Feinheiten des bundesdeutschen Wirtschaftsrechts wie: Vergleichsantrag, Anschlußkonkurs, Gesellschaft im Konkurs z.B. Minox und Heyligenstaedt. Leider gelang es meist nicht, die betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu einem massiven Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu bewegen. So mußten wir in den Krisen 1981/82 und 1993/94 von immer neuen Rekordzahlen bei den Arbeitslosen berichten. Die Sozialleistungen für die Beschäftigten in unserer Gesellschaft wurden immer mehr gekürzt. Leider konnten wir nur selten melden: „Arbeitslose wehren sich“ wie im August 1982 oder „Arbeitslos - nicht wehrlos“ (Januar 1983). Der katastrophale Rückschlag für die sozialistische Bewegung Ende der 80er Jahre machte leider auch vor den abhängig Beschäftigten nicht halt - zu einem Zeitpunkt, in dem sich linke Gedanken gerade in breiten Kreisen der Gewerkschaften zu etablierten begannen und das kapitalistische System immer mehr die ökonomische Lebensgrundlage der Menschen zerstört. Trotz alledem wird das Gießener Echo hoffentlich weiter von den um sich greifenden Mißständen im Kapitalismus berichten und nicht müde werden, daran zu erinnern: Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun. **alg**

Als Mitbegründer der DKP und damaliger erster Vorsitzender der Kreisorganisation Gießen freut es mich ganz besonders, daß es der Partei gelungen ist, das Gießener Echo bis heute monatlich herauszugeben. Besonderen Dank schulden wir den Genossinnen und Genossen, die das geschafft haben - und das in einer Zeit, in der Marx totgesagt und selbst die Gewerkschaft, so die Aussage des DGB-Vorsitzenden Schulte, nicht mehr streiten will, ob sie Gegenmacht, wie es im Grundsatzzprogramm von 1981 festgeschrieben, oder Ordnungsfaktor ist. Er will heute die Gewerkschaften als „Gestaltungsmacht“ sehen. Er sieht den antagonistischen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr, obwohl immer mehr Menschen erkennen müßten, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung, in der nur der Profit und nicht der Mensch zählt, nicht bestehen bleiben kann. Es bedarf einer qualitativ neuen sozialen Bewegung, die der entwürdigenden Diktatur des brutalen Marktes konstruktiv entgegenwirkt. Anton Kaiser

Sind wir Roten die besseren Grünen?

Als eines der ersten Detailprogramme legte die DKP ein Programm vor für eine bessere Umweltpolitik. Sie war damit die erste Partei in der BRD mit einem Umweltprogramm. Die DKP unterhielt viele Jahre einen Umweltmeßwagen und half damit vielen Parteigruppen und auch Bürgerinitiativen, Wasser- und Luftverunreinigungen aufzudecken. Führende Genossen waren an der Aktion „Rettet den Rhein“ beteiligt. Der Verein unterhielt ein Laborschiff und hat dazu beigetragen, die Vergiftung des Rheins zu stoppen. Trotz all dieser Tatsachen hatte die DKP nie einen besonders guten Ruf als Umweltpartei. Dafür gibt es eine ganze Reihe Gründe: Im Gegensatz zu vielen anderen Umweltschützern waren wir immer für niedrige Gebühren für Wasser, Strom, Gas und Müll. Umwelterziehung mit der Gebührenschaube, das war nichts für uns, denn es hätte vor allem die getroffen, die eh nichts zum Verschwenden hatten. Über die Umweltpolitik in den sozialistischen Ländern und vor allem der DDR haben wir immer anders berichtet als es hierzulande üblich war. Während alle anderen über offensichtliche Schweinereien (qualmende Schloten, schmutzige Flüsse, Energieverschwendung, Geheimhaltung von Umweltdaten...) berichteten, versuchten wir die Vorzüge darzustellen: Fernheizung mit Kraft/Wärme-Kopplung, geschlossene Wasserkreisläufe in modernen Betrieben, Nutzung von Sekundärrohstoffen (bei uns Müll genannt). Und: die DKP hat die Nutzung der Kernenergie nie grundsätzlich abgelehnt. Die Kernreaktoren in den sozialistischen Ländern galten vielen Genossen als über alle Zweifel erhaben. Für die Nutzung bei uns hatte die Partei in ihrem Programm strenge Auflagen formuliert: Nachweis der Notwendigkeit und Garantie der Sicherheit für den Betrieb und die Umwelt. Eine solche Garantie kann aber niemand geben - deswegen war diese Formulierung eigentlich eine Ablehnung - nur hat das in der DKP niemand so interpretiert. Das Gießener Echo war mit der Kernenergiefrage konfrontiert, als bei der Suche nach einem Standort für eine



Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in der BRD auch Hessen ins Auge gefaßt wurde. Der damalige Ministerpräsident Börner, ein Atom- und Betonfan, hatte großzügig Standorte in Hessen angeboten, einer davon lag direkt vor unseren Toren, in Rabenau. Dagegen entwickelte sich schnell ein heftiger Widerstand. Ich habe damals mit dem „Arbeitskreis Leben - Gewerkschafter gegen Atom“ Informationsveranstaltungen in den betroffenen Gemeinden durchgeführt; ein Teil dieses Inhalts fand seinen Niederschlag in einer Artikelserie im Gießener Echo. Diese Artikel ließen keinen Zweifel daran aufkommen, daß Kernenergie gefährlich ist. Im Echo konnten solche Artikel erscheinen, aber als ich mal versuchte, sie der UZ anzubieten, stieß ich auf schroffe Ablehnung. Obwohl auch die UZ den Widerstand gegen WAA's in der BRD unterstützte, waren ihr solche grundsätzlichen Argumentationen doch zu brisant. Vom damaligen umweltpolitischen Sprecher erhielt ich einen Antwortbrief mit Belehrungen, für die er sich heute

schämen würde. Nach der Katastrophe von Tschernobyl 1986 war es mit der Gewißheit über die Sicherheit „sozialistischer“ Kernkraftwerke aus, und auch andere Sicherheiten gerieten bald ins Wanken.

Neben den Artikeln zur WAA hat das Echo immer wieder über Umweltprobleme geschrieben: Gefahr durch die PCB-Trafos in Gießener Kaufhäusern, Müll-Lawine, Luftverschmutzung, Klimagefährdung, Landschaftsverbrauch durch Auskiesung und vieles andere. Trotzdem - als die besseren Grünen wurden wir Roten deswegen doch nie angesehen - leider!

Gernot Linhart



Lücher Bier Stube

... und gleich
heute abend noch ein
Erlebnis: EL-BE-ES

reichhaltige Speisenauswahl
aktuelle Angebote, knackige Salate
leckere Baguette-Spezialitäten, Hamburger
heißer bayrischer Leberkäse, Seehaht,
geb. Camembert, Würste, Schinken,
Bauernfrühstück, Riesenbrot,
Hering, Tintenfisch, Eis,
geb. Schafskäse,
Suppen,
etc...

Cafe - Bierstube - Futterstelle



Grünberger Straße 7 ☎ 0641-33312

Gießener Echo: Wie wir den Absturz überstanden

Noch im Juli 1987 beschloß die DKP Gießen, bis zum Herbst des nächsten Jahres 100 neue Mitglieder zu werben. Wir glaubten, Gorbatschows „Perestroika“ und sein „Neues Denken“ würde auch uns Auftrieb geben. Wir diskutierten die „Friedensfähigkeit des Imperialismus“, die „globalen Probleme“ und deren Verhältnis zum Klassenkampf. Und wir kamen nicht umhin, die bisherigen Schönfärbereien/Lügen, Korruption und (Re-



Februar 1987: DKP-Mitglieder protestieren gegen die Atombombentests der USA.

gerungs)-Kriminalität in sozialistischen Ländern anzuprangern, über die auch wir schockiert waren. Wir hofften, daß diese Dinge mit dem „besseren Sozialismus“, den (der heutige Sozialdemokrat) Gorbatschow damals anstrebte, überwunden würden. Es begann eine Diskussion über eine „moderne Kommunistische Partei“, bisherige Grundwerte und Strukturen wurden in Frage gestellt, mehr Demokratie, eine 50%ige Frauenquote und Aufhebung der Verbindlichkeit der Beschlüsse gefordert.



6. Dezember 1988, Jahrestag der Bombardierung Giesens: Die DKP benennt den Platz im City-Center vor den Herten „Hiroshima Platz“; Gießen ist der von Hiroshima initiierten „Städtepartnerschaft mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung aller Atomwaffen“ beigetreten, aber Taten fehlen bis heute.

Im Gießener Echo spielten diese Fragen bis 1989 keine Rolle. Dort unterstützten wir Pro Familia gegen die widerwärtigen Angriffe der „Lebensschützer“, trugen mit dazu bei, die Volkszählung zu verhindern und benannten den „Hiroshima-Platz“ im City-Center. Wir beteiligten uns am Kampf um das Streikrecht (§ 116 AFG), gegen den ersten verkaufsoffenen Sonntag in Gießen und gegen den langen Donnerstag; Minox ging bankrott, mit Heyco ging es kontinuierlich bergab; und die Bundesregierung verfügte endgültig Berufsverbot gegen vier hessische Postler, darunter Axel Brück und Egon Momberger aus Gießen.

Im Sommer '89 spitzte sich mit der Massenflucht aus der DDR die Situation zu; der 40. Jahrestag der DDR war ihr letzter, wenig später wurde die Mauer geöffnet und die Regierung umgebildet. Im Gießener Echo Nr. 12/89 wurde die Resolution einer Kreismitgliederversammlung per Beschluß auf der ersten Seite abgedruckt, in der es hieß: „Die Entwicklungen in der DDR stellen grundlegende Auffassungen in Frage...wir sind zur Selbstkritik veranlaßt.“ Am Jahresende stand die Partei, nachdem keine Zuschüsse mehr kamen, kurz vor der Pleite; die Massenausstritte nahmen ihren Lauf. Nicht die Tatsache, daß wir Geld von der SED bekommen haben, erboste viele Mitglieder, sondern deren Leugnung (während andere Organisationen umgekehrt nie einen Hehl aus ihrer Unterstützung aus dem Westen machten). Hinzu kamen die Gerüchte über eine „Militärorganisation“ der DKP.

In einer Krisensitzung der DKP Gießen zur Rettung des Parteibüros und des Gießener Echo konnte die Finanzierung unserer Arbeit für die nächste Zeit gesichert werden. Sehr hilfreich war hierbei, daß das Gießener Echo schon seit Jahrzehnten über einen festen Abo-Stamm verfügte und zahlreiche Spenden uns über Wasser hielten. DANKE!

Wir waren gezwungen, uns ausgiebig und neu mit dem Sozialismus zu befassen, den viele als endgültig gescheitert (Blüm: Marx ist tot und Jesus lebt) begraben wollten. Wir mußten feststellen, daß der Untergang des realen Sozialismus uns weit zurückgeworfen und die Deformationen in sozialistischen Staaten die Idee des Sozialismus schwer diskreditiert hatten. Wir kamen aber auch zu dem Ergebnis, daß es keine Alternative zu einer sozialistischen Gesellschaft gibt, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit die Profitwirtschaft abgeschafft ist und die arbeitenden Menschen selbst bestimmen. Und das haben wir auch 1990 und später im Gießener Echo und am Info-Stand vertreten, wobei anfangs das Klima gegen uns ziemlich rau war.

Aber die politische Entwicklung begann uns und andere, die das Ziel Sozialismus nicht aufgegeben haben, zu bestätigen - nicht nur durch die Auswirkungen des Kapitalismus im Osten. Statt konsequenter Abrüstung und Verwendung der Gelder für soziale Zwecke nehmen Hunger, Vertreibung und Umweltzerstörung zu. Zug um Zug baut der reale Kapitalismus die sozialen Zugeständnisse ab, zu denen er während der Systemkonkurrenz gezwungen war. Das Asylrecht wurde außer Kraft gesetzt, die Bundeswehr auf Einsätze im Ausland vorbereitet und die Interessenssphären knallhart abgesteckt. Das begann mit dem Golfkrieg im Februar 1990

und hat seinen bisherigen Höhepunkt auf dem Balkan. Erstmals seit 50 Jahren befindet sich Deutschland im Krieg. Und warum? „Zur Aufrechterhaltung des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (aus: „Verteidigungs“politische Richtlinien der BRD). Wenn wir heute am Info-Stand stehen, erleben wir immer noch Kopfschütteln, meistens Gleichgültigkeit, aber es gibt auch aufmunternde Bemerkungen wie: „Eure Beharrlichkeit ist bewundernswert“ oder „Gut, daß ihr hier steht“. Angesichts der Lähmung der Linken, des Zurückweichens der Gewerkschaften und der Kriegsbegeisterung mancher früherer Friedensfreunde, tun solche Worte uns, die wir manchmal die letzten aufrechten Trottel scheinen, gut. Und wir wenige verbliebene DKP-Mitglieder (von denen nur ein Teil aktiv ist) könnten noch weniger tun, würden uns nicht Freundinnen und Freunde - auch beim Gießener Echo - unterstützen.

Erika Beltz

**MARX
IST
TOT?**



Aus „Wende-Austrittserklärungen“ an die DKP Gießen

„Sehr geehrte Damen und Herren. Nach den jüngsten Ereignissen in der DDR, und den noch nicht überschaubaren Auswirkungen auf die DKP, ist mein Vertrauen in die Parteiführung der DKP und das, was bisher als „Sozialismus“ galt, zutiefst erschüttert...“ I.H.

„...mit der 10. PV-Tagung am 16. 12.89 wurde die allerletzte Chance vergeben, mit personellen Veränderungen der Parteiführung ein Zeichen zu setzen und die fähigsten und kritischsten Genossen zum Bleiben zu bewegen, stattdessen wurde die Trennung von der Strömung als 'unausweichlich' bezeichnet... Das war's dann!“ N.A.

„Hallo Eri und Michael! Hiermit erklären wir unseren Austritt aus der DKP, unsere Bücher liegen bei.“ C.E./J.E.

„... Vor genau acht Jahren bin ich in die Partei eingetreten, um mit den Genossinnen und Genossen für Frieden, eine demokratische Zukunft, menschenwürdige Lebensbedingungen und den Sozialismus zu kämpfen. Ich sehe heute keine Möglichkeit mehr, die in und mit der DKP zu tun.“ S.G.

„Mit diesem Brief muß ich Euch meinen Austritt aus der DKP erklären. Mit Entsetzen habe ich Nachrichten über die Korruption führender Funktionäre der SED zu Kenntnis nehmen müssen...“ H.S.

„Hiermit gebe ich meinen Austritt aus der DKP bekannt. Da ich in der Partei weder etwas geleistet oder mich in irgendeiner Art beteiligt habe, wird mein Austreten sicherlich keine Lücke hinterlassen... Darüberhinaus ist finanzielle Einsparung für mich z.Zt. sehr wichtig.“ K.N.

„... Die gegenwärtige Krise der DDR und der so eng an sie geketteten DKP, die möglicherweise beider Ende bedeutet, ist für mich die Niederlage des Stalinismus, nicht des Sozialismus. Auch wenn wir eingestehen müssen, daß unsere Sozialismusvorstellungen noch nirgendwo auf der Welt so funktioniert haben, wie wir uns das erträumt haben. Um in Zukunft ein Abdriften des

möglicherweise 'wiedervereinigten' Deutschlands nach rechts in die politische Position vor 1945, vor 1933 oder vor Weimar zu verhindern, wird das weitere Engagement der Linken für sozialistische Positionen vielleicht dringender als in den letzten 20 Jahren gebraucht... Mit solidarischen Grüßen.“ F.M.

„Wir, die Unterzeichnenden, erklären hiermit unseren Austritt aus der DKP. Hierin sehen wir keinen Bruch mit unseren sozialistischen und demokratischen Idealen und unserer humanistischen Grundhaltung. Vielmehr stellt sich dieser Schritt als Notwendigkeit dar: Selbst wenn sich diese Partei allumfassend ändern sollte - was wir aus gutem Grund bezweifeln - sehen wir uns nicht mehr in der Lage, unter den Initialen dieser Partei und ihrer personellen Zusammensetzung Politik zu machen.“ 8 Unterschriften

„... Trotz der revolutionären Veränderungen in den sozialistischen Ländern und trotz der weitreichenden Umstrukturierungen war die Partei und insbesondere die Führung ob ihres avantgardistischen Anspruchs weder in der Lage noch bereit dazu, sich ernsthaft analytisch und innerorganisatorisch konsequent mit der veränderten Situation auseinanderzusetzen...“ I.A.

„...Die DKP hat auf die großen Probleme, die jetzt für alle mehr wie offenkundig sind, viel zu spät und vor allem völlig falsch reagiert. Einige Tatsachen, wie der überraschend schnelle Zerfall der bisherigen sozialistischen Staaten, konnte so natürlich niemand voraussehen. Aber unsere relative Kritiklosigkeit an diesen Verhältnissen ist im Nachhinein schon ziemlich ernüchternd... Der Austritt aus der Partei fällt mir nicht leicht und ich möchte hinzufügen, daß ich trotz alledem keine persönliche Wut auf eine Genossin oder einen Genossen der Kreisorganisation habe...“ M.W.

„Nach reiflicher Überlegung und Beratung mit alten politischen Freunden habe ich wenig Hoffnung, zu wenig, daß der Erneuerungsprozeß in der DKP auch zu

einer tatsächlichen Umgestaltung führt... Das Gießener Echo unterstütze ich weiterhin... In der Hoffnung, daß wir trotzdem noch gemeinsame politische Wege finden und mit weiterhin sozialistischen Grüßen."B.

„... Gerade die letzten Gerüchte über eine militärische Untergrundorganisation haben mir gezeigt, daß ich mittlerweile alles für möglich halte... Ich halte nach wie vor den Kommunismus für die einzig mögliche Gesellschaftsform, die die Zukunft der Menschheit und der Erde sichern könnte, aber ich zweifle, ob es überhaupt jemals möglich ist, eine kommunistische Gesellschaft aufzubauen, ob das Machtstreben und die Gewinnsucht einzelner dies nicht immer wieder vereiteln wird.“ C.W.

„... Trotzdem bereue ich nicht, der Partei so lange angehört zu haben; ich habe viele aufrechte Menschen in dieser Zeit kennengelernt, die nicht nur vom Kommunismus redeten, sondern auch danach handelten und von deren moralischer Integrität ich bis auf den heutigen Tag überzeugt bin... Obwohl ich inzwischen der SPD beigetreten bin, hoffe ich doch sehr stark darauf, daß sich in nicht allzu ferner Zeit eine neue linke Partei gründen wird, in der jeder ehrliche Linke eine politische Heimat finden kann, zumal wenn er diese in der DKP verloren hat...“ W.M.

„...Dies ist für mich keine Absage an linke Politik in diesem Land, aber die m.E. notwendige Trennung von einer Partei, mit der ich viele Jahre meines Lebens verbunden war, deren politische Bedeutung nie sonderlich groß war, die aber zur Zeit in dieser Hinsicht gegen Null tendiert...Ich trenne mich nicht im Groll und habe auch nicht die Absicht, die Partei zu bekämpfen. Eine linke Politik für Deutschland ist notwendig, aber wann und wie ich in Zukunft möglicherweise einmal wieder aktiv daran teilhaben werde, weiß ich jetzt noch nicht.“ F.H.

Hier kann jeder selber nachlesen

Das Gießener Echo wurde von Beginn an nicht nur von der DKP Gießen gesammelt. Es wurde auch archiviert von: der Deutschen Bibliothek in Frankfurt, der Hessischen Landesbibliothek in Darmstadt, der Universitätsbibliothek in Gießen und dem Gießener Stadtarchiv in der Ostanlage.

DIESES JOGGING... ... ERINNERT MICH AN EINE DEMO...



... DIE ICH ...

... FAST MAL MITGEMACHT HÄTTE ...



Eine Latte von Irrsinn

25 Jahre Gießener Echo, davon 19 Jahre Bejubelung oder zumindest Rechtfertigung allen und jeden Schwachsinn des real-existierenden Sozialismus, 6 Jahre hoffentlich reflexives Beschweigen und notorische Dickfälligkeit und Verweigerung der Aufarbeitung der Schandtaten dieses - höflich formuliert - höchst autoritären Sozialismus, als da wäre: Ausweisung Biermanns aus der DDR und hier in Gießen die besonders beredte Verteidigung dieser Maßnahme durch eine Spartakistin, die gerade ein paar Tage vorher durch eine geschlossene Solidaritätsaktion der hiesigen Germanisten an einem Berufsverbot vorbei geschlittert war, und die selber die Berufsverbote in der DDR verteidigte. Verteidigung der gutartigen russischen Raketen, die gegen die Städte der BRD gerichtet waren und damit Sabotage der Friedensarbeit, sofern der friedliche Charakter dieser Raketen in Abrede gestellt wurde. Wütende Bestreitung der Tatsache, daß DKP und VVN bis zu 75% und mehr aus der DDR gesponsert und bis ins einzelne in ihrer Personalpolitik auch von dort gelenkt wurden, bis im Januar 1990 die Parteileitung der PDS/SED dies zugab, als sie die Subventionierung einstellte. Ablehnung der Tatsache der Psychiatrisierung der politischen Gefangenen in der UdSSR, bis 1989 die damalige russische Regierung dies offiziell zugab. Verteidigung des russischen Einmarschs in die CSSR und Afghanistan, ebenso auch des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking am 2.6.89. Die interessanten Eiertänze, nachdem eines der soliden und gutartigen sozialistischen Kernkraftwerke in Tschernobyl in die Luft flog. Schließlich auch die Verteidigung der Stasi als notwendige Einrichtung zur Stabilisierung des Sozialismus. Irgendeine selbstkritische Aufarbeitung dieser Latte von Irrsinn, die sich spielend verlängern läßt, fehlt bis heute. Stattdessen wird in unverbrüchlicher Treue zur Tradition weiterhin empfohlen, eine Einheitsfront in den sich seit 25 Jahren ständig verschärfenden Klassenkämpfen zu bilden, die derzeit - also auch seit 25 Jahren - kein Nachdenken über die eigene Geschichte und der des real existierenden Sozialismus aus Zeitgründen zulassen. Außerdem schwäche eine solche Selbstkritik durch

Verunsicherung der GenossInnen die Stärke der Partei und arbeite dem Klassenfeind in die Hände - auch dies ein beliebtes Argument aus den Tagen Stalins, der im übrigen schlimmer unter seinen GenossInnen wütete als der Antikommunist Hitler. Der Betrüfung für Ernst Thälmann ist bisher noch keine für Heinz Neumann gefolgt. Den GenossInnen, über die nach 1989 plötzlich die Erleuchtung kam, daß der real-existierende Sozialismus irgendwie doch nicht das Wahre und in allen Teilen für die Menschen verträglich sei, und die ein Übersoll an Parteitreu und Arbeit im Weinberg des Sozialismus von glatt 50% absolviert hatten, verhalf wohl nicht zuletzt die Tatsache zu solch grundstürzenden Einsichten, daß ein halbwegs gesicherte Lebensperspektive in der DKP wegen der ausbleibenden Subventionen aus der DDR sich zu verschließen begann. Ihnen sei gesagt: alles was sich heute aus aufgefundenen Dokumenten belegen läßt, wußte man auch schon vor 1989. Und dies war kein Geheimwissen, sondern die entsprechenden Veröffentlichungen waren leicht greifbar. Sie hätten, wenn sie denn die Geschichte des Kommunismus kritisch aufgearbeitet hätten, gar nicht erst in die DKP eintreten müssen, um sich dann bestürzt und unter der Vorgabe, daß man nichts vom Abgrund der Verbrechen in der Geschichte des real-existierenden Sozialismus gewußt habe und ebenso wenig von der Außenlenkung der DKP durch die SED wendehälsisch aus ihr zu entfernen. Den verbleibenden GenossInnen gebührt zumindest der Respekt dafür, daß sie trotz des Zusammenbruchs ihres Reiches Utopia jenseits der Elbe unbeirrt und nicht auf politischen Konjunkturen surfend weitermachen.

Heinrich Brinkmann



Lieber Heinrich, über Deinen Beitrag zu „25 Jahre Gießener Echo“ bin ich ein wenig - etwa 5 mm - enttäuscht. Ich hatte gehofft, Du würdest uns mit der Dir eigenen Ironie intelligent einen überbraten. Erstens gehst Du auf das Echo fast nicht ein. Du kritisierst Jubelartikel - zum Teil zu Recht, zum Teil zu Unrecht (s. z.B. meinen Artikel von 7/89 zu China „...All dies darf uns Kommunisten jedoch nicht davon abhalten, unser Entsetzen über die auf den Platz des himmlischen Friedens rollenden Panzer und den nachfolgenden Exekutionen laut werden zu lassen...“). Im übrigen hast Du Walter Deeg (im E-Klo) und Ria Deeg (auf Geburtstagsfeiern) mindestens ebenso bejubelt, obwohl sie Deiner Logik entsprechend Gießens größte Stalinisten waren. M.E. gehören zur Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Bewegung die Verbrechen Stalins ebenso wie die Befreiung der KZs durch sowjetische Truppen, Unterdrückung in sozialistischen Ländern ebenso wie ihre Hilfe z.B. in Cuba. Undifferenzierte Betrachtungen - ob Jubelartikel oder das Gegenteil - haben wenig mit Wissenschaft zu tun. Zugegeben! Zugegeben? Also, lieber Heinrich, was ist Dein Artikel? Ein Frustergebnis oder Anpassung an Fischers Realo-Linie? Dennoch freue ich mich still und heimlich über Meinungsvielfalt im Echo, wo die gleichgeschaltete deutsche Volksgemeinschaft doch auf einen 33 : 0 Sieg über Serbien hofft. Gruß.

Michael Beltz



Büchergilde Gutenberg

Treffpunkt Gießen
Wetzsteinstraße 4
35390 Gießen
Tel.: 0641 / 35902

Di, Mi + Fr	9:00 - 12:30 u. 14:30 - 18:00
Sa	9:00 - 12:00 u. nach Vereinbarung

BERT BRECHT

Lob der Dialektik

*Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.*

*Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden.*

*Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut:
Jetzt beginne ich erst.*

*Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.*

Wer noch lebt, sage nicht: Niemals!

Das Sichere ist nicht sicher.

So, wie es ist, bleibt es nicht.

*Wenn die Herrschenden gesprochen haben
Werden die Beherrschten sprechen.*

Wer wagt zu sagen: Niemals?

An wem liegt es, wenn Unterdrückung bleibt? An uns.

An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.

Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!

Wer verloren ist, kämpfe!

Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?

Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen

Und aus Niemals wird: Heute noch!

Der Vietnamkrieg: Schuld ohne Sühne

Das spektakuläre Bekenntnis nach 20 Jahren: der Vietnamkrieg - ein schrecklicher Fehler der USA
20 Jahre nach Beendigung des Vietnamkrieges gesteht der einstige Verteidigungsminister McNamara (1961 - 1968) der Welt: „Wie haben uns furchtbar geirrt“ und „es war ein schrecklicher Fehler der USA“. Ein spätes Geständnis, das in seiner Ungeheuerlichkeit den Atem stocken läßt.

Fast zur gleichen Zeit hat nun die vietnamesische Regierung erstmals offizielle Zahlen über die Opfer dieses Krieges bekanntgegeben. Diesen Angaben zufolge wurden in Vietnam: 2 Millionen Zivilisten getötet, 2 Millionen Zivilisten verwundet, 1.230.000 Soldaten getötet, 600.000 Soldaten verwundet, 50.000 Kinder wurden, als Folge des von der US-Airforce versprühten Agent Orange, mit schlimmen Mißbildungen geboren, und bis heute weiß niemand, wieviele noch verkrüppelt zur Welt kommen, wie viele Generationen noch von den genetischen Schäden betroffen sein werden.

* Am 30.4.1975 ging der Krieg zu Ende, in dem lt. General Westmoreland Vietnam „in die Steinzeit zurückgebombt“ werden sollte, auf Vietnam fielen dreimal mehr Bomben als im 2. Weltkrieg abgeworfen wurden.

* Mit diesem Krieg wurde ein neuer Begriff in die militärische Fachsprache eingeführt: der Ökozid, die gezielte Zerstörung und Vernichtung der Umwelt.

* Etwa 70 Millionen Liter Agent Orange wurden von 1962 bis 1971 über Süd-Vietnam versprüht; riesige Flächen des subtropischen Regenwaldes, seine Flora und Fauna auf unabsehbare Zeit vernichtet.

* Der Einsatz von Napalm ließ alles brennen, was nicht aus Stein oder Eisen war und verwandelte Menschen in unlösliche Feuersäulen.

* Die „free fire zones“ gaben den GIs das Recht, auf alles zu schießen, was sich bewegte, d.h. auf jeden Vietnamesen...

In seiner Autobiographie schreibt McNamara, „daß sich die USA schon 1963 hätten aus Vietnam zurückziehen müssen“ und kommt zu dem banalen Schluß, „weil sie (die USA) keine andere Idee hatten, seine sie weiter und weiter in den Krieg gerutscht“ - in einen Krieg, in dem, außer der Atombombe, alles an militärischem know how gegen Vietnam eingesetzt wurde - vom Pentagon abkommandiert, „in Vietnam die Freiheit und die Werte der



Friede auf
Erden:
Amis raus
aus Vietnam

Gießener Echo, Nr. 12/1972

westlichen Welt zu verteidigen“ mußten 58.000 US-Soldaten ihr Leben lassen.

McNamaras spätes Geständnis offenbart den zynischen Umgang mit der Macht; er kann für sich nicht in Anspruch nehmen, daß 'irren' menschlich ist; es war abgrundtief unmenschlich und ist unverzeihlich. Und wer garantiert denn, daß sich sein IRRTUM nicht wiederholt, vielleicht schon wiederholt hat?

„In Vietnam wird unsere Freiheit verteidigt“, erklärte der damalige BRD-Verteidigungsminister von Hassel (dpa 25.4.65).

Der damalige Bundeskanzler Erhard erklärte, daß die USA der „vollsten moralischen, politischen und wirtschaftlichen Unterstützung für das Engagement in Vietnam“ durch die Bundesrepublik sicher sein könne (Frankfurter Rundschau, 22.12.65).

(leicht gekürzt aus: Mitteilungen der Hilfsaktion Vietnam e.V. Nr. 66, Mai 1995)

Der imperialistische Krieg der USA muß beendet werden Demonstrationen in Frankfurt und Kassel

GE 8171

Zum 4. September hat die „Internationale Vietnaminitiative“ zu Demonstrationen in Frankfurt und Kassel aufgerufen.

Gerade die neuesten Veröffentlichungen in den USA - mit denen wir uns hier beschäftigen wollen - bilden einen aktuellen Anlaß, daß alle demokratischen und antiimperialistischen Kräfte ihren Beitrag zur Beendigung des imperialistischen Krieges der USA leisten.

Mit der Veröffentlichung der streng geheim gehaltenen Studie über den US-Krieg in Vietnam - der sogenannten Pentagon-Studie - wurde der Weltöffentlichkeit eines unwiderlegbar bewiesen: Die Führungsmacht der westlichen Welt führt in Indochina seit Jahren einen systematisch kalkulierten und barbarischen Krieg. Im Interes-

Verteidigung der westlichen Freiheit, über den Kampf für die Freiheit usw. Im April 1965 erklärte Johnson vor der Baltimore Universität: „Wir sind in Vietnam, um die Weltordnung zu stärken.“ Der größte aller Heuchler, Nixon, brachte es sogar fertig, die Ausweitung des Krieges durch den Überfall auf Kambodscha mit „humanitären Erwägungen“ zu begründen, und erklärte, ein Angriff auf ein weiteres Land sichere „die termingerechte Weiterführung des Abzugs der amerikanischen Streitkräfte aus Vietnam“.



Vor 16 Jahren: Die Revolution siegt in Nicaragua

Am 19. Juli 1979 zogen die siegreichen Verbände der FSLN (Sandinistische Front der nationalen Befreiung) in das Zentrum der nicaraguanischen Hauptstadt Managua ein. Zwei Tage zuvor bereits hatte der gefürchtete Diktator Anastasio Somoza, die Gebeine seines Vaters im Gepäck, das Land in Richtung Vereinigte Staaten verlassen. „Ein Volk in Familienbesitz“, unter diesem Stichwort war Nicaragua bis dahin als eine der blutigsten Diktaturen Lateinamerikas in die Geschichte eingegangen. Somozas Familie gehörten 70% der bebaubaren Fläche, die meisten der wenigen Fabriken des in Unter-



entwicklung gehaltenen Landes; er war Chef von Mercedes Benz de Nicaragua und Präsident des Roten Kreuzes „seines“ Landes. Als Managua 1972 von einem furchtbaren Erdbeben erschüttert wurde und zehntausende Menschen starben, viele verletzt wurden, schickte die Weltgemeinschaft Blutkonserven ins Land, die, kaum eingetroffen, von Somoza gleich wieder in die USA verhökert wurden. So wurde er reicher und reicher, bis das Volk sich endlich unter der Führung der FSLN von ihm befreien konnte.

Sein Besitz wurde in Gemeineigentum überführt, ein Gesundheitswesen aufgebaut. Berühmt wurde die Revolution für ihre Alphabetisierungs-Kampagne: tausende Schüler und Studenten zogen hinaus aufs Land und lehrten die arme Bevölkerung Lesen und Schreiben. Die Analphabetenrate wurde mit diesem Kraftakt von über 80% auf unter 12% gedrückt.

Diese „bedenklichen“ Entwicklungen in ihrem Hinterhof gingen den USA dann doch zu weit. Ronald Reagan ließ Nicaraguas Häfen von der CIA verminen und verhängte eine Wirtschaftsblockade über das Land. Tausende ehemalige Folterknechte Somozas wurden mit Millionen Dollars zur Contra-Söldnertruppe ausgerüstet, die fortan versuchten, mit Überfällen auf Kooperativen, Brückensprengungen und anderen Sabotageakten den Aufbau des neuen freien Nicaragua zu verhindern. Die BRD-Regierung unter Helmut Kohl erwies sich als ein treuer USA-Vasall und fror 1983 bereits sämtliche Entwicklungshilfegelder ein.

Eine breite Solidaritätsbewegung erfaßte die Bundesrepublik, Baubrigaden wurden aufgestellt, tausende BRD-Bürger lernten das Leben in Nicaragua hautnah als internationale Brigaden bei der Kaffee-Ernte, beim Bau von Schulen und im Gesundheitswesen kennen. Der deutsche Arzt Tonio Pflaum und der junge Kommunist Bernd Koberstein, Wassertechniker aus Freiburg, wurden von Reagans Contra brutal ermordet und fanden in Nicaragua ihre letzte Ruhe. Städtepartnerschaften entstanden, auch die Stadt Gießen hat mit San Juan del Sur ihren Partner in Nicaragua.

Die sozialistischen Staaten, allen voran die DDR, halfen beispiellos. Täglich erreichte ein Schiff der volkseigenen DDR-Handelsflotte den Hafen Corinto an der Pazifikküste; das größte Krankenhaus Mittelamerikas, das Hospital „Carlos Marx“ steht in Managua und ist ein Projekt der Freien Deutschen Jugend der DDR. In Jinotepe, unweit der Hauptstadt, entstand das „Instituto Politecnico Ernst Thälmann“, ein Geschenk der DDR zur Ausbildung junger Menschen in technischen Berufen.

All dies ist Vergangenheit. Das „Carlos Marx“, von der BRD 1990 übernommen, mußte seinen Namen ändern, die Mittel wurden gestrichen, das o.g. polytechnische Institut ist geschlossen, und die Zeitungen berichten auch nicht mehr über Nicaragua. Es ist wieder ein Land wie jedes andere im USA-Hinterhof geworden mit 70% Arbeitslosigkeit, einer Lebenserwartung von 49 Jahren und einer Jugend ohne Zukunft. Geblieben ist die FSLN, die sich anschickt, im nächsten Jahr die Wahlen zu gewinnen und den neoliberalen Kurs der seit 1990 regierenden Violetta Chamorro abzulösen.

Geblieben sind auch einige Kaffeekooperativen, die selbstbestimmt exquisite Bohnen produzieren und zu garantierten Preisen auch nach Deutschland exportieren.

Wer die Campesinos unterstützen will, kann sich an die „Biebertaler Kaffeemühle“ wenden, in der Hauptstr. 4, in Rodheim-Bieber, Tel 06409/6459. Es gibt auch Espresso.

Jan Hambruch

US A
I NO PARSARAN!

Chile wird noch immer vom Militär beherrscht

1970 hatte das chilenische Volk den sozialistischen Arzt Salvador Allende zum Präsidenten gewählt. Zum Programm seiner Regierung gehörte die Durchsetzung der von der vorherigen Regierung Frei beschlossenen, aber nicht verifizierten Landreform, die Verstaatlichung der Bodenschätze, die sich im Besitz von US-Firmen befanden, Verbesserungen für die Bevölkerung im Schul- und Gesundheitswesen u.a. Damit waren nicht nur Macht und Profite der chilenischen Großgrundbesitzer und Unternehmer sondern auch US-amerikanische Konzerne gefährdet.

1973 putschte das chilenische Militär mit massiver Unterstützung der USA, stürzte die Regierung Allende und setzte eine Militärregierung ein. Allende und mindestens 5000 weitere demokratische Persönlichkeiten wurden ermordet. Etwa 1.000.000 Chilenen (10% der Bevölkerung) entzogen sich diesem Schicksal durch Flucht ins Ausland.

Mein damaliger Ehemann hatte als Facharzt für Sozialmedizin das Gesundheitswesen zweier südlicher Provinzen geleitet. Zehn Tage nach dem Putsch wurde er nachts von Militärs abgeholt, in den Luftwaffenstützpunkt von Temuco gebracht und dort zwei Wochen lang auf unbeschreibliche Weise gefoltert. Es ist nicht bekannt, wo sein Leichnam verscharrt wurde, aber die Folterer und ihre Auftraggeber sind bekannt; sie leben in Chile in Amt und Würden.

Auch ich, damals Kinderärztin am Krankenhaus von Temuco, war gefährdet. Nach abenteuerlicher Flucht nach Santiago halfen Freunde mir und meinen vier Kindern eines Nachts über die Mauer der deutschen Botschaft. Damit waren wir gerettet.

Am 6.12.73 kam ich zusammen mit vielen Leidensgenossen nach Frankfurt. In der damaligen BRD wurde uns von einem erheblichen Teil der Bevölkerung große Sympathie entgegengebracht. Das waren im wesentlichen die Mitglieder der DKP, Gewerkschafter, linke Sozialdemokraten, Amnesty International, Christen. Einige Wochen nach meiner Ankunft brachte Bruni Freyksen, Mitglied der DKP in Frankfurt, meine Kinder und mich in ein Erholungsheim in der DDR. Diese vier Wochen dort gehören zu meinen schönsten Erinnerungen. Nie werde ich die Solidarität, Fürsorge und Wärme vergessen, die wir dort erfahren haben. Das ist vielen Chilenen ebenso ergangen. So war es ein selbstverständliches Gebot der Menschlichkeit und ein Ausdruck unseres Dankes, daß wir Chilenen dem nach der Wende in Deutschland verfolgten ehemaligen Regierungschef der DDR, Erich Honecker, in seinen letzten Monaten Asyl gewährten.

Das faschistische Regime in Chile machte alle Reformen der Regierung Allende rückgängig. Die Gewerkschaften wurden zerschlagen, die Arbeiter und Angestellten absolut rechtlos, wie in Europa zur Zeit des Frühkapitalismus im vorigen Jahrhundert. Gute Bedingungen für das internationale Kapital, das denn auch ins Land strömte.

Nachdem das neoliberale Wirtschaftssystem fest installiert und alle demokratischen Strukturen zerschlagen waren, schien den USA der Zeitpunkt gekommen, sich von Pinochet wieder zu trennen. Man brauchte ihn nicht mehr, denn er hatte seine Aufgabe erfüllt: die gründliche Vernichtung des „chilenischen Modells“ nämlich der historisch erstmaligen Einführung eines sozialistischen Systems nach den Regeln parlamentarischer Demokratie (nach Spanien 1936). So mußte die Militärregierung Pinochets 1989 ihre Macht gezwungenermaßen an ein demokratisch gewähltes Parlament abtreten - teilweise. Zuvor diktierte Pinochet die neue Verfassung, die derzeit in Chile gilt. Ein Großteil der Abgeordneten wird demnach nicht gewählt, sondern von Pinochet ernannt, so daß er mindestens eine Sperrminorität hat. Wichtige Staatsorgane, wie die höchsten Gerichte, besetzt er mit Gesinnungsgenossen, ebenso alle höheren Stellen beim Militär. Er erließ ein Amnestiegesetz für sämtliche unter seiner Verantwortung verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er verkaufte wertvollste Bereiche der chilenischen Wirtschaft an ausländische Konzerne, u.a. Fischereirechte, Telekommunikation, öffentlicher Transport, riesige Urwälder an Japaner, Franzosen, Australier, Engländer; die Bodenschätze, insbesondere des Kupfer, waren seit dem Putsch ohnehin wieder in fester Hand der USA.

Die Militärs bereicherten sich an den Erlösen dieser Verkäufe. So haben es sämtliche Mitglieder der großen Familie Pinochets während des Militärregimes zu gros-

Gießener Echo

Kommunistische Zeitung für Gießen

18./6. Jahrgang

Oktober 1975

Seitengröße: 6,20 DIN

Solidarität mit der Unidad Popular!

Blutiger Terror über Chile

Am 11. September 1973 hat eine rechtsextremistische Militärdiktatur in Chile durch einen Putsch die Macht an sich gerissen und den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende ermordet. Drei Jahre lang hatten die chilenischen Kapitalisten zusammen mit dem internationalen Kapital vergeblich versucht, Allende durch Sabotageakte, Kreditleugnung, Organisierung von Streiks etc., Allende und damit die Unidad Popular (Vereinigung der fortschrittlichen Parteien, unter ihnen die Kommunisten und Sozialisten) zu stürzen.

Nachdem alle Versuche gescheitert waren, griffen sie zum letzten Mittel: Einige Generäle, die durch Waffenlieferungen der USA vorzüglich ausgerüstet sind, zerschlugen die Verfas-

Das chilenische Volk braucht Hilfe! Spenden Sie auf das Postfach-Spendenkonto Prof. Wulf, Pöschel, Frank, Postfach Nr. 3279 55-802, Kassel/Chile-Solidarität.

lung und bildeten eine Militärdiktatur. Unter dem äußeren Putsch der Generäle stehen die Kupfermonopole der USA. Die durch die Unidad Popular enteignet wurden, der Elektroenergie (ET) und der amerikanischen Geheimdienste CIA. Um den Widerstand des chilenischen Volkes zu brechen, das nach wie vor zur Unidad Popular steht und bereit ist, für seine

Fortsetzung auf Seite 2

In dieser Nummer:

Fremdenpaß für Manolo Largo	S. 3
Mit den Kommunisten leben!	S. 7
Mit dem Friedenszug in die Sowjetunion	S. 9
Wir brauchen keine Strauß-Filiale in Gießen	S. 4
Wittensleute sympathisiert!	S. 3



Mit den Arbeitern - für die Arbeiter - **DKP**



Dezember 1975: Die sozialistische Kinderorganisation Junge Pioniere hat 10.000 DM für Chile gesammelt, die in der Kongreßhalle in Gießen überreicht wurden.

sem Reichtum gebracht. Darüberhinaus besitzt das Militär immer noch vom Staat finanzierte Rüstungsbetriebe, wo sie Waffen produzieren, die sie ohne parlamentarische Kontrolle exportieren. Über die Profite geben sie keine Rechenschaft ab. Das Militär hat also de facto weiterhin die Macht in Chile und unterliegt keinerlei demokratischer Kontrolle. Wenn sich relevante Teile der Bevölkerung oder des Parlaments in der jüngsten Zeit demokratisch vorwagen, etwa die Bestrafung der faschistischen Verbrechen fordern, rasselt Pinochet mit dem Säbel und droht unverhohlen mit dem Militäreinsatz.

Das ist Chile heute: ein wunderschönes Land, scheinbar demokratisch regiert, de facto aber beherrscht von dem unkontrollierten Militär faschistischer Grundeinstellung, sowie ausländischen Konzernen und Großgrundbesitzern, deren Macht durch die Parteien oder Gewerkschaften kaum eingeschränkt ist.

Chiles Wirtschaft boomt, die Wirtschaftsdaten sind hervorragend; es wird die „Schweiz Süd-Amerikas“ genannt. Die Unternehmerprofite sind gigantisch. Aber nie zuvor gab es so viele Arme, so viele Drogenabhängige, nie vor Pinochets Zeit hat es Kinderprostitution gegeben. Bildung und Gesundheit sind ein Privileg der Wohlhabenden. So verdient ein Grundschullehrer etwa 400 DM im Monat, während z.B. die Blinddarm-Operation meines jüngsten Sohnes vor zwei Monaten in Concepcion über 4000 DM gekostet hat.

Die meisten meiner Landsleute sind, als das nicht mehr lebensgefährlich war, nach Chile zurückgekehrt, obwohl es ihnen dort meist wirtschaftlich schlecht geht - aus Liebe zu ihrer Heimat. Aber sie fanden nicht mehr das Chile ihrer Erinnerung vor mit seinen fröhlichen, solidarischen, zufriedenen Menschen, die gern singen und tanzen, sondern eine kalte und harte Konkurrenzgesellschaft mit Coca-Cola-Kultur, arroganten Neureichen und verbrecherischen Militärs - ein Land mehr auf der Welt nach dem Vorbild der USA.

Ruth Kries-Moerschel

Internationale Solidarität auch im Kleinen

1970 erschienen die ersten Ausgaben des „Gießener Echo“ und in diesem Jahr berichtete der Gießener Arzt Erich Wulff von seiner Reise nach Nordvietnam (Sept. 70). Überhaupt waren die 70er sehr belebt; es gab Berichte über Vietnam, Griechenland, Israel... Mit dem faschistischen Putsch 1973 in Chile zerbrach nicht nur eine Hoffnung, sondern es flohen fast eine Million Chilenen aus ihrer Heimat, einige auch nach Gießen. Die Gießener Kommunisten - aber nicht nur sie - versuchten die Flüchtlinge aufzunehmen ihnen wo es ging behilflich zu sein. Die Solidarität mit Chile bleibt bis in die 80er Jahre ein wichtiges Thema im Bereich Internationalismus. Portugal wird durch einen Aufstand linker Militärs von seiner faschistischen Diktatur befreit. Viele Linke in Deutschland setzten große Hoffnungen in dieses Land. Auch das „Gießener Echo“ fieberte mit den portugiesischen Genossen der PCP, die nach Jahrzehnten der Illegalität wie Phönix aus der Asche steigen. Es scheint eine reale Chance für ein sozialistisches Portugal zu geben. Das Jahrzehnt geht zu Ende, und der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan (1980) entzweit die Linke gerade in der BRD.

Zwei Jahre vorher hatte sich das nicaraguanische Volk von seinem Schlächter Somoza, einer Marionette der USA, befreit. Aber erst in den 80er Jahren, in Folge eines von den USA geführten Krieges - entwickelt sich eine Solidaritätsbewegung für dieses kleine mittelamerikanische Land.

Internationale Solidarität wurde damals von vielen auch als Aufforderung zum persönlichen Handeln verstanden. Das rassistische Regime Südafrikas ist in den 80er Jahren innerhalb der Linken ein Kristallisationspunkt für die Debatte über die sozialistischen Staaten. Selbst bürgerliche Menschen müssen eingestehen, daß die Hilfe der UdSSR sowie die Präsenz cubanischer Truppen in Angola eine wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf des ANC gegen den Apartheidstaat war.

Die kleine Übersicht über die internationalen Berichte im Gießener Echo zeigen, daß - obwohl es eine Stadtzeitung ist - der Internationalismus ein wichtiger Teil immer war und noch ist. Für eine kommunistische Zeitung ist dies kein Widerspruch sondern eine Notwendigkeit. Will sie doch am kleinen - in der Kommune - wie am großen Beispiel - der internationale Befreiungskampf - die Strukturen des kapitalistischen Systems und die Personen dahinter aufzeigen. Die Illusionen, die sich Menschen, welche in den Metropolen leben, über den Kapitalismus machen, sollen bekämpft werden: „Die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei liegen unverschleiert vor unseren Augen, sobald wir einen Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respektablen Bedingungen auftreten, nach den Kolonien wenden, wo sie sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen“. (Karl Marx)

Henning Mächerle

Zur Frage des Internationalismus

Das Ende der Sowjetunion 1991 hat eine Epoche beendet, die mit der Oktoberrevolution 1917 begann. Die russische Revolution setzte die Überwindung des Kapitalismus - weltweit - auf die Tagesordnung. Die Vorstellung, was Internationalismus sei, wurde bis zur Spaltung der kommunistischen Bewegung (Tito-Stalin) maßgeblich von den sowjetischen Vorstellungen bestimmt. Diese Vorstellungen änderten sich im Laufe der Zeit, wobei die größte Zäsur die Stalin-Ära darstellte. Dort wurde ein Modell entwickelt, das die Sowjetunion als unveränderliches Zentrum der Weltrevolution sah und alle anderen revolutionären Bewegungen grundsätzlich verpflichtet waren, sich an ihm zu orientieren, es sogar zu übernehmen.

Es soll im folgenden nicht um die Frage gehen, ob das sowjetische Gesellschaftsmodell funktionstüchtig war - diese Frage läßt sich nicht abstrakt klären - sondern darum, ob revolutionäre Erfahrungen in einem bestimmten Land auf andere übertragbar sind. Welches Verhältnis haben die revolutionären Bewegungen verschiedener Länder zueinander?

Lenin geht davon aus, daß in solchen Bewegungen die Kommunisten immer der fortschrittlichste Teil sein müssen. Seine Vorstellungen zum Internationalismus finden sich vor allem in den „Thesen zur nationalen und kolonialen Frage“ (Lenin, Werke, Bd. 31, S. 140-152). Die o.a. sowjetische Vorstellung stützt sich im wesentlichen auf die fünfte These: *„... und alle Ereignisse der Weltpolitik ballen sich notwendigerweise um einen Mittelpunkt zusammen, nämlich um den Kampf der Weltbourgeoisie gegen die Russische Sowjetrepublik.“* Wobei Lenin bei dieser Einschätzung auf die konkrete weltpolitische Lage abhebt, also keine überzeitliche Wahrheit verkündet. Die seit Stalin entwickelte Vorstellung von Solidarität anderer kommunistischen Parteien gegenüber der Sowjetunion nimmt die Schwächung oder gar den Untergang dieser billigend in Kauf. Für Lenin ist die sozialistische Weltrevolution eine kollektive Arbeit, welche nicht von einem Land abhängt: *„Somit wird die sozialistische Revolution nicht nur und nicht hauptsächlich ein Kampf der revolutionären Proletarier eines jeden Landes gegen die eigene Bourgeoisie sein, nein, sie wird ein Kampf aller vom Imperialismus unterdrückten Kolonien und Länder, aller abhängigen Länder gegen den internationalen Imperialismus sein.“* (LW, Bd.30, S.144)

Zwei Gesichtspunkte bestimmen für Lenin den proletarischen Internationalismus: 1. *„..., daß die Interessen des proletarischen Kampfes in jedem einzelnen Lande den Interessen des proletarischen Kampfes im Weltmaßstab untergeordnet werden“*; 2. *„..., daß die Nation, die den Sieg über die Bourgeoisie erringt, fähig und bereit ist, die größten nationalen Opfer für den Sturz des internationalen Kapitals zu bringen.“*

Um diese Gesichtspunkte berücksichtigen zu können, gibt es für ihn drei Voraussetzungen: 1. *„... genaue Einschätzung der konkreten historischen und vor allem der ökonomischen Situation“*; 2. *„... klare Herauslösung der Interessen der unterdrückten Klasse... aus dem allgemeinen Begriff des Volksinteresses schlechthin“*;

3. *„... klare Unterscheidung zwischen unterdrückten... und unterdrückenden... Nationen.“*

Ausgehend von diesen Positionen ist Internationalismus von Kommunisten in den Metropolen also kein „Geschenk“ an die Bewegungen im Trikont sondern die notwendige Voraussetzung für die eigene Befreiung. Keine in einem Land erfolgreich durchgeführte Revolution entbindet revolutionäre Bewegungen anderswo von der Entwicklung einer eigenen Strategie; es gibt also keine „Ersatzrevolution“. Das Entwickeln einer eigenen Strategie in der Situation eines sich nun wirklich global etablierten Kapitalismus setzt eine stärkere Diskussion von Ideologien, von fortschrittlichen oder gar revolutionären Bewegungen in anderen Ländern voraus. Gerade die Kommunisten müssen sich in vielen Bereichen wieder die Kompetenz aneignen, fortgeschrittenster Teil einer Bewegung zu sein.

Welche Bedeutung hat heute die Debatte um die „Thesen zur nationalen und kolonialen Frage“? Diese Diskussion wurde auf der 2. Welt-Tagung der Komintern geführt. Die zentrale Frage war letztlich die nach dem Zentrum des revolutionären Prozesses; liegt es in den Metropolen oder den Ländern des Trikonts. Der indische Delegierte M.N. Roy stellte fest, daß durch die aus den Kolonien gepreßten Extraprofite die Bourgeoisie der imperialistischen Staaten einen immer größeren Teil der nationalen Arbeiterklasse integrieren kann.¹⁾ Ein Blick auf die Arbeiterklasse in den Metropolen scheint dies eindrucksvoll zu bestätigen. Er folgerte daraus, daß sich das Zentrum in den Trikont verlagert hätte.¹⁾ Aber selbst dort sind die revolutionären Bewegungen in der Defensive.

Die Fragen, die auf dem 2. Kongreß der Komintern diskutiert wurden, sind wohl noch heute zentrale Stränge, um die sich eine neue kommunistische Bewegung organisieren kann.

Henning Mächerle

¹⁾ Schmidt-Soltau, Kai, Eine Welt zu gewinnen, S. 66, PRV Nachf.



Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Seit 13 Jahren sitzt der schwarze Journalist in der Todeszelle in Pennsylvania. Internationale Solidarität erzwang die Aussetzung der für August 1995 festgesetzten Hinrichtung. Die Wiederaufnahme des Verfahrens ist im September abgelehnt worden. Sein Leben ist weiter in Gefahr.

Freie Presse Gegenöffentlichkeit Internationalismus

Dafür steht das Gießener Echo. Dies ist Grund genug, daß die „Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes Gießen“ und der „Deutsch-Kurdische Freundeschaftsverein“ den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Gießener Echo ganz herzlich gratulieren.

Seit Jahren berichtet das Gießener Echo über die Kurdistanfrage. In dieser Festschrift wollen wir die Möglichkeit nutzen, zwei aktuelle Themen aufzugreifen.

1. Für eine politische Lösung in Kurdistan!

Es kristallisiert sich immer deutlicher heraus, daß die Kurdistanfrage nicht militärisch gelöst werden kann. Das zeigen die Opfer des seit über 10 Jahre dauernden Krieges. Über 20.000 Tote, über 3.000 zerstörte Dörfer und über 3 Millionen Inlandsflüchtlinge. Seit dem Frühjahr 1993 hat die Arbeiterpartei Kurdistans PKK mehrmals einen Waffenstillstand und Verhandlungen angeboten und ihren Willen in diese Richtung mit einem einseitigen Waffenstillstand von 1993 bekräftigt. Erst kürzlich hat der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, der Bundesregierung seine Dialogbereitschaft für eine politische Lösung offeriert. Gerade die BRD trägt ein besonderes Maß an Verantwortung im Krieg der Türkei gegen das kurdische Volk. Anstatt dem NATO-Partner mit noch mehr Waffen zu beliefern, sollte sie endlich die Türkei zu einer friedlich-politischen Lösung drängen und das Dialogangebot der PKK ernst nehmen.

2. Weg mit dem PKK-Verbot! Freilassung der politischen kurdischen Gefangenen!

Die Bundesregierung hat im November 1993 gegen die PKK und 35 weitere Organisationen ein Verbot verhängt. Diese Organisationen vertreten die Mehrheit der hier lebenden Kurdinnen und Kurden. Auf Grundlage dieses Verbots wird eine massive Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden durchgeführt. Auch damit macht sich die BRD zur Helfershelferin des türkischen Staats-terrors gegen das kurdische Volk. Auch auf juristischer Ebene versucht die BRD erneut, die PKK als „terroristisch“ zu diffamieren. Am 25. September 1995 begann gegen drei kurdische Politiker, von denen einer in Gießen lebt, ein 129a-Verfahren vor dem Oberlandesgericht (OLG) in Frankfurt. Wieder stützt sich die Anklage zum Beweis ihrer Vorwürfe an allen wesentlichen Punkten, wie bereits im Düsseldorfer Kurdenprozeß, auf einen Kronzeugen.

Das OLG soll juristisch belegen, was Politiker und die Medien bereits in voraus eilendem Gehorsam im Rahmen der massenhaften Kriminalisierung hier in der BRD und mit der Verunglimpfung des Befreiungskampfes in Kurdistan dargestellt haben. „Hinter“ den Brandstiftungen am 26. Juni und 4. November 1993 und den Autobahnblockaden zwischen dem 19. und 23. März



Mehr als 1000 Menschen demonstrierten im April 1994 in Gießen unter dem Motto „Keine Abschiebung in den Tod - kein Völkermord in Kurdistan“.

1994 steckte die PKK, die diese geplant, vorbereitet und ihre Ausführung befohlen habe. Diese Vorverurteilungskampagne läßt mehr als starke Zweifel an der Durchführung eines fairen Prozesses aufkommen. Außerdem gehen der Anklage wohl politische Postulate und juristische Zwänge durcheinander. So muß z.B. „terroristische Vereinigung“ im Sinne des Strafgesetzbuches im Inland existieren; Auslandsorganisationen scheiden aus. Allein in Anbetracht der hier kurz dargestellten Fakten müssen die Strafverfahren eingestellt und stattdessen eine politische Lösung der Kurdistanfrage forciert werden.

Diese kurze Darstellung verdeutlicht einmal mehr, daß es wichtig ist, eine Zeitschrift wie das Gießener Echo zu haben, die für eine freie Presse, Gegenöffentlichkeit und Internationalismus eintritt.



„Die revolutionären Kräfte haben gegenüber Cuba eine Bringschuld“

Wir dokumentieren auszugsweise aus Thesen zur aktuellen Situation auf Cuba und zum Verhältnis der cubanischen Revolution zur westlichen Linken von Heinz W. Hammer, Mitglied des Vorstands der „Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba“ und Vorsitzender des „Netzwerkes Cuba“ (März 1995).

*** Der Krieg dauert seit 500 Jahren an:** Immer wieder verfängt sich die Linke in der Medienfalle. Bestimmte Kriege sind „telegen“ und werden entsprechend vermarktet (Vietnam, Irak I und II, Somalia, Tschetschenien, weitere werden folgen...)... Je mehr nach der Liquidierung der sozialistischen Staatengemeinschaft die „Gut-Böse“-Konstellation abhandeln kam, desto mehr greift die imperialistische Logik auch bei ehemals linken Intellektuellen und „Bürgerrechtlern“... Wo blieben die Menschenketten gegen den Krieg, der seit 500 Jahren täglich geführt wird? ... gegen die Morde an den Straßenkindern Brasiliens, gegen den Krieg gegen die Bauern Guatemalas und Favela-Bewohnerinnen und -Bewohner aller lateinamerikanischen Großstädte?...

*** Der Kampf um nationale Souveränität** als eine historische gewachsene Notwendigkeit im Befreiungskampf der Länder des Trikonts: ... Kolonialismus und Neokolonialismus gingen und gehen immer mit der Zerstörung der nationalen Werte, Traditionen etc der Kolonien einher... Während also in der BRD-Linken der (anhand der deutschen Geschichte und Realität durchaus berechtigte) intellektuelle Kampf um den Begriff „Nation“ tobt, so hat er für die Länder des Trikont eine völlig andere grundsätzlich positive Bedeutung. Das trifft in besonderem Maße auf Cuba zu... Es ist für manche europäische Intellektuelle offenbar nicht (mehr) vorstellbar, daß der Adressat internationalistischen Handelns auch eine an der Macht befindliche Regierung sein kann. Aber eben darum geht es im Falle Cubas!

*** Der revolutionäre Internationalismus** war und ist ein Hauptmerkmal der cubanischen Revolution: Es (war) für die cubanischen Revolutionärinnen und Revolutionäre von Beginn an eine Selbstverständlichkeit, die revolutionären Kräfte in Lateinamerika zu unterstützen... Nicht zuletzt die Befreiung Südafrikas, Angolas, Mocambiques konnte gelingen mit dem Einsatz und dem Blut Cubas... Die cubanische Revolution und insbesondere ihre internationalistische Theorie und Praxis haben m.E. dieses Jahrhundert geprägt...

*** Der Versuch der Eingliederung** von Cubas Ökonomie in die herrschende Weltwirtschaft: ein Anachronismus ohne Alternative, die PCC gibt ihre Prinzipien dabei nicht auf: ... Seit 1990/91 bestand und besteht für Cuba die „Chance“, das revolutionäre Projekt aufzugeben, sich dem Imperialismus zu ergeben... Die cubanische Führung und das cubanische Volk haben diese „Chance“ nicht wahrgenommen - aus geschichtlicher Kenntnis dessen, was ihnen blühen würde, aber auch mit Blick auf die Realität der anderen Länder... unter dem Diktat des Neoliberalismus und die Erfahrungen Osteuropas... Das revolutionäre Projekt soll fortgesetzt und gleichzeitig



mußten und müssen ökonomische Maßnahmen zum nackten Überleben... getroffen werden. Hierzu zählt... die neuerliche Annäherung an den imperialistischen Weltmarkt, das Einholen ausländischen Kapitals... Ein entscheidendes Merkmal bei diesen Maßnahmen ist die vollständige Einbeziehung des Volkes...

*** Die revolutionären Kräfte** haben gegenüber Cuba eine Bringschuld oder: Indem wir Cuba helfen, helfen wir uns selbst... Mit der Verteidigung der cubanischen Revolution ist untrennbar verbunden: die Verteidigung der Hoffnung der Völker des Trikonts auf die Realisierbarkeit eines alternativen Weges... und die Verteidigung der Idee des Prinzips des proletarischen Internationalismus...

*** Die US-Blockade** und die damit zusammenhängende Entwicklungen stellen die internationale Solidariätsbewegung vor konkrete Aufgaben..., die m.E. zwei gleichberechtigte Säulen haben:

- **Materielle Solidarität:** Mit den materiellen Spenden wird dem cubanischen Vol handfest bewiesen: Cuba no está sola - Cuba ist nicht allein!
- **Politische Solidarität:** Die ehrenvollste Pflicht der Revolutionäre in den Metropolen sollte es sein, die Wahrheit über die cubanische Revolution in unseren Ländern zu verbreiten.



Diese Soli-Postkarte gibt es bei der DKP für 1 DM das Stück.

Südafrikas Zukunft - Bericht einer Reise

Während einer Reise durch Südafrika stellt man sich ständig die Frage, welche Zukunft diesem Land bevorsteht.

Sollte es diesem Land gelingen, mit Reformen ein neues, auf Chancengleichheit bedachtes System aufzubauen? Angeblich soll es den Besucher faszinieren, wenn er das Nebeneinander von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, Sprache und Kultur erlebt. Nach den Erfahrungen, besonders der letzten Jahre, muß er aber auch all die Gegensätze und Widersprüche, die das Leben der Menschen bestimmen, mit einbeziehen. Schon allein optisch sieht man den Kontrast eines Landes zwischen erster und dritter Welt. In den Städten ist der mehrheitliche weiße Reichtum und am Rande kilometerlange Elendsviertel der Schwarzen. Ihre Hoffnungen liegen auf Reformen, um die die Führer aller Seiten angeblich ringen. Selbst wenn es stimmen würde, daß dies alle wollen, wird es ein langer Weg sein, ein einigermaßen menschenwürdiges Leben für die Mehrheit der Bevölkerung herzustellen.

Aber warum soll das Kapital gerade hier etwas von seinem Reichtum zum Wohle der Menschen abgeben, wenn es andererseits in den hochentwickelten Ländern dabei ist, den Werktätigen zu zeigen, wer Herr im Hause ist?

Es waren natürlich nicht die „Weißen“, es war die holländische „East India Company“, die das Land in Besitz nahm und die einheimische Bevölkerung landlos machte und andere Nationalitäten als Sklaven in das Land holten. Also alle heutigen Probleme sind nicht Schuld der Schwarzen, sondern von den Profitjägern jahrhundertlang importiert.

Es ist schon fast pervers, mitten im Lebensbereich der Zulus ein Denkmal zu besichtigen, wo die Voortrekker am „Blut-Fluß“ ihren entscheidenden Sieg über die Zulus errangen. Die Schwarzen haben sich immer gewehrt, hatten aber keine Chance durch die Überlegenheit der Waffen der Weißen.

Man sieht es ständig, daß mindestens die Hälfte aller Schwarzen keine Arbeit haben und die andere Hälfte nur sehr gering verdient. Auf dem Land ist der gute Boden in den Händen der weißen Farmer. Eine dringende Landreform wird von diesen stockkonservativen Landbesitzern bekämpft. Die Euphorie über den friedlichen Übergang der Macht auf die schwarze Mehrheit schwindet immer mehr, und viele Probleme Südafrikas treten jetzt in das Bewußtsein aller Beteiligten. Es fängt schon an, mit der „Wahrheitskommission“ zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen im Kampf für und gegen die Apartheid. Die größte Gefahr sehe ich aber, wenn es den Anhängern des alten rassistischen Systems gelingt, Streitigkeiten und Kampf zwischen den Schwarzen zu organisieren.

Nur wenn man im Land ist, erfährt man von den schon jetzt zu vielen Todesopfern, die es gibt. Fast täglich sieht man Mandela im Fernsehen, wie er auf die Menschen einwirkt. Es ist aber ständig spürbar, daß die schwarze Mehrheit sich nicht auf unbestimmte Zeit geduldet. Sie werden die versprochenen Verbesserungen ihrer Le-



Juli 1988: Veranstaltung der DKP im Wienerwald mit Veli Tshabalala von der Frauenliga des ANC.

bensbedingungen einklagen. Südafrika geht noch harten Auseinandersetzungen entgegen.

Die Geschichte zeigt aber, daß die Ur-Afrikaner eine gute Tradition von tapferem Widerstand gegen ihre Eroberer haben. Eigentlich, und das ist eine Erkenntnis von mir selbst, wissen wir sehr wenig über diesen Erdteil und seine Menschen und warum in Afrika heute die bekannten Zustände sind; warum und durch wen ihre Entwicklung unterbrochen wurde. Aber wer sagt denn, ob wir nicht einmal ihr Verständnis für uns in den noch „wohlhabenden“ Ländern brauchen.

Rolf Knecht



Aktion der Anti-Apartheid-Gruppe in Gießen vor der Dresdner Bank gegen deren Unterstützung des rassistischen Südafrika.

Sozialismus oder Barbarei

Die Alternative der geschichtlichen Weichenstellung leuchtet vielen sofort ein. Wenige nehmen die Einsicht praktisch und theoretisch wirklich ernst.

Alternativ-Formulierungen eines strikten Entweder-Oder sind zunächst verdächtig. Die dialektische Analyse und Methode fragt danach, inwiefern der Satz gilt? Was ist der geschichtliche Grund, was die gesellschaftliche Entwicklungstendenz der als alternativ behaupteten Sachverhalte: Sozialismus / Barbarei?

Barbarei kann mancherlei heißen. Im Zusammenhang des Themas ist der Sinn klar. Gemeint ist die Zerstörung der zivilisatorischen und demokratischen Entwicklungsleistung der menschlichen Gesellschaft, die Zerstörung der Kultur, der Vernunft, die Verhinderung und Zerstörung menschenwürdigen Lebens und die Vernichtung menschlichen Lebens durch Hunger und Krieg.

Am Ende des I. Kapitels ihrer „Junius-Broschüre“, 1915 im Berliner Gefängnis verfaßt und 1916 in Zürich veröffentlicht, schreibt Rosa Luxemburg:

„Ein Blick um uns in diesem Augenblick zeigt, was ein Rückfall der bürgerlichen Gesellschaft in die Barbarei bedeutet. Dieser Weltkrieg - das ist der Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur -, sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges, und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ... ihren Fortgang nehmen sollte.“ Luxemburg nennt den Krieg die Methode des Imperialismus.

Friedrich Engels, später August Bebel und andere, hatten den Beginn des Weltkriegs vorausgesehen. Sollte es den Völkern nicht gelingen, den imperialistischen Krieg zu verhindern, so lautete das Konzept der sozialistischen Internationale, würde der Krieg in die proletarische Revolution verwandelt und mit ihr die Voraussetzungen des Weltfriedens geschaffen werden.

Das Programm wurde 1917 in Rußland Wirklichkeit, und wir kennen den weiteren weltgeschichtlichen Verlauf. Die Parole *„Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden“* hat sich gegenwärtig bitter bewahrheitet. Allen Anstrengungen und allen Hoffnungen zum Trotz leben wir noch und wieder in der Periode der Weltkriege. Die imperialistischen Staaten, Blöcke und wirtschaftlichen Einheiten entwickeln sich ungleichmäßig. Die Konkurrenz drängt immer wieder zu einer Neuaufteilung der Erde unter den Mächtigsten, und immer wieder wird das monopolistische Streben nach der Weltmacht nicht allein ökonomisch und politisch-diplomatisch, sondern auch unter Einsatz militärischer Mittel ausgetragen.

Der Imperialismus hat seine eigene Dialektik, wie Lenin gezeigt hat, und er produziert gewiß nicht nur Katastrophen. Dennoch ist er „Reaktion auf der ganzen Linie“ und bedeutet wesentlich den Rückfall in die Barbarei. Die Welt dieses Jahrhunderts ist, wie widersprüchlich sich das auch verwirklicht und darstellt, durch das sich beschleunigende Werden einer Welt-Gesellschaft ge-

kennzeichnet, in der alle wesentlichen gesellschaftlichen Bewegungen und Veränderungen in hoher Dichte aufeinander bezogen sind und voneinander abhängen. Der Kapitalismus lebt vom Profit und für den Profit. Sein Interesse ist das partikulare, das egoistische Interesse des Profitprinzips, auch wenn er in seiner imperialistischen Gestalt riesige Einheiten zu organisieren vermag; er steht prinzipiell gegen das allgemeine Interesse, gegen die Fortschrittsentwicklung der menschlichen Gesellschaft und gegen die Vernunft.

Der Sozialismus, der moderne Sozialismus ist das bestimmte Gegenteil des Imperialismus auf dem gegebenen weltgeschichtlichen Entwicklungsniveau. Sozialismus heißt gemeinsame Erdbewirtschaftung im gesellschaftlichen Gesamtinteresse. Dieses wohlverstandene Allgemeine erfordert das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten materiellen Produktionsmitteln. Das ist vernünftig. Der Kommunismus ist kein Extrem, sondern „das Mittlere“, wie Bert Brecht sagt. Zu seiner Verwirklichung braucht das Vernünftige die reale Kraft derer, die nicht das Profitprinzip verkörpern. *„Im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz“* soll „eine neue Gesellschaft“ entstehen, *„deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht - die Arbeit“*. So Karl Marx 1870.

Sozialismus oder Barbarei. Der tägliche Blick auf die „Welt“ bestätigt und kommentiert niederschmetternd diese Erkenntnis. Der Übergang zum Sozialismus scheint, wo er das aktuellste und dringendste Geschichtsgebot ist, in unerreichbare Ferne gerückt. Was tun?

Wolf-Dieter Gudopp, Frankfurt



**Macht von
Eurem
Grundrecht Gebrauch!
Verweigert den Kriegsdienst!**

**Keinen Mann und keine Waffen
für den Krieg in Jugoslawien!**

DKP

Stasi-Sachen

Jedermann und jedefrau weiß, wie es in den Bundesländern zugeht, in denen eine Partei jahrzehntelang die absolute Mehrheit hat, also zum Beispiel die CSU in Bayern oder einst die SPD in Nordrhein-Westfalen. Wer im öffentlichen Dienst auf eine bessere Position befördert wird, hat allerlei Papierkram zu erledigen: vielleicht ist ein weiteres Mal ein Gesundheitszeugnis vorzulegen, außerdem ein Polizeiliches Führungszeugnis, da und dort ein Gutachten und so weiter. Ein stattliches Papierbündel geht immer wieder über den Schreibtisch, und beim letzten Gang vor der Entscheidung liegt zwischen den vielen Bogen noch ein weiteres Zettelchen: das Formular für den Beitritt in die Regierungspartei (wenn man nicht vorher schon drin war). Das wird dann unterschrieben und zurückgegeben wie die anderen auch. Man redet nicht viel darüber, und es ist ja im weiteren auch nicht sehr wichtig. Der Beitrag wird abgebucht wie die Gebühren für Strom und Wasser. Dann und wann kommt eine Einladung zu einer Versammlung. Man geht ein paarmal hin, engagiert sich und kommt öfter - oder man läßt es ganz sein, weil man uninteressiert ist. Irgendwann hat man dann vielleicht sogar vergessen, daß man dem Verein angehört. Auf diese Weise kommt zuweilen das große Wundern darüber zustande, daß dieser oder jener dieser oder jener Partei angehört - man hätte ihnen das gar nicht zutraut.

An diese sehr üblichen westdeutschen Vorgänge muß sich erinnern fühlen, wer die ständigen Enthüllungen über Informelle Mitarbeiter(innen) des Ministeriums für Staatssicherheit in der einstigen DDR verfolgt, als gelte es abgefeimte Lumpen oder üble Denunzianten zu überführen. Doch in Wirklichkeit überwog ein anderer Typus: nämlich Hinz und Kunz wie du und ich von nebenan. Viele hatten tatsächlich vergessen, daß sie eine Verpflichtungserklärung unterschrieben hatten. Die meisten halten es völlig zu Recht für völlig unwichtig, daß sie irgendwann einmal dabei waren.

Öffentlicher Dienst war in der DDR ohnehin fast alles, also geriet nahezu jeder und jede einmal in dieselbe Situation, welche alle Beförderungswilligen in Bayern oder NRW kennen.

Eine Parallele besteht auch darin, daß die Mehrheit der Angeworbenen nicht der Handarbeiterklasse angehört(e), sondern der Intelligenz oder den Angestelltenschichten in der DDR und Beamtenstand in der BRD. Hier wurden besondere Loyalitäten erwartet, für die ja auch etwas geboten wurde, und sei es die Verschonung von körperlicher Arbeit.

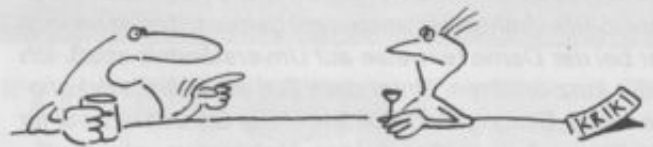
Mancher überzeugter Sozialdemokrat oder Christlich-soziale wird sich eine solche Darstellung seiner Parteimitgliedschaft verbitten. Er sei, so sagt er, nicht aus Opportunismus oder Wurstigkeit in die Partei eingetreten, sondern aus Überzeugung. Mit den Karrieristen oder Schlaffheinis, die es da tatsächlich gebe, wolle er nicht verwechselt werden. Recht gesprochen!

Aber dieselbe Empörung steht auch vielen IM zu, nämlich denjenigen, die für Mielke und Wolf gearbeitet haben, weil sie der DDR helfen wollten. Es gab solche und solche, und zwar auf beiden Seiten.

Die Kampagne gegen die Informellen Mitarbeiter fällt inzwischen ihren eigenen publizistischen Urhebern auf die Füße. Ein besonders bedauerndes Beispiel ist die „Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland“. Natürlich war sie gern dabei, als die Jagd losging. Christa Wolf wurde als „IM Margarethe“ fertiggemacht. Doch kurz darauf war auch Heiner Müller, einer der Lieblingsautoren des Blattes, geoutet. Die FAZ druckte in Fortsetzung die Erinnerungen des DDR-Autors Günter de Bruyn. Als die letzte Folge erschienen war, bekannte er, bei der Stasi gewesen zu sein. Zwischendurch wurde enthüllt, daß der langjährige Feuilletonchef der FAZ, Marcel Reich-Ranicki, für den polnischen

Am Stammtisch LXXI:

Aktenunsicht, Aktenunsicht...
Kann man von AKten Unsicht erwarten?



Geheimdienst gearbeitet hat. In einem SPIEGEL-Gespräch deutete Rudolf Bahro an, er könne nicht ausschließen, daß er früher mal ebenfalls eine Verpflichtungserklärung unterschrieben habe. Und dasselbe Magazin fand heraus, daß Robert Havemann IM gewesen ist.

So entsteht inzwischen der Eindruck: es waren die schlechtesten nicht...

Der Fall Monika Maron brachte das Faß zum Überlaufen. Diese allzeit etwas übereifrige Dame war zwar nicht eine der Besten, aber eine der Allerheftigsten, nämlich wenn es darum ging, gegen die DDR zu hetzen. Jetzt ist sie „IM Mitsu“. Die FAZ, plötzlich ganz ängstlich, wedelte ab: genug, genug...

Das finden wir nicht. Wir sagen: Weiter so!

Georg Fülberth, Marburg



Werner und ich gegen den Bildungsklau

Werner und ich waren neulich mal wieder auf 'ner Demo. Am 29. August war's, und es ging gegen den Bildungsklau. Harald und ich machen das öfter, demonstrieren meine ich. Harald ist sozusagen mein Lebensabschnittsgefährte in Sachen Demonstrationsrecht. Mittags um zwei ging's mit einem halbleeren (für historische Optimisten: halbvollen) Doppeldeckerbus los in Richtung Landeshauptstadt. Unterwegs las ich in der Zeitung, daß die Partei der Besserverdienenden die Lernmittelfreiheit an den Schulen abgeschafft sehen möchte. Also noch'n Grund mehr zu demonstrieren. Vor 20 Jahren hätte diese Dreistigkeit einen allgemeinen Aufschrei, eine massenhafte Protestveranstaltung oder wenigstens einen Sponti-Aufruf, massenhaft die Notdurft vor F.D.P.-Büros zu verrichten, zur Folge gehabt. Mir hat erst mal der Schröder von den Sozis wieder Appetit auf's Demonstrieren gemacht. Lehrer seien „faule Säcke“, hat er doch unlängst unter's Volk gestreut. Vor 20 Jahren hat er noch ständig auf der Überholspur - gaaanz links natürlich - geblickt...

Beim Aussteigen mußte ich an das in aller Eile noch fabrizierte Umhängetransparent denken, das dann später bei der Demo teilweise auf Unverständnis stieß. Ich will's kurz erklären. Unter dem Bild einer Artilleriekano-ne stand „Bildung statt Bomben!“ Der Spruch ist zwar im Spektrum der veröffentlichten Meinungen „megaout“ - aber trotzdem immer noch richtig. Dann stand da noch „Erwin Piscator statt Joseph Maria Fischer“. Piscator, dessen Ahnen irgendwann 'mal Fischer geheißen haben müssen, stammt aus unserer Gegend, dem schönen Ulmtal nahe Wetzlar und war 'n guter Mann. 1920 hat er das Proletarische Theater in Berlin gegründet und nach dem Krieg die Stücke so wichtiger Autoren wie Peter Weiss, Heinar Kipphardt und Rolf Hochhuth auf-führen helfen. Der jüngere Fischer „Joschka“ ist mein Lieblingswendehals. Der verkörpert die Wandlungsfähigkeit der Alt-BRD-Linken schon rein körperlich. „Licht aus für den Sozialismus“ war seine Parole vor zwei Jahren auf einer Veranstaltung bei uns in Wetzlar. Dabei haben die neuen-undogmatischen-freien-alternativen etc. Linken doch über zwei Jahrzehnte immer wieder propagiert, der reale Sozialismus müsse dem neuen-undogmatischen... Sozialismus Platz machen. Und nun soll's das mit dem bißchen Realsozialismus gewesen sein!?

In Wiesbaden dann ein ganz neues Demo-Feeling: Neben der GEW, verschiedenen Lehrerverbänden, Eltern- und Schülervertretungen hatten auch CDU-Yuppies mobilisiert. Die zeigten wurmstichige „Holzäppelchen“ (hab' ich liegenlassen), verteilten Gummibärchen (hab' ich mitgenommen) und forderten ernsthaft dazu auf, massenhaft Christus-Kreuze in den hessischen Klassenzimmern aufzuhängen. Einer verteilte ein KPdSU-Pamphlet. „Aha!“ dachte ich, „der rote Kreml-Stern funkelt also wieder“. Bevor ich mit „Heil Moskau!“ grüßen konnte, zerplatze auch diese Illusion. Es handelte sich um die „Kleine Pausenlektüre der Schüler-Uni-on“. Die Rechten leiden nach dem Verlust des großen Gegenspielers wohl inzwischen unter Phantomschmerz,

grüßten in ihrem Blättchen ausdrücklich „alle Kommunisten, Sozialisten, Revisionisten, Liberale, Demokraten... und Menschen“.

Dann traf ich unverhofft meinen früheren Mathe-Lehrer aus der Sexta, der seinerzeit vom CDU-Kreistagsabgeordneten zu einem APO-Anhänger mutiert war und uns beim UZ-Verkauf immer aufmunternd „Na, ihr Gulaschkommunisten!“ zurief... Für den richtigen Rhythmus sorgte eine Schüler-Jazzband, die „swinging kids“. Der Vorsitzenden des Landeselternbeirats, Gertrud Gonsior, wurde ein Geburtstagsständchen gebracht. Rhetorisch lagen die Kundgebungsredner so zwischen Honeckers Frauentagsreden und Scharpings Bundestagsreden. Zwei Redner verkörperten zudem glaubwürdig die These von der zunehmenden Vergeisung der hessischen Lehrerkollegien.

Hessenchef Eichel hatte sich samt Kultusminister dünne gemacht, sein Regierungssprecher Klaus-Peter Schmidt-Deguelle (doppelt-doppelt-gemoppelt hält's besser) ließ ausrichten, daß wir soeben ein Stück lebendige Demokratie praktizierten und daß im übrigen die



Kassen leer seien. In meiner (und seiner) Studentenzeit war er Basisgruppenführer, natürlich auch gaaanz links, trug öfter einen roten Schal und wurde blödsinnigerweise „Rotkäppchen“ gerufen. In die Partei soll er einen Tag vor Amtsantritt eingetreten sein, hieß es damals in der Zeitung. Noch so'n 68er Veteran saß mir dann bei der Heimfahrt im Bus gegenüber. Der war früher mal KBW'ler, um ein Haar hätte ich mal für ihn als GRÜNEN-Bundestagskandidat Wahlkampf gemacht. Das Friedensthema interessiert ihn heute noch: Da müssen mal 'n paar Bomben auf Pale abgeworfen werden, daß die zur Besinnung kommen!“, war sein Kommentar zu Bosnien. Einen Tag darauf fielen die NATO-Bomben wie gewünscht auf Pale. Ob der inzwischen bei der NATO schon was zu sagen hat? Von seiner Ausbildung her ist er promovierter Theologe.

Wie muß es da erst im Kopf von Bildzeitungslesern aussehen?!

Aber es gibt ja noch das GIESSENER ECHO! Glückwunsch!

K.P.